

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis: vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgepaltene Kolonnenbreite oder deren Raum 60 Pf. für politische und gemeinschaftliche Vereins- und Sammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 20 Pf. (zweiwöchentlich 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schließstellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Sonntag, den 23. Juni 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Zu Viktor Adlers sechzigstem Geburtstag.

Das österreichische Proletariat feiert heute seinen Führer, der Montag sein 60. Lebensjahr erreicht. Aber die Großen der Internationale gehören keinem Lande allein. Nicht nur, daß der Fortschritt der Sozialdemokratie eines Landes, an dem sie unmittelbar gewirkt haben, zugleich eine Stärkung der Gesamtbewegung bedeutet; das Persönliche ihrer Leistung wird fruchtbar auch für die Politik anderer Länder, und bei dem engen Band, das namentlich die deutsche und die österreichische Bewegung und ihre führenden Persönlichkeiten verknüpft, ist die Feier unseres österreichischen Genossen auch die unserer, wünschen auch wir ihrem Führer herzlich Glück und noch lange währende Wirksamkeit.

Adlers historische Tat ist die Einigung des österreichischen Proletariats. Die Bewegung der österreichischen Arbeiterschaft, die Ende der 60er Jahre noch in unmittelbarem Zusammenhang mit der deutschen hoffnungsvoll begonnen hatte, war allmählich immer mehr durch innere Spaltungen gelähmt worden. Namentlich seitdem das Sozialistengesetz in Deutschland fast jede öffentliche Betätigung der Sozialdemokratie unmöglich gemacht hatte, fanden in Oesterreich die unfruchtbaren und verderblichen Lehren des Anarchismus unter den rechtlosen, von einer brutalen Polizei und einer unfähig-boshafte Bürokratie geknüttelten Arbeitern, die auch von jeder parlamentarischen Betätigung ausgeschlossen waren, rasch Eingang. Und die Regierung benützte einige anarchistische Attentate, um die letzten Reste sozialdemokratischer Bewegung im Jahre 1884 durch die Verhängung eines Ausnahmezustandes zu vernichten, der in der Brutalität seiner Anwendung hinter keiner Infamie des Sozialistengesetzes zurückblieb, aber auf die schwächere, durch den Streit der Gemäßigten und Radikalen zerklüftete, jeder Widerstandskraft beraubte österreichische Arbeiterschaft ungleich zerstörender wirkte. Die österreichische Sozialdemokratie schien vernichtet, die Aussichten auch für die Zukunft hoffnungslos.

In diesem verzweifeltsten Moment beginnt die Tätigkeit Viktor Adlers. Als Student gehörte er zu den radikalen deutschnationalen Ideologen, die von der großen deutschen Republik träumten, die endlich die nationale Einheit dem deutschen Volke bringen sollte, um die der alte Streit der Fürsten das deutsche Volk gebracht, die auch Bismarcks Politik unvollendet gelassen hatte. Früh schon tauchten in diesem Kreise auch die sozialpolitischen Probleme auf, noch national gefärbt, als Frage, wie man den deutschen Arbeiter als tätige Kraft dem nationalen Ideal gewinnen könne. Bald aber wurde dem Arzte Viktor Adler der Arbeiter aus dem Mittel zum Zweck, und seine Studien machten ihn zum Sozialdemokraten, zum Schüler von Marx und Engels. Noch aber gab es eine kurze Zeit des Schwankens.

Viktor Adler ist der geborene Arzt. Seinen ist seine tiefste Leidenschaft. Schon hatte er erkannt, daß die individuelle Heilmethode verfaßt und verfallen muß, solange die sozialen Ursachen, solange Elend und Ausbeutung immer neu Krankheit zeugen. Aber schien das radikale Verfahren in Oesterreich vorläufig nicht aussichtslos, war es schon möglich, aus den verfolgten, mutlosen, an sich selbst verzweifelnden Arbeitern ihre eigenen Retter, ihre eigenen Ärzte zu machen? Da schien ein Ausweg offen. Endlich war in Oesterreich das erste Arbeiterschutzgesetz zustande gekommen, die Fabrikinspektion eingeführt. Viktor Adler hatte die Einrichtung gründlich studiert und seine Studien als Buch veröffentlicht. Die Fabrikinspektion eröffnete der sozialen Medizin ein weites Feld. Sollte er nicht selbst als Fabrikinspektor seinen Beruf gefunden haben? Noch zweifelte er? Er fuhr 1885 nach Borsdorf und lernte Hebel und Liebknecht kennen; von ihnen fuhr er zu Friedrich Engels nach London. Er schilderte ihm die politische Situation und erbat seinen Rat. Und Engels meinte: Agitatoren haben wir genug, aber noch keinen Fabrikinspektor, werden Sie Fabrikinspektor! Ungern wohl ist damals schon der Rat vernommen worden, doch er wurde befolgt, Adler kam um die Stellung ein. Die österreichische Regierung war zum Glück klüger, sie gab abschlägigen Bescheid und jedes Schwanken hatte ein Ende.

Im nächsten Jahre wurde die „Gleichheit“ gegründet, der Kampf gegen das Ausnahmegesetz begann. Es war ein zäher, opferreicher Kampf, der Kampf zunächst eines einzelnen gegen die Staatsmacht. Das Blatt wurde Woche für Woche konfisziert, die Redakteure bestraft, Viktor Adler selbst vor das Ausnahmegericht gestellt und verurteilt und — Viktor Adler blieb Sieger. Der Kampf nach außen, den er mit der großen Kraft seiner glänzenden Begabung, mit allen Waffen der Satire und einer ganz unösterreichischen, nie ermüdenden Fähigkeit und Energie geführt hatte, ein Kampf, dem er nicht

nur all seine Zeit, sondern auch sein Vermögen opferte, dieser Kampf war zugleich ein Ringen um die Seele der Arbeiter, ein Ringen um das Vertrauen der wenig noch übrig gebliebenen Kämpfer, die sich, durch die Erfahrungen des infamsten Lockspiegelsystems geschreckt, nicht untereinander und am wenigsten einem Neuling trauten; ein Ringen zugleich, um den Verschüchterten, Verzagten Mut und Selbstvertrauen zurückzugeben. Und wieder war es ein unendliches Mühen fast um jeden einzelnen, der gewonnen werden mußte in stundenlangen Debatten, die ihn überzeugten, daß die Formeln „Freiheit durch Bildung oder Bildung durch Freiheit“ Gemäßigte und Radikale nicht auf immer unversöhnlich zu scheiden brauchten, daß parlamentarische Betätigung und revolutionäre Klassenbewegung nicht sich ausschließende, sondern einander ergänzende und fördernde Betätigungen des Emanzipationskampfes der Arbeiterklasse bilden. Und es gelang. Die „Gleichheit“ wurde 1889 verboten, Adler selbst als Anarchist von dem Ausnahmegericht verurteilt — aber kurz vorher, zu Weihnachten 1888, hatte sich eine kleine Schar Vertrauensmänner, Radikale und Gemäßigte, in Gaisfeld zum ersten Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie zusammengefunden und in dem von Adler musterhaft entworfenen Programm die neuen, durch und durch marxistischen Richtlinien fruchtbaren sozialdemokratischen Wirkens festgelegt.

Seitdem ging es vorwärts, aufwärts. Und wieder war es eine historische Tat Adlers, die mächtig eingriff in das Schicksal der noch werdenden Partei. Der Ausnahmezustand war zu Ende. Die Partei war geeint, aber zu Organisationen gab es erst Ansätze, die Massen der Arbeiter waren noch ganz indifferent, erst eine schwache Elite der Arbeiterschaft war von der Heilsbotschaft des Sozialismus berührt. Da kam der erste Mai heran, dessen Feier der Internationale Kongress 1889 in Paris beschlossen hatte. Was sollte geschehen? Man hätte denken müssen, daß in einigen Vorstadtlökalen die Genossen den Abend festlich begehen würden; auf mehr war nicht zu hoffen.

Der erste Mai 1890 war in Oesterreich eine imposante Massenfundgebung des Proletariats, das, in seinen Tiefen aufgewühlt, plötzlich vor den erschrockenen und erstaunten Augen der Machthaber die Bühne der Geschichte betrat, die bisher nur den Herren vom Großgrundbesitz mit ihrem bäuerlichen Gefolge und den Steuerzahlern der Städte reserviert war. Es wirkte wie ein Wunder. Und wenn ein Mann an diesem Wunder gewirkt hat, so ist es Viktor Adler gewesen. Mit einer unerhörten Kühnheit hatte er den Plan gefaßt, das österreichische Proletariat aufzurufen, den ersten Mai durch den Generalstreik, durch Arbeitsruhe zu begehen. Was man sonst nirgends wagte, hier in diesem Lande, wo die Arbeiterorganisationen noch ganz unentwickelt waren, wo man noch ein Jahr vorher keine öffentliche Versammlung abhalten konnte, wurde es gewagt. Arbeitsruhe und machtvolle Straßendemonstrationen zeugten von dem politischen Erwachen des schlummernden Riesen.

Zeigt uns die Zeit der Einigung Viktor Adler als den aufopfernden, unermüdeten, vor keiner noch so unscheinbaren Aufgabe sich scheuenden, zähen Arbeiter, so zeigt uns der damals ungeheure Entschluß, eine solche Maiseifer in Oesterreich durchzuführen, den entschlossenen, kühnen, alle Kraft auf ein Ziel einsetzenden Führer.

Die Vereinigung dieser Eigenschaften ist es, die Viktor Adler auch in der weiteren Entwicklung der österreichischen Bewegung die unbestrittene Führung gesichert hat. Unter ihr hat die österreichische Arbeiterschaft in einem Kampfe, dessen Zähigkeit und Ausdauer ebenso unermüdet ist wie seine Opferbereitschaft und Kühnheit, sich die politische und gewerkschaftliche Bewegungsfreiheit erkämpft, die sie heute besitzt, und das allgemeine, gleiche Wahlrecht erobert.

Aber Viktor Adler ist nicht nur ein politischer Führer, dessen politischer Instinkt untrüglich ist, ein glänzender Publizist, ein Redner, dem man mit nimmermüden Interesse zuhört, ein umsichtiger Parlamentarier. Er ist nie ausgegangen in der Tagespolitik und er hat stets alle Seiten der proletarischen Bewegung umfaßt. Nicht weniger als die politische, dank ihm in ihren Anfängen die gewerkschaftliche Bewegung. Dank seiner Einsicht nicht zuletzt ist die untrennbare Einheit gewerkschaftlicher und politischer Bewegung in Oesterreich stets das Selbstverständliche gewesen und manchen Streik hat er durch sein Eintreten zum siegreichen Ende bringen helfen. Auch hier ist seines Wesens Art an einem Beispiel am besten zu erkennen. In der Umgebung Wiens sind Ziegelwerke, deren Arbeiter, Tschechen, Slowenen, Polen zu den Ge-

drücktesten und Widerstandslosesten gehörten. Eines Tages war das Maß voll; zu aller Ueberraschung brach der Streik aus. Viktor Adler schlich des Nachts verkleidet in die Werke, wo in entsehligen Köchern Männer und Weiber und Kinder hausten. Er sah und fragte. Und dann begann er am nächsten Tage eine Kampagne in der Arbeiterzeitung und in Versammlungen, — das Parlament war ihm noch verschlossen — die die Regierung zwang, einzugreifen und die Ausbeuter-gesellschaft zur Kapitulation zu zwingen. Es war ein ergreifendes Bild, als am nächsten ersten Mai die Ziegelarbeiter in ihrer charakteristischen Tracht zum erstenmal am Demonstrationszug teilnahmen und aufjubelnd ihren Adler entbedekten, der zu ihnen gekommen war in ihre Höhlen und sie herausgeführt hatte ans Licht.

Das ist der Mann, den heute Oesterreichs Arbeiter feiern. Mit der Siegesgewißheit, die die wissenschaftliche Ueberzeugung gibt, hat er stets das revolutionäre Ziel im Auge behalten und in allen Wirrnissen der österreichischen Politik, in allen Versuchungen, die dieses Land der Demagogie und des Chauvinismus dem Politiker bringt, ist er nie abgewichen von der geraden Linie der Klassenkampfpolitik. Nicht nur seine klare marxistische Erkenntnis behütete ihn vor solchen Irrwegen, sondern auch seine unerbittbare Wahrhaftigkeit und das prächtige revolutionäre Temperament. Adler liebt das Proletariat leidenschaftlich, er fühlt persönlich allen Druck und alles Leid, das ihm widerfährt, und nie ist seine Rede ergreifender, als wenn der tiefe Groll durchbricht über diese Gesellschaft, die über alle Mittel verfügt, die Menschen gesund und kraftvoll und glücklich zu machen und die sie doch krank und schwach und elend macht. Und so haßt und verachtet Adler alle Stützen und Nutznießer der Ausbeutung, verfolgt sie mit seinem fürchterlichen Hohn und ist ihr schonungsloser Feind. Und deshalb ist es ihm auch ein unfassbarer Gedanke, die Sache der Arbeiter je zu verbinden mit der Sache ihrer Todfeinde. Dieser Mann, dem die Kunst des Verbindens und Aufbaus im höchsten Grade eignet, der in inneren Parteifragen stets an das Einigende denkt, hat nie ein Kompromiß mit den Gegnern geschlossen, die völlige Unabhängigkeit proletarischer Politik stets als etwas Selbstverständliches betrachtet und gezeigt, daß höchste politische Kraftentfaltung des Proletariats wohl vereinbar ist mit schärfster prinzipieller Haltung. In Viktor Adler verehrt und liebt das Proletariat aller Nationen Oesterreichs seinen Führer, und die tschechischen, polnischen und slowenischen Arbeiter verdanken ihm nicht weniger als die deutschen. Nur die tschechischen Separatisten stehen abseits, weil sie den tragenden Gedanken der Internationale aufgegeben haben. Das ist der Schatten, der auf den heutigen Tag fällt. Das Werk der Einigung ist von den Nationalisten gefährdet. Gefährdet, aber nicht zerstört. Dazu ist Viktor Adlers Lebenswerk zu fest gegründet. Die internationale Gesinnung, die in Oesterreich noch mehr als anderswo die Vorbedingung jeder starken und erfolgreichen proletarischen Politik ist, zu fest verankert in den Köpfen des Proletariats, sie entspringt so sehr seinen unmittelbarsten lebendigsten Interessen, daß sie zuletzt über alle nationalistische Borniertheit, über alle chauvinistische Demagogie den Sieg davontragen muß. Das weiß auch Viktor Adler, der mit zäher Geduld an der Wiederherstellung seines Werkes arbeitet, und er weiß, daß aus dem unermüdlichen Kampf die österreichische Internationale kräftiger und gefestigter hervorgehen wird.

Und wenn in den Kämpfen des Tages manchmal die Verzweiflung über dieses Oesterreich, über diesen Staat, dem einst sein Jugendhaß galt und den er im Alter nur verstehen, aber wahrlich nicht lieben gelernt hatte, die Mitkämpfer allzusehr übermannte, dann hat Viktor Adler immer sie fast unwillig zur Ordnung gerufen; der Sozialist in ihm blieb immer siegesicher, und als der harte Kampf ums Wahlrecht zu Ende gegangen war, galt seine erste Sorge der Vertiefung des sozialistischen Wissens, der Bildungsarbeit. Mehr Sozialismus, mehr Aufklärung über unsere letzten, unsere eigenen Ziele, das war jetzt seine Forderung des Tages.

Frei von Vorurteilen und hergebrachten Ansichten, frei von Menschenfurcht und den Fesseln der Selbstsucht, frei von der Herrschaft der eigenen Leidenschaften und Schwächen, frei von der Scheu vor Verantwortung und Wagnis, selbstlos nur der Sache dienend und körperlich wie geistig allen Anstrengungen gewachsen, so muß der Feldherr an seine Aufgabe herantreten, die sich ihm in zwei Formen darstellt: im Planen und im Handeln, Formen, die sich zwar wechselseitig bedingen und ergänzen, aber doch ganz verschiedene Arten der

Leistungsfähigkeit voraussetzen. Beim Planen tritt vorwiegend mehr die geistige, beim Handeln mehr die sittliche Persönlichkeit in Tätigkeit, und doch müssen sich geistiges Können und sittliche Kraft fortwährend stützen und ergänzen.

An dieses Ideal des Feldherrn, das General v. Bernhardt hier zeichnet, erinnert das Leben Viktor Adlers. Aber zu anderen Zielen lebt er und nicht Vernichtung, sondern Erhöhung des Lebens dürfen wir ihm danken — dem guten Arzte.

Die belgischen Wahlen.

Brüssel, im Juni. (Fig. Bericht.)

III.

Die kirchliche Majorität.

Die Opposition hoffte die kirchliche Partei zu schlagen und sieht nun deren Position gestärkt, die zusammengeschrumpfte alte Majorität von 6 auf 16 Stimmen hinaufgeschwollen. Ein Triumph, sicherlich! Aber doch minder groß, minder imponierend, als es nach dieser Ziffer zu urteilen den Anschein hat. Denn was brüden diese 16 Stimmen aus, welche politische Kraft strahlen sie aus? Welche reelle Macht repräsentieren sie?

Man kennt wohl außerhalb Belgiens ein wenig die „Chinoiserien“ seines Wahlrechts, aber weit weniger seine schreienden Ungerechtigkeiten, seine perfiden Tücken und Tricks — vielleicht deshalb nicht, weil schon ein väterländisches Interesse dazu gehört, sich in das Gestrüpp seiner logischen und rechnerischen Fallstricke zu begeben. Wir wollen hier dem Leser einige an der Hand von Beispielen anschaulich machen, um zu zeigen, auf wem die Wähler der kirchlichen Partei ruhen. Ohne Bild gesprochen: auf welchem Trug diese kirchliche Mehrheit von 16 Stimmen aufgebaut ist.

Die kirchlichen haben am 2. Juni um rund 80 000 Stimmen*) mehr bekommen, als die Liberalen und Sozialisten zusammen. Diese 80 000 Stimmen gäben aber bei einer korrekten und ehrlichen Auswertung der Verhältnisvertretung den kirchlichen höchstens einen Anspruch auf — sechs Sitze. Um 16 Stimmen Majorität unter der Verhältnisvertretung zu rechtfertigen, müßten die kirchlichen mindestens auf ein politisches Uebergewicht von 160 000 verweisen können, da der Wählerquotient — d. h. die Stimmenzahl, die nötig ist, um ein Mandat zu beanspruchen — durchschnittlich über 10 000 Stimmen beträgt.

Wie ist es aber unter der derzeitigen unehrlichen, wie man sehen wird, ganz zugunsten der kirchlichen verfälschten Verhältniswahl mit diesem Wählerquotienten überhaupt bestellt? Es zeigen sich da die merkwürdigsten Unterschiede, wenn man den Wählerquotienten der flämisch-kirchlichen (bäuerlichen) Wahlkreise mit dem der wallonisch-antikirchlichen (städtischen) Wahlkreise vergleicht. Der Wählerquotient im flämischen Roulers beträgt z. B. 9850, im wallonischen Thuin 19 184 Stimmen! In Turnhout, in Termonde, in Brügge, in Courtrai, wo die kirchlichen die Sitze ihrer kirchlichen Pluralwähler zu verteilen haben, beträgt überall der Quotient nur etwas über 10 000 Stimmen. In Nivelles, in Mons, in Tournai in Guy, in Dinant, wo die aufgestaute antikirchliche und demokratische wallonische Bevölkerung zu wählen hat, beträgt der Wählerquotient zwischen 14 000 und 16 000, so daß also nach der raffinierten Abgrenzung der unehrlichen, ganz im Sinne des Klerus gehaltenen Landbevölkerung von vornherein ein politisches Uebergewicht gegenüber der städtischen Bevölkerung angeräumt ist, und die kirchlichen weit geringere Anstrengungen machen müssen, um ein Mandat zu gewinnen, als die Oppositionsparteien. Was folgende Ziffern noch treffender belegen: Im Wahlkreis von Tournai geben 57 000 Stimmen drei oppositionelle Abgeordnete; in Löwen 56 000 Stimmen vier kirchliche Abgeordnete! In Roulers (Flandern) sind gar nur 49 200 kirchliche Stimmen nötig, um fünf kirchliche Mandate zu ergattern. In Nivelles (Brabant) kamen auf die vereinigte Opposition bei fast 44 000 Stimmen zwei Sitze! In Turnhout (Flandern) geben 40 770 kirchliche Stimmen vier Majoritätsdeputierte. In Thuin erhalten die vereinigten Oppositionsparteien bei 38 800 Stimmen zwei Sitze; in Brügge brauchen die kirchlichen nur 32 500 Stimmen für drei kirchliche Sitze! In den großen Städten ist es nicht besser. In Lüttich haben Liberalen und Sozialisten bei fast 132 000 Stimmen neun Deputierte. In Antwerpen dagegen haben die kirchlichen bei nur 184 000 Stimmen 12 Deputierte!

In Charleroi kommen auf fast 127 000 oppositionelle Stimmen acht Deputierte! — Und die Liste ist noch nicht erschöpft. — Eine andere Art der Ziffernlese führt zu dem Ergebnis, daß die kirchliche Partei ihre starken Majoritäten ausschließlich in den ländlich-bäuerlichen Wahlkreisen einheimisch, wohin kein die Geister anfruchtendes industrielles Leben gedungen ist. Von den zwanzig wallonischen Wahlkreisen haben die kirchlichen nur in vier Wahlkreisen die Majorität und das sind just jene, wo die Industrie bisher zu keiner Bedeutung gelangt ist. „Mehrstimmenwahlrecht — Bauerwahlrecht“ sagt man in Belgien. Ein Beispiel für viele: Im Scäffeler Wahlkreis haben durchschnittlich 44 Proz. Wähler Pluralstimmen, die ländlichen Teile 64 Proz. In der Tat liegen da die kirchlichen in manchen Landgemeinden mit einer wahrhaft zerschmetternden Majorität. Es sind dort freilich oft Wähler, die man mit einem eingemachten „Töbe do veau“ (Kalbskopf) bezaubern und in Versammlungen bringen kann. Ueberflüssig zu sagen, daß dieses aus dem perfidesten Parteinteresse geborene Wahlrecht wie den Bauer gegen den Städter, den Arbeiter gegen den Kleinbürger ausspielt und auch nach dieser Richtung die politische Kräfteauslösung fälscht, die politische Macht der Aufgestellten und Aufrechteten künstlich schwächt.

Der unehrlich angewandte Proporz, die raffinierte Wahlgeometrie der kirchlichen Partei für die kirchlichen und das vorzugsweise zugunsten der kirchlichen funktionierende Pluralwahlrecht tragen, wie man sieht, ganz eigentlich zur Befestigung des kirchlichen Regimes bei, und man begreift, daß diesem unehrlichen, parteiischen, trugvollen Wahlsystem auch bei Einführung aller übrigen hier bereits gewöhnlichen Tatsachen der größere Anteil an dem Sieg mit den 16 Stimmen Majorität zugesprochen wird. Zur Feststellung des Wertes dieser 80 000 Stimmen betragenden politischen Uebergewicht, sei noch bemerkt, daß sich in der Gesamtsumme der kirchlichen Stimmen rund eine Million Pluralwähler vorfinden. Der moralische Wert dieses Stimmengewichts ergibt sich allerdings erst ganz, wenn man sich vergegenwärtigt, daß 9000 vom Staate besoldete Priester sich des Dreistimmenprivilegs erfreuen, was schon 27 000 priesterliche Pluralstimmen ausmacht. Außerdem stimmen noch ungefähr 20 000 Geistliche, die sicher nicht weniger als 40 000 Pluralstimmen für die Regierung abgeben. Eine Partei der Armen im Geiste, der Analphabeten, der Pfaffen, diese belgischen kirchlichen!

*) Wir haben in unserem ersten Artikel, gestützt auf frühere Berechnungen, eine andere Ziffer angegeben. Es ist auch nicht gesagt, daß nicht auch diese Ziffer eine Verhöhnung erfährt. Die mathematische Unföhrtheit gehört mit zu den charakteristischen Eigentümlichkeiten des belgischen Wahlsystems.

Schlusfolgerungen.

Man kann nicht anders sagen, als daß Belgien hypnotisiert war von dem Gedanken und der Ueberzeugung, die gemeinsame oder parallele Aktion und das Kartell werden dem politischen Klerikalismus endgültig beikommen. (Man weiß, daß das sozialistisch-liberale Kartell oder nur die sogenannte „Juxtaposition“ — ein Verfahren mit gemeinsamen Listen, wo aber jede Partei für ihre Kandidaten stimmt — hauptsächlich darum Anwendung fand, um den Verlust der unvertretenen Stimmen, der „Dökeis“, zu verringern. Denn während die Regierungspartei die Ueberschüsse nur einmal verliert, verliert die Opposition das Doppelte, d. h. die Ueberschüsse der Listen zweier Parteien.) Man rechnete und rechnete und stellte sozusagen mathematisch fest, daß die Verschmelzung der Kräfte von Bürgertum und Arbeiterkraft die Befreiung herbeiführen müßte. Aber bei all der Rechnererei, über die sich die liberale „Wölle“ nicht ohne Geist und mit vielem Recht moquiert, hat man die Ziffern mechanisch-mathematisch, aber ohne Psychologie eingestellt. Die Ziffern stehen auf dem Papier — aber die Wähler sind lebendig. So hat man Kräfte addiert, die sink und ohne Federlesen defektiert sind und den Posten des Gegners nur erhöht haben. Neben der Niederlage des Liberalismus rangiert demnach die Niederlage des Kartells, das so gründlich gescheitert ist, daß ihm wohl haben wie drüben kein Verteidiger und Widersacher mehr erwachsen wird. Begraben damit ist auch die Idee, daß nur das verbündete Vorgehen der Oppositionsparteien den Klerikalismus niederstrecken kann. Die Praxis hat es ergeben, was vordem als theoretische Prinzipienverkörperung verschrien war. So gut und geschickt das antiklerikale Gewebe gesponnen schien, das Band der Klassen- und Interessengemeinschaft ist aus kräftigerem Faden gesponnen und keine Ideologie zerreiht ihn. Hinter dem Kartell der Ideen und Ideologen etablierte sich das Kartell der Geldsachinteressenten und des Klassenegoismus. Selbst im milden Licht der Wahlbündnisse sah der erschreckte Bourgeois den roten Feuerchein des Kollektivismus aufleuchten und das belgische Proletariat erfuhr zu seiner Verwunderung, daß das zeitweise gepeinigte verdächtige Loh, der belgische Sozialismus sei „vernünftig“ und daher weniger „gefährlich“ geworden, beim wohlhabenden Bürger nicht zieht. . . . Der Arbeiter nimmt außer der bitteren Enttäuschung des Wahlergebnisses noch die gesunde Erkenntnis vom 2. Juni mit, daß er im bürgerlichen Bewußtsein mit dem Stigma der Kapital- und Gesellschaftsfeindlichkeit noch wie vor behaftet bleibt. . . .

Das belgische Proletariat geht neu gekräftigt in seinen Reihen mit vermehrter Deputiertenzahl aus dem Wahlkampf. So gerechtfertigt die Mähermittelmäßigkeit des Liberalismus ist, so wenig Ursache hätte das belgische Proletariat dazu — bei allem schmerzlichen Groll über den Wahlausgang. Wie stand es im Gegenteil um den Geist nicht nur, sondern auch um die Organisationen des Sozialismus in Belgien besser als heute. Die gewerkschaftlichen Kadres wachsen an und ein zu klarem Wirken sich sammelnder sozialistischer Geist tritt immer sichtbarer in Erscheinung. Neben der schönen, aus der sprudelnden Quelle der Klasse gespeisten Vegetation des belgischen Proletariats wächst ein organisatorisches Streben empor, das dem wuchernden Samen des Sozialismus allenthalben Früchte verheißt.

Das Bürgertum hat im Kampf gegen den Klerikalismus versagt — seine Bundesgenossenschaft hat sich als fehl erwiesen. Um so dringlicher meldet sich die Notwendigkeit des Kampfes um das gleiche Recht. Ein anderer Ausgang der Dinge am 2. Juni hätte mit einem Sieg der Opposition dem belgischen Proletariat Probleme und kaum entinnbare Dissonanzen gebracht. Die Geschichte schaffte eine andere Linie der Entwicklung. Und alle Kräfte ungebrochen dem nächsten Ziel, der Erringung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts gestellt, schied sich das belgische Proletariat zum Kampfe an. Die kommende Zeit wird von ihm erfüllt sein. Die belgische Arbeiterkraft rüstet. . . .

Der Krieg.

Die Italienerausweisung.

Konstantinopel, 22. Juni. Die Abreise keiner Gruppen von Italienern dauert fort. Wie gestern hat das deutsche Konsulat für 8003 Personen Pässe ausgestellt. Die italienischen Ärzte werden bis Dienstag vertrieben. Das italienische Spital wird geschlossen und die Kranken werden in das österreichische Spital und andere Krankenhäuser übergeführt werden. Die Zahl der hier geliebten Italiener übersteigt nicht 600. Der italienische Vizekonsul, ein Tragonan und ein Kanstbeamtler bleiben als der deutschen Botschaft zugewiesen hier. Auch Vizekonsul Garbasso wird vorübergehend hier bleiben.

Saloniki, 22. Juni. Die Ausweisung der Italiener ist hier beendet. Die Behörden gestatteten insgesamt 187 italienischen Staatsangehörigen, ausnahmsweise, hierzulieben.

Rückkehr der deutschen Rote Kreuz-Mission aus Tripolis.

Berlin, 22. Juni. Die vom Deutschen Roten Kreuz zu Beginn dieses Jahres auf den Kriegsschauplatz in Tripolitaniens entsandte Hilfsexpedition ist nach nahezu fünfmonatiger Tätigkeit in die Heimat zurückbeordert worden. Die gesamte Einrichtung des vom Deutschen Roten Kreuz in Gharian errichteten Lazarettes und der damit verbundenen Poliklinik, in der schon weit über 1000 Patienten, größtenteils Typhuskranken, durch deutsche Ärzte und Pfleger behandelt worden sind, wird den türkischen und arabischen Verwundeten und Kranken auch fernerhin zugute kommen. Die ganze Anlage ist vom Zentralkomitee der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz bei der Abreise der Expedition in die Heimat dem „Türkischen Halbmond“, der ottomanischen Schwester-Gesellschaft des Roten Kreuzes, überlassen worden.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 22. Juni 1912.

Wohnummer Streikjustiz.

Die gesamten Streikanklagen zerfallen hinsichtlich der Strafanklagsteller bezw. derjenigen Personen, die die Anzeige erstatteten, nur in zwei Kategorien. Einmal sind die Anzeigen von dienstbesessenen Polizeibeamten und Justizbeamten erstattet, zum anderen sind Strafanklagen meist von solchen Deuten gestellt, die mit den betreffenden Angeklagten irgendwie verknüpft sind. Daß Arbeitswillige aus eigenem Antriebe Strafanklagen gestellt haben, ist nur selten vorgekommen.

Der Anteil der hier bezeichneten Anzeigen an der Gesamtzahl der verhandelten Streikprozesse ist außerordentlich hoch. Immer wieder müssen die angeblich beleidigten Arbeitswilligen als Zeugen beistimmen, daß sie mit den Angeklagten arg verknüpft sind. Auch nur aus dieser Tatsache läßt sich erklären, was hier alles zum Gegenstand einer Anklage gemacht worden ist. So ist u. a. berichtet worden von Beleidigungen durch die Deute (vom dritten in den zweiten Stock), von Beleidigungen durch eine zufällig auf die Fensterbank zum Abfähen gestellte Pflanze Weinstock und in W o s u m ist in diesen Tagen endlich und umständlich über eine Beleidigung verhandelt, die von der Parterrewohnung aus gegen eine im dritten Stock des gleichen Hauses wohnende Frau eines Arbeitswilligen erfolgt sein sollte. Die angeblich beleidigte Frau erbatte durch ihren Ehd, daß sie in ihrer Wohnung im dritten Stock gehört habe, daß die Parterre wohnende Angeklagte sie beleidigt habe. Der Staatsanwalt hielt eine solche Wahrnehmung durchaus für möglich

und beantragte eine Geldstrafe. Das Gericht kam jedoch zu einem Freispruch, der indessen nicht auf die ungeheuerliche Bekundung der Zeugin allein gestützt war. Die Belastungszeugin, die zugegebenermaßen mit der Angeklagten verknüpft war, hatte in einem anderen Prozesse eine ähnlich merkwürdige Rolle gespielt. Die Richter hatten ihr Zeugnis zu einer Beurteilung der angeklagten Frau nicht für ausreichend erachtet. Das Urteil machte den Gerichtshof unzufrieden. Die zweiten Richter kamen deshalb nach gründlicher Prüfung der Person der Belastungszeugin zu dem Resultat, daß die Zeugin zu befräntigt erscheine, um vollen Glauben zu verdienen. Auf dem Gerichtsbordurteil mußte man zu erzählen, daß die also gekennzeichnete Frau noch etliche Anzeigen erstattet hatte, in denen sie demnach als alleinige Belastungszeugin auftreten wird. Dieser Fall ist für einen großen Teil der Streikprozesse in der Tat typisch, nur sind in den meisten Fällen die Belastungszeuginnen geschickter oder auch gerissener, so daß den Richtern trotz ähnlicher Sachlage, keine Bedenken aufsteigen und sie daher urteilen und verurteilen — von Rechts wegen.

Wie sehr übrigens alle Gepflogenheiten der Gerichte, die für den Angeklagten günstig sind, in den Streikprozessen außer Kurs gesetzt sind, zeigt noch folgender Fall. Ein Arbeitswilliger, der Ehemann der eben erwähnten Zeugin, hat eine sehr feierlich und korrekten Anzeige erstattet, er sei am 11., 12., 13. und 14. März mehrfach beleidigt worden. Diese Anzeige ist durch eine weitere Vernehmung im Vorverfahren erhärtet. In der Hauptverhandlung weigert der Zeuge von diesen Vorgängen nichts mehr, er behauptet plötzlich, er sei nur am 15. März beleidigt worden. Der Staatsanwalt, der Arbeitswilligen anscheinend alles glaubt, beantragt 14 Tage Gefängnis. Vergebens macht der Verteidiger darauf aufmerksam, daß sich der Eröffnungsbeschluss gar nicht auf den unbekundeten Vorgang bezieht und daß schon deshalb von der gegenwärtigen Anklage Freisprechung erfolgen müsse. Es hilft nichts. Der Angeklagte wird zu einer Geldstrafe verurteilt. Das Gericht hat sich auf Grund der eidlischen Aussage des Zeugen von der Schuld des Angeklagten überzeugt.

Noch ein Vorgang verdient aus den Verhandlungen am Hochmer Landgericht registriert zu werden. Ein Streikender soll einen Arbeitswilligen an einem der Streiktage morgens 7 Uhr 30 Minuten belästigt haben. Der Angeklagte bestritt dies entschieden. Ein Zeuge, der im Nachbarhause wohnt, und den Vorgang vom Fenster des dritten Stockes aus beobachtet hat, bezeugt eidlisch die Darstellung des Angeklagten. Solche Aussagen sind dem Vertreter der Anklage immer unangenehm. Der Herr Staatsanwalt, Assessor Geipel — sein Name verdient genannt zu werden — erhebt sich, nimmt den Zeugen aufs Korn und fragt ihn mit besonderem Nachdruck: „Das wollen Sie morgens um 7.30 Uhr von Ihrem Fenster aus gesehen haben?“ Zeuge: „Ja wohl!“ Staatsanwalt (mit überlegener Miene): „Im März ist es morgens um 7 Uhr hellmüßig noch dunkel, wie . . . (Allseitiges Stimmen im ganzen Gerichtssaal) Vor sich ender (unterbrechend): „Im März sind Tag und Nacht gleich. Dunkel war es wohl nicht mehr. Herr Staatsanwalt, als sich der Vorgang abspielte.“ Assessor Geipel nimmt noch dieser wohlwollenden Belehrung unter unterdrückter Heiterkeit der Richter und Bühnen sichtlich verlegen in seinem Sessel Platz. Um das Maß der staatsanwaltlichen Blamage voll zu machen, wird auch dieser Angeklagte freigesprochen.

Daß ein preussischer Staatsanwalt im März um 7 Uhr morgens aufsteht, ist vielleicht etwas viel verlangt, aber man wird demgegenüber doch verlangen dürfen, daß ein Staatsanwalt auch von solchen Dingen, die sich außerhalb des Gerichtssaales zutragen, wenigstens so viel weiß, wie ein recht bescheidener Volksschüler von zehn Jahren.

Wohnungs- und Wahlkreispolitik in Hamburg.

Durch die sogenannte Sanierung der inneren Stadt (Alt- und Neustadt) hat sich in den letzten Jahren eine große Umwälzung der Hamburger Wohnungsverhältnisse vollzogen. Die früheren für Hamburg typischen Gängeviertel verschwinden und machen modernen Geschäftstraßen Platz. Infolgedessen verlieren Tausende von Bewohnern der inneren Stadt ihre Wohngelegenheit und sind genötigt, sich in entfernteren Stadtteilen, zu denen sich die ehemaligen Vororte entwickelt haben, anzusiedeln. Diese Umwälzung, die im allgemeinen ein Merkmal aller modernen Großstadtentwicklung ist, bringt aber für die Hamburger Arbeiterbevölkerung insofern schwere Nachteile mit sich, als die im Hafen beschäftigten Leute nicht in weiter Entfernung von ihrer Arbeitsstätte wohnen können. Im Hafen und auf den Werften sind jetzt rund 35 000 Arbeiter beschäftigt. Ein großer Teil davon sind sogenannte Gelegenheitsarbeiter, die sich ständig in der Nähe des Hafens aufhalten müssen, um bei der Ankunft von Schiffen sogleich bei der Hand zu sein. Verlieren diese nun durch die „Sanierung“ ihre Wohnstätten in der Nähe des Hafens, und müssen sie in die Außenbezirke übersiedeln, so bedeutet das den Verlust eines großen Teils ihrer freien Zeit, Verlust eines geordneten Familienlebens und verhältnismäßig hohen Aufwand an Fahrgehalt. Um diese Nachteile des an sich notwendigen Sanierungswerkes abzumildern, haben die sozialdemokratischen Mitglieder der Bürgerschaft beantragt, mindestens ein Drittel des jetzt zum Abbruch bestimmten Sanierungsgebietes mit Kleinwohnungen zu bebauen oder in Erbbaurecht zu vergeben. In der allgemeinen Beratung, die in der Bürgerschaft am 19. Juni stattfand, wurde dieser sozialdemokratische Antrag von bürgerlicher Seite heftig bekämpft. Auch der Senat hat sich dagegen ausgesprochen. Man will die Altstadt „großzügiger“ bebauen vorbehalten. Die Arbeiter betreibt man auf erst noch zu schaffende billige Fahrgelegenheiten und auf die gesunde Luft der Außenbezirke. Daß aber nebenbei noch andere Gründe für die Verdrängung der Arbeiter aus der inneren Stadt maßgebend sind, verraten die allzeit offenerzig-reaktionären „Hamburger Nachrichten“, indem sie schreiben:

„In den innerstädtischen Arbeitervierteln wächst mangelnd organisiert Arbeiterkräfte.“

Das Großproletenorgan empfiehlt die Ansiedelung der Arbeiterbevölkerung auf einer Elbinsel bei Finkenwärder; ähnliche Pläne verfolgt auch der Senat und ein Teil der bürgerlichen Parteien. Dabei leitet sie der parteipolitische Nebengedanke, in den Wahlkreisen der inneren Stadt allmählich wieder der bürgerlichen Bevölkerung das Uebergewicht über die proletarische zu schaffen. Schon bei der vorigen Reichstagswahl fehlten die Gegner der Sozialdemokratie große Hoffnungen auf diese Bevölkerungsdurchschiebung.

Daß man eine soziale Maßregel, wie die Sanierung der Wohnungsverhältnisse, mit solchen politischen Absichten verquilt, ist jedenfalls recht charakteristisch.

Herrn v. Gerlachs Abschied von Marburg.

Der Führer der demokratischen Vereinigung, H. v. Gerlach, hat, wie wir kürzlich bereits mitteilten, die ihm gehörende „Deutsche Landeszeitung“ in Marburg veräußert. Er will in Marburg nicht wieder zum Reichstag kandidieren. Ueber die Gründe, die v. Gerlach jetzt zu diesem Schritt veranlaßt haben, spricht er sich im „Freien Volk“ eingehender aus. Er schreibt da:

Nicht wegen der Niederlage gehe ich. Nach der Wahl war ich fest entschlossen, weiter zu arbeiten. Aber ich habe mich davon überzeugen müssen, daß diese Weiterarbeit ohne praktisches Ergebnis bleiben müßte. . . .

Die Fortschrittler Marburgs entschlossen sich, mit finanzieller Unterstützung von Kassel und Berlin aus — „wenn es gegen Sie geht, steht uns unbegrenzt Geld zur Verfügung.“ sagte mir einer — den systematischen Vernichtungskampf gegen mich aufzunehmen.

Der bisherige Redakteur der „Hessischen Landeszeitung“, Herr W. wurde zum fortschrittlichen Parteisekretär für Kurhessen vom 1. Oktober ab gewählt. Er sollte seinen Sitz nicht etwa in der Hauptstadt und dem politischen wie geographischen Zentrum Kurhessens, Kassel, nehmen, sondern in Marburg. Natürlich, damit er vor allem in der Lage sei, mit meine Wähler abzusprechen zu machen.

Es wurde beschlossen, ein fortschrittliches Organ für Kurhessen zu begründen, nachdem man vergeblich versucht hatte, mit meine Zeitung abzulaufen. Das fortschrittliche Blatt sollte in Marburg erscheinen. Warum nicht in Kassel? Weil dort der Boden zu ungesund sei, während er durch meine Arbeit in Marburg für eine Politik der Linken gut vorbereitet sei!

In welcher Weise der Kampf gegen mich geführt werden würde, darüber wurde mir kein Zweifel gelassen. Mein eigener Redakteur Wörich begann mir bereits in meiner eigenen Zeitung in einer Weise, die mit Lokalität nichts, aber auch gar nichts, zu tun hatte. Seine Mappe strotzt schon von dem „Material“, mit dem er gegen mich losziehen wollte. Mit persönlichen Angriffen wollte er mich vernichten. Vor allem wollte man meine Zeitung ruinieren. Ein Führer der Fortschrittler erklärte mir, mündlich und schriftlich, daß man mich durch Einwirkung auf die Geschäftsleute die Inserate abtreiben wollte! Nobel, was?

Meiner Kampfnatur entsprechend, lag für mich die Versuchung sehr nahe, trotzdem oder vielmehr gerade deshalb den Fehdehandschuh aufzunehmen. Freilich, der persönliche Kampf war mir immer widerlich. Ich hätte mich auch völlig außerstande gefühlt, einer Taktik wie der der Abtreibung von Inserenten mit den gleichen Mitteln zu begegnen. Aber vielleicht wäre es doch möglich gewesen, bei einem Kampf mit anständigen Waffen auch einem skrupellosen Gegner gegenüber die Oberhand zu gewinnen.

b. Gerlach schließt seinen Artikel, in dem er noch mitteilt, daß er sein Blatt unter der Bedingung, daß es nicht zu Angriffen gegen die Demokratische Vereinigung und gegen ihn benutzt werden dürfe, an seinen Geschäftsführer Adler verkauft habe, mit folgenden Sätzen: „Ich nehme hiermit Abschied von Marburg. Ob die Fortschrittler irgendwelche Früchte daraus ernten werden, bezweifle ich stark. So wie ich die Stimmung unter meinen Wählern kenne, wird ein sehr großer Teil von ihnen, wenn er nicht mehr demokratisch wählen kann, einen Schritt weiter nach links gehen. Gegen eine Rechtsentwicklung hat sie meine Arbeit immun gemacht. Und das ist wenigstens etwas.“

Die Erfurter Handelskammer verlangt Ausnahmegesetze.

Die Jahresberichte der Erfurter Handelskammer zeichnen sich von jeher durch Schatzmachereien gegen die organisierte Arbeiterschaft aus. Der dieser Tage erscheinende Bericht für das Jahr 1911 macht hiervon keine Ausnahme. Nachdem an die vorjährige Ausperrung in der Metallindustrie erinnert worden ist, fährt der Bericht fort:

„Die Gefahr solcher Kämpfe wird mit dem Anwachsen der Gewerkschaftsbewegung, je mehr sich die Forderungen der Arbeiterschaft auch auf das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Betriebe erstrecken, immer größer werden, zumal wenn dem Terrorismus der Gewerkschaften nicht bald ein Riegel vorgeschoben wird. Die Erfahrungen des letzten Jahres haben in den Kreisen der Industrie die bereits vorhandene Ueberzeugung von der Notwendigkeit eines kräftigeren Arbeitwilligenzwanges noch mehr gefestigt, und man ist sich heute in diesen Kreisen darüber klar, daß ein wirksamer Schutz nur durch das gesetzliche Verbot des Streikpostensiehung zu erzielen ist, weil nur so der eigentlich selbstverständliche Schutz der freien Willensbetätigung einigermaßen gewährleistet wäre. Gegen diese Forderung kämpfen nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch verantwortliche und unverantwortliche Politiker und Sozialtheoretiker mit dem gedankenlosen Schlagwort „Ausnahmegesetz“; dieses Wort wäre in Anwendung auf das geforderte Verbot des Streikpostensiehung doch nur in dem Sinne angebracht, als damit eine bisher von gewisser Seite erzwungene Ausnahme von der gesetzlich gewährleisteten freien Betätigung des Arbeitswillens beseitigt würde. Tritt in dieser Richtung kein Wandel ein, so werden auch die von der Regierung so eifrig geförderten Bestrebungen der Jugendpflege zum Teil illusorisch gemacht, und es wird auch nur schwer gelingen, einer nationalen Arbeiterbewegung, die bereits erfreuliche Anfänge der Entwicklung zeigt, den Boden so zu ebnen, daß sie in absehbarer Zeit ein Gegengewicht gegen die sozialdemokratische Arbeiterbewegung bilden kann.“

Der Syndikus der Erfurter Handelskammer, ein Herr Dr. Allendorfer, war während der letzten Reichstagswahl ein eifriger Wortführer der Kandidatur des früheren nationalliberalen inzwischen verstorbenen Reichstagsabgeordneten für Erfurt, Landgerichtsrats Hagemann, des zweiten Vorsitzenden des Reichsverbandes. Schon daraus läßt sich ersehen, welche verhasste soziale und wirtschaftspolitische Ansichten in der Erfurter Handelskammer Oberwasser haben.

Eine wichtige Gerichtsentscheidung für die Leiter politischer Vereine.

Vor kurzem wurde von einem Prozeß berichtet, der vor dem Landgericht Oldenburg schwebte, und der sich um die Vergewaltigung der im § 3 Absatz 2 geregelten Pflicht der Vereinsvorsitzenden, der Polizei Statuten und Vorstandsmitgliederverzeichnisse einzureichen, drehte.

Der Vorsitzende des sozialdemokratischen Wahlvereins Müstringen hatte die Einreichung verweigert, weil der Verein nicht neu gegründet ist, erhielt eine Polizeistrafe und wurde vom Schöffengericht freigesprochen. Auf eingelegte Berufung des Staatsanwalts bestätigte das Landgericht Oldenburg das freisprechende Urteil am 5. Juni mit folgender, jetzt im Wortlaut vorliegender Begründung:

„Die Bestimmung des § 3 Abs. 2 des Vereinsgesetzes bezieht sich aber auch nach meiner Ansicht des Verfassungsgerichts lediglich auf die seit dem Inkrafttreten des Gesetzes gegründeten Vereine. Hierfür spricht der klare Wortlaut des Gesetzes, wonach die Anmeldung der Satzung und der Mitglieder des Vorstandes binnen 14 Tagen seit der Gründung des Vereins zu geschehen hat. Darüber, daß auch den schon bestehenden Vereinen die Anmeldepflicht obliege, enthält der Wortlaut der Vorschrift nichts. Auch eine analoge Ausdehnung der Vorschrift dahin, daß die bestehenden Vereine die Anmeldung binnen 14 Tagen seit dem Inkrafttreten des Gesetzes zu machen hätten, ist nicht zulässig. Vielmehr ist umgekehrt daraus, daß eine ausdrückliche Vorschrift für die bestehenden Vereine fehlt und der Wortlaut des Gesetzes nur die neuen Vereine trifft, zu schließen, daß der Gesetzgeber sie von der Anmeldepflicht nach dem neuen Gesetz hat ausschließen wollen, da nicht angenommen werden kann, daß der Gesetzgeber an die bereits bestehenden Vereine gedacht und so den irreführenden Wortlaut gewählt haben sollte. Die Begründung des Gesetzesentwurfes und die Reichstagsverhandlungen ergeben über diese Frage, so weit sich hat feststellen lassen, nichts. Auch daraus muß entnommen werden, daß man sich darüber nicht war, daß die Bestimmungen ihrem Wortlaut entsprechend nur die zu gründenden Vereine treffen sollte. Daraus, daß der bestehenden Vereine weder in der Gesetzesbestimmung selbst noch in den Materialien Erwähnung getan ist, obwohl dazu Anlaß vorgelegen hätte, läßt sich der Schluss ziehen, daß die bestehenden Vereine der Anmeldepflicht nicht unterliegen. Dieses Ergebnis hat infolgedessen einen guten Sinn, als die Anmeldepflicht in dieser oder ähnlicher Form bereits in den meisten Bundesstaaten bestand, und das Reichsvereinsgesetz, wie im allgemeinen überhaupt, so auch hier, keine neuen Vorschriften treffen, sondern lediglich ein einheitliches Recht für das Reich schaffen wollte.“

Die Anmeldung ist von den bestehenden Vereinen gemäß § 3 Absatz 3 des Gesetzes erst zu machen, sobald nach der Inkraft-

setzung des Gesetzes die Vereinsanmeldung oder der Vereinsvorstand sich ändert. Die hier vertretene Rechtsansicht wird offenbar von der württembergischen und badischen Regierung geteilt, wie sich aus den in Württemberg und Baden ergangenen Ausführungsbestimmungen ergibt, worauf auch in dem angeführten Urteil mit Recht hingewiesen wird. Dafür, daß seit dem Inkrafttreten des Gesetzes die Satzung oder der Vorstand der hier fraglichen Vereine sich geändert hätte, liegt nichts vor, auch ist darauf die Anklage nicht gestellt.

Mangels einer Strafvorschrift, gegen die der Angeklagte verstoßen hätte, ist sonach seine Freisprechung zu Recht erfolgt und die Berufung der Staatsanwaltschaft zu verwerfen.“

Wahlkrawall und Landfriedensbruch.

Wie in manchen anderen Wahlkreisen der preussischen Ostprovinzen wurde auch in Gumbinnen-Insterburg bei der letzten Reichstagswahl der Kampf mit höchster Erbitterung geführt. Es war daher verständlich, daß, als am Stichtag die der fortschrittliche Kandidat, Rechtsanwalt Siehr in Insterburg, über den konservativen Gegner siegte, die fortschrittlichen Wähler in große Begeisterung gerieten. Man wollte dem Neugewählten einen Fehdezug veranstalten, der aber, wahrscheinlich infolge Einspruchs der Polizei, unterblieb. Die Menge wich trotzdem nicht aus den Straßen, und als gegen 9 Uhr ein Mann von der Polizei verhaftet wurde, protestierte die Menge gegen die Verhaftung, weil sie glaubte, daß es sich um einen der Demonstranten, die fortdauernd Hochrufe auf den fortschrittlichen Kandidaten ausbrachten, handelte. Einige von den Leuten nahmen Partei für den Verhafteten, suchten ihn zu befreien und bewarfen dabei die Polizei mit Schnee- und Eisstücken.

Die Staatsanwaltschaft machte aus diesem Krawall eine Staatsaktion, und leitete gegen eine Anzahl Bauhandwerker und Arbeiter ein Verfahren wegen Aufruhrs und Landfriedensbruchs ein. Das Insterburger Schwurgericht hat jetzt einen der Angeklagten wegen dieser Delikte zu 1 Jahr 4 Monaten Zuchthaus, 3 Jahren Ehrverlust und vier Wochen Haft verurteilt. Der Mann ist Vater von 5 Kindern. Vier andere Angeklagte wurden zu einem Jahr sechs Wochen, zu einem Jahr, zu sieben Monaten und zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Angeklagten haben sich bis auf einen die ganze Zeit hindurch in Untersuchungshaft befunden.

Gegen die Gewalt Herrschaft der Junker

protestierten in Dresden am Freitagabend sechs überfüllte Volksversammlungen, die von circa 10 000 Personen besucht waren; sie gestalteten sich zu einer gewaltigen Demonstration für das gleiche Wahlrecht und gegen die Gewalt Herrschaft der Junker. Referenten waren die sechs sozialdemokratischen Abgeordneten des preussischen Landtages: die Genossen Vorchardt, Hirsch, Hoffmann, Reinert, Lieblucht und Ströbel.

Ausnahmetarif für Getreide.

Neben dem Einfuhrzollsystem wird die Ausfuhr von Getreide nach außerdeutschen Ländern und damit die Steigerung der Getreidepreise in erheblichem Maße durch die Ausnahmetariffrage gefördert. Diese Ausnahmetarife wurden bei Abschaffung des Identitätsnachweises eingeführt und damit begründet, daß die Vorteile der Ausfuhr nicht allein den Landwirten an der Grenze zugute kommen dürften. Landwirte im Innern des Landes erhalten daher Vergünstigungen im Tarif für Strecken von 100 bis 400 Kilometern, im Höchstfalle 92 M. pro 10 Tonnen. Die Vergünstigungen werden aber gewährt, auch wenn der Transport 400 Kilometer übersteigt; auch bei Sendungen auf Entfernungen von 400 und mehr Kilometern werden 92 M. für die ersten 400 Kilometer vergütet. Diese Vergünstigung kommt, wie eine Denkschrift ostpreussischer speziell polenscher Wählerbesitzer ausführt, einem ganz erheblichen Teil von ausgeführtem Getreide zugute. Im Jahre 1910 wurden auf Grund des Ausnahmetarifs 69 557 Tonnen Roggen ausgeführt, eine Menge, die ausreicht 700 000 Menschen mit Brotgetreide zu versehen. Aus Polen wurden allein 37 138 Tonnen mit Vergünstigung durch Ausnahmetarif ausgeführt. Dieser starke Export macht sich in der Wählerindustrie Polens unangenehm bemerkbar. Besonders im Herbst und Frühjahr entsteht starke Nachfrage nach Brotgetreide. Durch die Ausfuhr, das vermehrte Angebot, steigen die Preise. Die Ausfuhr dient natürlich nicht nur dem augenblicklichen Bedarf, sondern der Spekulation, die unsere Tarifpolitik fördert. Den Wäblern fehlt es mitunter direkt an Getreide. Würden diese Ausfuhrtarife nicht bestehen, so würde Deutschland seine Lederproduktion an Roggen in verarbeiteter Form, als Mehl, ausführen können. Gerade die Lederproduktion macht es unnötig, daß man den Export durch Ausfuhrvergünstigungen noch künstlich zu heben sucht.

Die dringende zu fordernde Aufhebung der Ausfuhrtarife würde selbst der Landwirtschaft keine Nachteile bringen. 76,75 Proz. aller deutschen Landwirte müssen noch Getreide für ihre eigene Wirtschaft hinzukaufen, geschweige daß sie selbst Getreide ausführen können.

Zur Lage in Ungarn.

Aus Budapest wird uns telephoniert:

Vor und in dem Reichstage herrscht das alte Bild: Draußen Militär und Gendarmen, die den oppositionellen Abgeordneten das Haus verbieten, drinnen einige Abgeordnete der Regierungspartei, die im Handumdrehen die wichtigsten Gesetze ohne Debatte in einigen Minuten verhandeln und annehmen. Am Sonnabend wurden nicht weniger als 13 Gesetze erledigt. Der Gesetzesentwurf, der den Abgeordneten, wenn sie gegen den Präsidenten widerspenstig sind, das Mandat entziehen soll, ist durch den Einfluß Lissas dem Verwaltungsausschuß überwiesen worden. Dieser Ausschuß sollte Sonnabendnachmittag 5 Uhr den Entwurf beraten. Angesehene Abgeordnete der Regierungspartei bemühen sich, dieses freche Attentat auf die parlamentarische Freiheit zu verhindern. Bis zur Stunde ist noch nicht bekannt, ob in die Verhandlungen eingetreten wird. Am Sonntag finden wieder im Lande 48 Versammlungen statt. Ein großer Teil der Versammlungen wird von den eingeschriebenen Abgeordneten der Opposition im Verein mit der Sozialdemokratie abgehalten. Ein Flugblatt der Partei, das im Laufe dieser Woche in 1 000 000 Exemplaren an die Bauern und Landarbeiter herausgegeben wurde, ist Sonnabendnachmittag 4 Uhr vom Untersuchungsrichter und vom Staatsanwalt konfisziert worden; es wurden jedoch keine Blätter mehr vorgefunden.

Freitag begann der Anlagensat die Beratung darüber, ob die Gefangenen der Mairevolution weiter in Untersuchungshaft bleiben sollen. Es wurde über die erste Gruppe der Angeklagten verhandelt. Von 17 Angeklagten wurden 15 sofort auf freien Fuß gesetzt. Sonnabend fand die Verhandlung mit der zweiten Gruppe der Angeklagten statt; sämtliche Angeklagten dieser Gruppe wurden in Freiheit gesetzt. Die andere Gruppe kommt Montag zur Verhandlung; es ist vorauszuweisen, daß auch von dieser Gruppe jeder, der Wohnung und Beschäftigung hat, sofort freigelassen wird. Die ganzen Anlagen, die von der Polizei auf Nord, Ein-

bruch, Aufruhr und Widerstandes gegen die Staatsgewalt aufgebaut waren, zerfallen in nichts. Trotz der Machinationen werden höchstens die Angeklagten wegen Verleumdung der Staatsgewalt und wegen Attentats gegen Privateigentum verurteilt werden. Mit dem besten Willen konnten die Richter nach den Aussagen der Angeklagten nicht anders handeln, da diese beweisen können, daß sie sich nur den Angriffen der Polizei widerwehren haben, um nicht von den Bajonetten niedergestochen zu werden.

Die Auslieferung des Abgeordneten Kovacs.

Budapest, 22. Juni. Der Immunitätsausschuß des Abgeordnetenhauses hat beschlossen, dem Ansuchen der Gerichtsbehörde wegen Auslieferung des Abgeordneten Julius Kovacs behufs strafrechtlicher Verfolgung, weil er den Präsidenten Grafen Tisza zu ermorden versuchte, stattzugeben und ihn der Staatsanwaltschaft unter Aufhebung seiner Abgeordneteneigenschaft auszuliefern.

Portugal.

Arbeiterunruhen in Lissabon.

Lissabon, 21. Juni. Gegen 11 Uhr abends wurden auf dem Dom-Pedroplatz drei Bomben zur Explosion gebracht. Darauf ging Kavallerie gegen die dort angesammelte Menge vor und zerstreute sie. Durch Revolvergeschüsse wurde eine Person getötet, mehrere wurden verwundet. Die Regierung läßt die Truppen in der Stadt patrouillieren und erlaubt niemand, stillzustehen.

Lissabon, 22. Juni. Arbeiter haben gestern abend bis gegen 8 Uhr eine Demonstration auf den Straßenbahnschienen veranstaltet. Die Straßenbahngesellschaft hat einen Teil ihrer früheren Angestellten wieder eingestellt; sie erklärt, daß der Straßenbahnverkehr heute wieder aufgenommen werde. Die Straßen Lissabons waren bis in die späten Nachstunden von einer erregten Menge erfüllt. — Durch die Bomben, die auf dem Dom-Pedroplatz explodiert sind, ist eine Person getötet worden. Zwei Personen, die an einem Fenster des zweiten Stockwerks eines Hauses standen, wurden verwundet. Unter den weiteren Verwundeten befinden sich einige Polizeibeamte und Kavalleristen.

Die Blätter melden, daß in Covilhao 12 000 Arbeiter arbeitslos sind.

Lissabon, 22. Juni. Der Senator Arthur Costa, der Bruder Alfons Costas, wurde beim Verlassen des Parlaments mit Steinen beworfen und feuerte zu seiner Verteidigung mehrere Revolvergeschüsse ab.

England.

Der Londoner Transportarbeiterstreik.

London, 21. Juni. (Fig. Ver.) Der Londoner Transportarbeiterstreik dauert mit unverminderter Stärke an. Die Vermittlungsversuche der Regierung scheinen zu Ende gekommen sein. Die Arbeitgeber unter Anführung der Hafenbehörde sind nach wie vor fest entschlossen, die Organisation der Arbeiter zu zertrümmern, und die Arbeiter sind nach all ihren erfolglosen Versuchen, den Frieden herzustellen, nicht geneigt, neue Vorschläge zu machen und erwarten nun von den Unternehmern, daß diese sich zu Vorschlägen herbeilassen. Nur die Arbeiterpartei arbeitet noch an einer Lösung der Streitfrage. Sie wird nächsten Dienstag eine Vorlage im Parlament einbringen, nach der alle freiwilligen Verträge zwischen den Arbeitern und Arbeitgebern im Londoner Hafen beide Kontrahenten gegenseitig binden sollen.

Die reaktionäre Presse, die die Streikenden durch ihre lügenhaften Berichte über den Zusammenbruch des Kampfes nicht hat entmutigen können, versucht jetzt die Arbeiter beim Publikum anzuschwärzen. Nach ihren Berichten soll im Osten Londons eine wahre Schrecken Herrschaft bestehen, die Spitzhaken sollen von verwundeten „Arbeitswilligen“ voll sein; kein Mensch soll sich in den Seitenstraßen seines Lebens sicher sein. Die Nachrichten sind pure Erfindung. So schrieb der „Daily Express“ gestern: „Das Spital von Poplar ist voll von Opfern dieser feigen Roheit, die ihre Erlebnisse auf dem Krankenbett erzählt haben. In jedem Falle sind sie mit Stöcken, die mit Blei ausgegossen waren, auf den Hinterkopf geschlagen worden, während eine Partie dieser tapferen Streiker ihre Aufmerksamkeit vorne in Anspruch nahm. Einige der Opfer sind junge Knaben.“ In Wirklichkeit hat man während der ganzen Dauer des Streiks nur 4 Personen in dem Spital gehalten, die sich ihre Wunden in Streikunruhen geholt. Zwei davon waren Kinder, die unabsichtlich verletzt worden sind. Uebrigens bezeichnet der Sekretär des Spitals die Behauptung des Blattes als eine ungeheure Uebertreibung. Charakteristisch für diesen Lügenfeldzug ist das Gebaren eines anderen kapitalistischen Sensationsblattes, der „Daily Mail“, das unter einer langen Tirade gegen den „Terrorismus“ der Streikenden in einer bescheidenen Ecke die offizielle Erklärung der Polizeibehörde bringt, daß die Angriffe von Gewerkschaftern auf „freie“ Arbeiter nachgelassen, daß die Säufigkeit der Verbrechen im Osten jetzt nur normal sei, und daß die Streikenden allein für diese Verbrechen nicht verantwortlich seien. Offenbar ist diese Heze der Reaktionen gegen die streikenden Arbeiter auf Wunsch der Arbeitgeber des Hafens inszeniert worden, die den Führer der Konservativen zu ihrem Sachverwalter im Parlament ernannt haben. Um sich an Herrn McKenna zu rächen, scheinen die Arbeitgeber des Themsehafens alle konservativ geworden zu sein.

China.

Die Regelung der Anleihe.

London, 21. Juni. Nachdem nunmehr der Abschluß der chinesischen Anleihe in Paris erfolgt ist, werden je nach Bedarf von Zeit zu Zeit Zusammenkünfte der Sechsmächte-Bankengruppe stattfinden; ob in London, Paris, Berlin oder sonstwo, steht augenblicklich noch nicht fest. Wie verlautet, werden inzwischen in Peking weitere Besprechungen erfolgen, um die Wünsche und die Ansichten der chinesischen Regierung im einzelnen kennen zu lernen. Obgleich angenommen wird, daß nach allgemeinen Grundrissen die von jeder Macht bereitgestellten Gelder auf dem inländischen Markt aufgebracht werden müssen, hat doch jede Macht unter bestimmten Bedingungen das Recht, einen Teil des Geldes im Auslande flüssig zu machen.

Marokko.

Die Kämpfe bei Fez.

Paris, 22. Juni. Die letzten Nachrichten aus Fez melden: Die Kolonne des Generals Dalbiez hat ihr Lager bei El Hadjeb, östlich von Meknes, am 18. Juni verlassen und ihren Marsch südlich in der Richtung nach Fez und Seila fortgesetzt. 45 Kilometer südlich von Fez entfernt, im Süden des Djebel Uifi, stießen die Franzosen mit einer Abteilung der Beni W'ar zusammen, die jedoch nach kurzem Kampfe in die Flucht geschlagen werden konnten. Darauf bezog die Kolonne bei Sidi Abd es Saleh, 25 Kilometer südlich von El Hadjeb, ein neues Lager. Die Franzosen hatten bei dem Kampfe mit den Beni W'ar 5 Tote und mehrere Verwundete. Ein Teil der Beni W'ar ergriffen im französischen Lager und bot seine Unterwerfung an.

Gewerkschaftliches. Metallarbeiterausperrung.

Nachdem die in Hannover geführten Einigungsverhandlungen zur Beilegung des Streiks in der Metallindustrie gescheitert sind, trat heute abend in Hannover, Halle a. d. Saale und Magdeburg die angekündigte Aussperrung von 60 Prozent der Arbeiter in sämtlichen, dem Verbande deutscher Metallindustrieller angehörenden Betrieben in Kraft. Welchen Umfang die Aussperrung angenommen hat, ist bisher noch nicht zu übersehen.

Berlin und Umgegend.

Zur Zigarrenarbeiterbewegung in Groß-Berlin. Die Zigarrenfirma Jöllner, Fabrik und Ladengeschäft: Rorben, Seiltiner Straße 50, ist aus der Tarifliste gestrichen, da dieselbe die tariflichen Abmachungen wiederholt durchbrochen hat. Die Firma gilt als gesperrt. Der Vertrauensmann.

Steinarbeiter, Bauarbeiter aller Berufe! Der Streik der Steinmehrer auf dem Neubau „Garotti“ in Tempelhof ist nach fünfjähriger Dauer zugunsten der Streikenden beendet. Der feste Zusammenhalt der letzteren, sowie das solidarische Verhalten der verwandten Berufsgruppen hat es vermocht, daß die in Betracht kommenden Firmen Jüngers u. Schille und Wahj u. Freitag, die sich anfänglich hartnäckig sträubten, überhaupt in Verhandlungen über die strittigen Punkte einzutreten, sich eines Besseren überzeugten. Die Zeit, da die Unternehmer einseitig die Lohn- und Arbeitsbedingungen festsetzten, ist eben ein für allemal vorbei. Folgender Vertrag kam mit der Firma Jüngers u. Schille zustande: „Die Firma erkennt den Tarif für das Steinmehrgewerbe von Groß-Berlin an, soweit sich derselbe auf Tagelohnarbeiten erstreckt. Hierzu gehören die Bestimmungen betr. Arbeitszeit, Fahrlohn und diejenigen allgemeiner Natur. Affordarbeit ist unzulässig, desgleichen die Verwendung von ungelerten Arbeitern zur Herstellung von Steinmehrarbeiten, mit Ausnahme von Vossarbeiten (Spitzen), für welche ein Mindestlohn von 73 Pf. pro Stunde zu zahlen ist, falls ungelerte Arbeiter mit denselben beschäftigt werden. Nachregelungen der am Streik beteiligten Personen finden nicht statt.“ Zu bemerken ist, daß die vor dem Streik mit Vossiten (Spitzen) beschäftigten Arbeiter nur einem Stundenlohn von 55 Pf. erhalten haben, desgleichen die mit Stocken Beschäftigten, die nun auf Grund des Vertrages zurückgezogen werden, um den Steinmehrer Platz zu machen. Die Arbeit wird am Montag früh wieder aufgenommen. Zentralverband der Steinarbeiter. Ortsverwaltung Berlin.

Zum Streik der Bierfahrer in den Niederlagen Groß-Berlins ist zu berichten, daß Verhandlungen stattgefunden haben, welche allerdings noch nicht zu Ende geführt sind, die aber zu einem befriedigenden Resultat führen dürften. Aus diesem Grunde haben die in Frage kommenden Bierfahrer die Arbeit im vollen Umfange wieder aufgenommen.

Deutscher Transportarbeiterverband, Bezirk Groß-Berlin.

Lohnbewegungen im Gastwirtsgerwebe.

Die Aussperrung der Kellner im „Paradiesgarten“ zu Treptow ist noch nicht beigelegt. Herr Hiller lehrt nach wie vor den Herrenpöbeln heraus und glaubt mit Hilfe der Polizei die berechtigten Wünsche seiner Angestellten ignorieren zu können. Am letzten Mittwoch hatte er sich ein Niesenaufgebot an uniformierten Schulheuten und herrittenden Gendarmen sowie Kriminalbeamten bestellt. Aus Berlin, Treptow und Baumshulden waren die Beamten herangezogen. In letztgenanntem Ort machten sich die Epithuben die Abwesenheit der Geseßswächter gleich zunutze, indem sie in der Zeit mit Erfolg zwei Einbrüche verübten. Genügt hat Herrn Hiller der Kraftaufwand nicht, denn von seiten der Organisation war für diesen Tag nichts geplant. Dagegen wurde am Donnerstag eine Flugblattverbreitung im Lokal vorgenommen, die ihre Wirkung nicht verfehlte. Viele Gäste verließen das Lokal und gingen nach dem „Spreegarten“, dessen Inhaber, die Herren Wardagaß, inzwischen mit dem Verband der Gastwirtsgehilfen Vereinbarungen getroffen haben.

Die bei Herrn Hiller beschäftigten „nützlichen Elemente“ scheinen sich ihrer Pflicht als solche voll bewußt zu sein, denn sie versuchten, die Flugblattverbreiter zu mißhandeln. An dieser „Lobenswerten“ Aktion beteiligten sich auch die Köche, die sich sonst immer als die „Elite“ der gastwirtschaftlichen Angestellten betrachten. Der Küchenchef Herr Mehin sucht auch auf andere Weise seinem Vorgesetzten beizuspringen, indem er die Konkurrenz aufsucht. So ging er u. a. zu dem Inhaber des Etablissements „Altes Bierhäuschen“ und erklärte dem, daß die Kellner bei ihm heute, Sonntag, streiken wollten, Herr André möge es nur so machen, wie sein Prinzipal Hiller und die Kellner hin- und herwerfen. Wir stellen fest, daß an diesem Gerede kein wahres Wort ist, vielmehr hat Herr Mehin sich das aus den Fingern gezogen.

Mit der Brauerei Friedrichshagen, Odeonum Richard Wättner, befehen, entgegen einer Zuschrift des Kellnervereins Kistka a. B. an die „Berliner Volkszeitung“ und den „Gewerkvereinen“ die Differenzen fort. Herr Wättner erklärte, er liege sich von dritten Personen keine Vorwürfe machen. Besonders betonte er, daß auch der Aufsichtsrat ihm nichts zu sagen habe. Die Brauerei ist Eigentum von Berliner Gastwirten. Es muß Veränderung erregen, daß die Gründer und Besitzer dieser Genossenschaftsbrauerei so absolut machtlos sind gegenüber dem Odeonum. Sowohl der „Paradiesgarten“ in Treptow als auch der Brauereiausgang Friedrichshagen sind für organisierte Gastwirtsgehilfen gesperrt. Verband der Gastwirtsgehilfen.

Deutsches Reich.

Schildermaler! Bei der Firma Kanl u. Richter in Düsseldorf sind Differenzen ausgebrochen. Wir bitten, jedes Arbeitsangebot nach dort zu unterlassen. Die Firma sucht bereits im „Diamant“ Arbeitskräfte. Auch soll sie beabsichtigen, in Berlin Kräfte anzuwerben. Also: Vorsicht!
Verband der Porzellanarbeiter, Zahlstelle Berlin.

Die Görtlicher Polizei gegen die Bevölkerung — für die Streikbrecher.

Dienstag und Mittwoch haben in Görtlich vor der bestreikten Waggonfabrik, in deren Betrieben etwa 150 Arbeitswillige einquartiert sind, größere Menschenansammlungen stattgefunden. Dabei sind auch einige Verhaftungen erfolgt. Daraus ergab sich am Donnerstag eine Bekanntmachung der Polizeiverwaltung in der Presse, in der gesagt wird, die Menschenmenge habe sich in der ausgesprochenen Absicht zusammengelagert, um Gewalttätigkeiten gegen die in der Waggonfabrik befindlichen Arbeitswilligen zu begehen. Weiter wird gesagt, einige der Beteiligten hätten die Polizeibeamten in der rechtmäßigen Ausübung ihres Amtes durch Gewalt behindert, und durch Bedrohung mit Gewalt Widerstand geleistet; ein Oberbeamter sei tödlich angegriffen worden, und sechs Personen müßten wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, wegen Aufstands und ruhestörender Verrücktheit und der königlichen Staatsanwaltschaft zugeführt werden. Zum Schluß wird angekündigt, daß die Polizei jede Störung der öffentlichen Ordnung und jede Wiederholung eines derartigen Aufstands entschieden verhindern wird. So sorgt die Polizei für Ordnung!

Seit die Magdaregarde in Görtlich haust, sind die Görtlicher Einwohner den Absichten dieser Leute ausgeliefert. Trotz der ärgsten Ausschreitungen dieser Streikbrecher-Kapden, trotz Bedrohung und tätlicher Angriffe auf Polizeibeamte, trotz der ärgsten Exzesse, Molotowscheierren, Ueberfälle auf Passanten, von denen mehrere in blutigen Schlägereien halb totgeschlagen wurden, hat man noch nichts von einer zum Schutze der Bevölkerung erlassenen Veranm. Redakteur: Albert Bachs, Berlin. Inzeratenteil verantw.

Bekanntmachung gelesen. Jetzt auf einmal, wo es sich um die dem Staate nützlichen Elemente handelt, erinnert die Polizei sich ihrer Pflichten als Sicherheitsbehörde. Die Scharfmacherpresse wird jedenfalls wie ein Wermutöl über diesen Vorgang mit den sechs Verhaftungen herfallen. Die Ursachen für diese Menschenansammlungen sind darin zu suchen, daß die Erbitterung unter der Bevölkerung über das rachsüchtige, unbehinderte Verhalten der Arbeitswilligen aufs höchste gestiegen ist. Dazu kommt noch, daß diese Leute die Stadt zu nächtlicher Zeit mit dem ausgesprochenen Voratz absuchten, die Streikposten zu überfallen. Dieser Tage war außerdem in der Stadt das Gerücht verbreitet worden, ein am Streik unbeteiligter Metallarbeiter sei infolge der Rißhandlungen durch die Streikbrecher gestorben. Das ist nun glücklicherweise nicht der Fall. Weil aber die Polizei sich gegen diese Mordlinge als machtlos erwies, müßten die Arbeitskollegen die Streikposten schützen, mußte doch befrachtet werden, die Wüteriche würden ihr blutiges Treiben vom Sonntag fortsetzen. So kam es, daß sich zunächst einige Personen vor der Fabrik ansammelten; nach und nach wuchs die Zahl der Neugierigen. An eine ausgesprochene Absicht, Gewalttätigkeiten gegen die in der Waggonfabrik befindlichen Arbeitswilligen auszuüben, hat niemand gedacht. Die Streikleitung hat in einem Aufruf aufgefordert, jede Ansammlung in den Straßen zu vermeiden, und sie ermahnt zur Besonnenheit und Ruhe.

Eine christliche Lüge.

Durch die bürgerliche Presse geht eine Notiz, die aus einer christlichen Korrespondenz stammt und von dort in die Reichsverbandskorrespondenz übergegangen ist, in welcher eine angebliche Äußerung, die der Genosse Arbeitersekretär Thomas aus Heidelberg in einer Versammlung in Mosbach getan haben soll, aus dem Zusammenhang gerissen und verdreht wird. Die Notiz lautet:

Der Redner der christlichen Gewerkschaften hat und zum Vornehm gemacht, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften auf das Wirtschaftsleben keine Rücksicht genommen hätten und die Industrie schädigten. Da kann ich sagen: „Ja, wir wollen die Industrie schädigen, weil wir nur so unser Ziel zu erreichen vermögen.“

Die Notiz ist auffallenderweise nur in norddeutschen Blättern erschienen. Genosse Thomas schreibt dazu folgendes:

Es ist nicht wahr, daß ich die mir in den Mund gelegte Äußerung getan habe. Ich habe auf den Vorwurf, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften auf das Wirtschaftsleben keine Rücksicht nähmen, erwidert, daß die liberale und sozialistische Politik bisher diese Tendenz gehabt hätte. Ich habe dann weiter ausgeführt, daß bei einem Streik es handelte sich um eine Auseinandersetzung über den letzten Verparbeiterstreik) die Interessen der Arbeiter denen der Arbeitgeber entgegengekehrt seien, daß es bei einem Kampfe immer darauf ankomme den Gegner zu schwächen. Wenn dadurch eine Schädigung der Industrie herbeigeführt würde, so seien es nicht die Arbeiter, die davor zurückzusehen dürften, auch auf diese Möglichkeit hin ihre Forderungen durchzusetzen, weil ja die Arbeitgeber durch die Bewilligung der Arbeiterforderungen in der Lage seien, diese Gefahr von der Industrie abzuwenden.

Wenn die christlichen Gewerkschaften der Meinung seien, daß die Arbeiterbewegung im Interesse der Industrie auf ihre Forderungen verzichten müßten, so befähigten sie damit wieder einmal, daß sie lediglich die Interessen des Unternehmertums vertreten, denen sie nicht den Vorwurf der Industriefeindschaft machten, wenn sie Niesenaussperrungen vornehmen, um die minimalen Forderungen der Arbeiter abzulehnen.

Das sind die bezüglichen Äußerungen meinerseits in der Versammlung gewesen. Die mir in den Mund gelegten Worte sind eine glatte Erfindung.

Erfolgreicher Streik der Textilarbeiter in Reichach. Der Streik der Weber in Reichach bei Rempten in Schwaben ist nach 15 tägiger Dauer mit einem Erfolg für die Arbeiter beendet worden. Außer einer Lohnerhöhung von 5-10 Prozent wurde auch die Schaffung eines Arbeiterausschusses zugestanden. Die Ausständigen, die vor Ausbruch des Streiks nur zum geringen Teil organisiert waren, sind sämtlich der Organisation beigetreten.

Ausland.

Der Niederländische Verband der Gewerkschaften, die Zentrale der modernen Gewerkschaftsbewegung Hollands, hielt vom 10. bis 12. Juni zu Amsterdam ihre sechste Jahresversammlung ab. Die ständige und immer stärkere Entwicklung, die der Verband seit seiner Gründung durchgemacht, hat auch im verflossenen Jahre angehalten. Die Zahl der angeschlossenen Organisationen und die der Mitglieder sind im Laufe der Jahre gestiegen, wie folgende Tabelle zeigt:

Datum	Anzahl Organisationen	Anzahl Mitglieder
1. Januar 1906	11	18 960
1907	18	26 227
1908	24	32 270
1909	27	36 628
1910	27	40 628
1911	28	44 120
1912	32	52 235

Gegenwärtig ist die Zahl der Mitglieder schon auf rund 55 000 angewachsen und das sind ungefähr 30 Proz. der nach der offiziellen Statistik in Holland vorhandenen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen. Unter den Mitgliedern der angeschlossenen Organisationen waren am Jahresanfang 1912 3267 weibliche. Die Einnahmen der Organisationen betragen im Jahre 1911 1 133 137 Gulden, ihr gesamtes Vermögen war am Jahresabschluss 1 679 639 Gulden, wovon jedoch über 1/4 Millionen auf den Diamantarbeiterverband kommen. Schaltet man diese größte und stärkste Organisation aus, so beträgt das Vermögen pro Kopf der Mitglieder nur 2 Gulden. Für Streikunterstützung wurden rund 180 000 Gulden ausgegeben, woran der Diamantarbeiterverband mit über 100 000 Gulden beteiligt ist; die Ausgaben für Krankenunterstützung waren 98 171, die für Arbeitslosenunterstützung nur 15 750 Gulden. Alle Organisationen haben eigene Fachblätter, und außerdem gibt die Zentrale bekanntlich ein eigenes Blatt „De Waldbeweging“ heraus. Die gesamte Auflage der Blätter war im Jahre 1911 79 575 Exemplare, und verbreitet wurden die 33 Blätter im Laufe des Jahres in 2 850 200 Exemplaren.

Der Kassierbericht des Verbandes der Gewerkschaften schließt für das Jahr 1911 mit der Bilanzsumme von 37 362,96 Gulden ab. Für Streikunterstützung waren rund 18 616 Gulden eingekommen, und für die streikenden Seeleute in Rotterdam 11 215 Gulden. Die ordentlichen Beiträge der Organisationen machten 12 274 Gulden aus.

Die Streikunterstützung, soweit sie durch den Verband der Gewerkschaften geht, wird durch Listensammlung aufgebracht. Es lagen nun dem Kongreß Anträge vor, die teils die Einführung obligatorischer Extrabeiträge bei großen Lohnkämpfen, teils die Einführung regelmäßiger Beiträge zur Schaffung eines zentralisierten Widerstandsfonds zum Ziele hatten. Diese Anträge fanden jedoch keine Annahme, und es wurde eine Resolution angenommen, die es den einzelnen Organisationen vor allem zur Pflicht macht, selbst für einen starken Streikfonds zu sorgen, im übrigen besagt, daß das System der Listensammlung bei großen Kämpfen vorläufig bestehen bleiben soll. Einer der wichtigsten Punkte der Tagesordnung bezog sich auf die örtlichen Vorstände, die bis jetzt, neben den Gewerkschaften, auch die Parteivereine und die Genossenschaften am Ort umfassen. Sie sollen nun, wie es bereits auf der Jahresversammlung von 1909 besprochen worden war, zu reinen Gewerkschaftsartikeln umgestaltet werden. Die Umgestaltung soll sich allmählich vollziehen, jedoch werden die Organisationen aufgefordert, dafür zu sorgen, daß ihre Ortsabteilungen sich binnen zwei Jahren den Kartellen anschließen, die die vom Verband der Gewerkschaften aufgestellten Grundzüge anerkennen. Sodann befaßte der Kongreß sich unter anderem mit dem Gesetzentwurf der Regierung zur Einführung einer Alters- und Invalidenversicherung, der, wie ausführlich dargelegt wurde,

schwere Mängel enthält, den Arbeitern große Lasten auferlegt, aber nur sehr geringen Nutzen bringen kann. Das wurde in einer Resolution dargelegt, die im übrigen folgende Forderungen an die Gesetzgebung enthält: a. Pensionierung auf Kosten des Staates für alle dessen bedürftigen Männer und Frauen vom sechzigsten Lebensjahre an; b. Versicherung gegen die materiellen Folgen der Invalidität auf Kosten der Arbeitgeber und des Staates, und falls Beiträge von den Arbeitern erhoben werden, wenigstens Beitragsbefreiung für die am schlechtesten gestellten; c. Pensionierung der Witwen und der Waisen bis zum 18. Lebensjahre; d. Ueberwiegenden Einfluß der Versicherten auf die Invaliditätsversicherung. Uebrigens findet im September dieses Jahres ein Kongreß für Staatspensionierung statt, an dem der Verband der Gewerkschaften ebenfalls teilnehmen wird. Ferner wurde beschlossen, dahin zu wirken, daß spätestens im Jahre 1913 ein Kongreß zur Behandlung der Verhältnisse in der Heimindustrie stattfindet, und der Vorstand des Verbandes der Gewerkschaften soll zu diesem Zweck mit dem Vorstände der sozialdemokratischen Partei Beratungen pflegen. — Die Arbeiter der beiden besoldeten Beamten des Verbandes, der Genossen Oudegeest und van den Tempel, hatten sich mit dem Wachstum des Verbandes so gehäuft, daß die Anstellung eines dritten Beamten notwendig und dann auch ohne weitere Diskussion beschlossen wurde.

Der Streik der französischen Seeleute

dauert weiter an. Ein am Freitagabend in Paris verbreiteter Gerücht, nach welchem die Seeleute nicht geneigt sein sollten, an einem Schiedsgericht teilzunehmen, hat sich als falsch herausgestellt, denn in einer Versammlung der Streikenden, bei der die einflussreichsten Führer zugegen waren, wurde die Bereitwilligkeit der Arbeiter, sich einem Schiedspruch zu unterwerfen, zugegeben. In einem Bericht, den sie der Presse zugehen ließen, erklären sie ausdrücklich, daß sie bereit sind, an Einigungsverhandlungen in Paris teilzunehmen, wenn bei diesen Konferenzen je ein Delegierter der Arbeitgeber und der Streikenden vertreten ist. Dagegen haben die Reederei mit Ausnahme der Messagerie maritime einen schiedsrichterlichen Vertrag abgelehnt; sie erklären, daß sie die dem Spruche eines Schiedsgerichts keinesfalls beugen werden. Immerhin hat sich die Lage durch die Haltung der Messagerie Maritime bereits wesentlich gebessert, da die Messagerie maritime die größte Gesellschaft ist. Gestern vormittag fand ein Ministerrat statt, der sich eingehend mit den zu treffenden Maßnahmen im Falle der Ablehnung des Schiedsgerichts befaßte. Am Abend traten die Minister unter Vorst. Poincaré abermals zusammen, um die Frage der Entsendung von Marine-Reservisten auf die Transportdampfer, die Getreide und Früchte aus Algier nach den französischen Häfen bringen und ausladen, eingehend zu erörtern.

Auch in Le Havre findet der Regierungsvorschlag unter den Reedern keinen Anklang, diese haben vielmehr kategorisch erklärt, daß sie keinen Schiedsgerichtsanspruch anerkennen werden.

Gestern entschied das Appellationsgericht gegen neun Seeleute des Dampfers „Sir Barthelmä“, die am 18. November verurteilt wurden, weil sie ihr Schiff verlassen und in den Streik traten. Sie wurden freigesprochen, weil den Seeleuten an der Handelsmarine nach dem Gesetze von 1884 das Recht zusteht, in den Ausstand zu treten.

Die Lohnkämpfe in Norwegen.

Der Streik der Fischkonservenarbeiter von Stavanger ist nach achtwöchiger Dauer mit dem Abschluß eines neuen Tarifvertrages beendet, der Lohnerhöhung bietet, sowie eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 57 auf 54 Stunden. Am Streik waren rund 3000 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt. — Die Eisenbahnarbeiter des norwegischen Staates stehen noch immer im Streik. Es haben zwar Verhandlungen stattgefunden, ob aber auf Grundlage der dabei zustande gekommenen Vorschläge eine Einigung erzielt wird, scheint noch zweifelhaft. Im Streik der Schiffsmaschinen sind ebenfalls Verhandlungen angeknüpft, aber auch hier ist, so weit bis jetzt Nachrichten vorliegen, der Friede noch nicht wiederhergestellt. Der Kampf hat übrigens auch die Wirkung gehabt, daß sich nun überall bei den Maschinisten der Drang nach Anschluß an die Landesorganisation der Gewerkschaften geltend macht. Für einige Routenschiffe in den nördlichen Distrikten hat der Maschinistenverband auf Ersuchen der Regierung die nötige Mannschaft zur Verfügung gestellt, und zwar um einem Notstand in der Bevölkerung vorzubeugen.

Christiania, 22. Juni. (B. L. A.) Die Einigungsverhandlungen zur Beilegung des Streiks der Maschinisten der Dampferlinien haben zur Einigung geführt. Der Ausstand ist somit beendet.

Letzte Nachrichten.

Bei der Arbeit lebensgefährlich verunglückt

Ist gestern nachmittag der Fuhrmeister Karl Rindermann aus der Waagstr. 13 zu Treptow, der auf einem von dem Baumeister Arnold Kutsche in der Rittergüterstr. 107 zu Reichenberg aufgeführten Neubau beschäftigt war. Er stürzte aus dem ersten Stock so unglücklich herab, daß er mit dem Rücken auf einen unten stehenden Pfahl aufschlug und sich eine schwere Rückenverletzung und Verletzungen am Kopf, an der Brust und an der Schulter zuzog. Der Verunglückte, der verheiratet und Vater mehrerer Kinder ist, wurde mit einem Künzelschen Wagen nach dem Krankenhaus Bethanien gebracht. Hier liegt er sehr schwer darnieder, doch hoffen die Ärzte, ihn am Leben erhalten zu können.

Landesverratsprozeß.

Frankfurt a. M., 22. Juni. (B. L. A.) Die Strafkammer begann heute vormittag den Landesverratsprozeß gegen die Techniker Chronimus und Haunerland sowie den Kellner Schellberg. Auf Antrag des Staatsanwalts wurde wegen Gefährdung der Staatssicherheit und der öffentlichen Ordnung die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Das Urteil, das um sechs Uhr abends gefällt wurde, lautete gegen Chronimus auf zwei Jahre Gefängnis und gegen Haunerland auf acht Monate Gefängnis; Schellberg wurde freigesprochen. Von den Verurteilten wurde gegen das Urteil Revision eingelegt.

Roosevelts Bruch mit der republikanischen Partei.

Chicago, 22. Juni. (B. L. A.) Nachdem Roosevelt die einleitenden Schritte zur Organisation einer neuen Partei getan hatte, hat er seine Beziehungen zu dem republikanischen Nationalkonvent formell gelöst.

Erdbeben in Zentralamerika.

San Francisco, 22. Juni. Nach der „Kölnischen Zeitung“ haben Erdbeben in Ostirica mehrere Ortschaften teilweise zerstört. Es herrschte große Panik. 85 Personen sollen getötet und 400 verletzt worden sein.

Auf der Vergnügungsfahrt verunglückt.

London, 22. Juni. (B. L. A.) Heute vormittag fuhr das mit 8 Personen besetzte Automobil des Geh. Justizrates Dr. v. Glöck aus London in voller Geschwindigkeit gegen einen Baum. Das Automobil wurde in einen Graben geschleudert. Der Chauffeur und zwei Insassen kamen mit leichten Verletzungen davon, während Frau v. Glöck sofort tot war. Herr v. Glöck und die beiden Enkelkinder trugen derart schwere Verletzungen davon, daß sie kaum mit ihrem Leben davonkommen dürften.

Zur Präsidentenwahl in Nordamerika.

Bryan, Roosevelt oder Taft?

Alle vier Jahre wählt die große transatlantische Republik ihr Staatsoberhaupt, und mit diesem werden die Abgeordneten für den Kongress, die staatlichen Legislativen, dann die vielen Tausende von Beamten der Union, der Staaten, Kommunen, Bezirke und der Justiz erkoren. Der Durchschnittsbürger hat im allgemeinen wenig Neigung und Zeit, die Kandidaten für die kleineren und kleinsten Ämter kritisch zu mustern und die von den Parteien angefertigten Wahllisten an der Urne zu korrigieren. Diese Arbeit überläßt er volens volens den Komitees und Boffen der Parteien. Seine ganze Aufmerksamkeit wird in Anspruch genommen von der wichtigen, alle Sichten des freiesten Volkes der ganzen Welt bewegenden Frage: Wer wird Präsident?

Es wird gesagt, der amerikanische Präsident habe mehr Machtbefugnisse als ein europäischer Potentat. Dagegen ist nicht viel einzunwenden: Der Präsident ist oberster Befehlshaber der gesamten Streitkräfte zu Wasser und zu Lande; er ernennt mit Zustimmung des Senats die Posthalter, alle oberen Richter und alle höheren Bundesbeamten; er schließt mit fremden Mächten die Verträge ab. Was kein Monarch eines konstitutionellen Staates wagen kann, ist ihm erlaubt: Er setzt sich sein Ministerium nach eigenem Gutdünken zusammen; seine Minister sind niemand verantwortlich als ihm selbst, und keine Kammermajorität kann sie stützen. Weder der Präsident noch seine Sekretäre haben dem Parlament Rechenschaft über ihre Handlungen zu geben, noch erscheinen sie vor der Legislative, um ihre Pläne zu entwickeln oder zu verteidigen. Ein Versuch des Senats oder des Unterhauses, den Präsidenten oder seine Minister wegen Amtshandlungen zu tadeln, würde, wie einige Beispiele zeigen, eine scharfe Zurückweisung eintragen, die hilflos angenommen werden muß. Die Macht des Präsidenten ist viel größer als die eines anderen Faktors der Staatsverwaltung. Er ist (indirekt) aus der Abstimmung des ganzen Volkes hervorgegangen; er ist das Symbol des Volkswillens, seine Stimme ist die Stimme des Volkes. Seine tatsächliche und moralische Macht ist unbestreitbar und wird selten bestritten.

Den wirtschaftlichen Interessengruppen vor allem kann es nicht gleichgültig sein, wer im Weißen Hause das Szepter führt. Der Präsident kann Handelsverträge abschließen, die bestimmten Industrien nutzen oder schaden können; durch sein Veto kann er ein schädliches Gesetz verzögern oder ganz verhindern. Als militärischer Befehlshaber kann er den Staaten oder Unternehmern die Truppen im Falle von Unruhen oder Aufständen zur Verfügung stellen. Die politischen Parteien und Richtungen werden getrieben, den Präsidenten aus ihren Reihen zu stellen, weil er der gabenreiche Verteiler von Plätzen und Einflüssen ist. Mit einem Federstrich löst er die berufliche Existenz von Tausenden von Beamten aus. Nach alledem wird es nicht wundernehmen, wenn die parteipolitischen Richtungen alle nur denkbaren Anstrengungen machen, für einen der Irtigen die Nominierung durch die Partei zu erhalten, und daß jede Partei mit allen Kräften danach trachtet, daß sie und nicht die gegnerische als Siegerin aus der Präsidentschaftskampagne hervorgeht.

Die dritte Junimwoche dieses Jahres ist für das politische Leben der Vereinigten Staaten von großer Bedeutung und für die republikanische Partei kann sie der Anfang einer kritischen Zeit werden. In dieser Woche wird in Chicago entschieden, wer als offizieller Kandidat für die Präsidentschaft „laufen“ soll: Roosevelt oder Taft?

Die gegenwärtige Kampagne um die Nominierung durch den republikanischen Konvent begann vor vielen Wochen in den Primärversammlungen; sie wurde fortgesetzt auf den Tagungen der Vertreter der Staatsorganisationen, und soll nun in Chicago beendet werden. Ob endgültig, ist noch sehr die Frage. Wie die Erfahrung

lehrt, bringen diese Tagungen oft Ueberraschungen, die die feinsten Berechnungen zusehender machen.

Wer hätte vor vier Jahren, als Roosevelt seinen langjährigen Freund für die Präsidentschaft nominieren ließ und seine Wahl an der Urne mit allen staatlichen und persönlichen Mitteln förderte, gedacht, daß sie sich noch als bittere Feinde gegenüberstehen würden. Zwar hat diese wochenlange Balgerei zwischen Teddy und Bill auch manches Gute gebracht. Da sie mit belustigender Festigkeit und unbezahlbarer Indiskretion geführt wurde, kamen die Wühlgeregten und Zuschauer auf ihre Kosten. Die Aufmerksamkeit der ganzen „amerikanischen Rasse“ wurde von ihr vollauf in Anspruch genommen.

Die Pankees mühten keine entragerten Sportleute sein, hätten sie diesem Wortgeschäft nicht gute Seilen abzugewinnen verstanden. Mit der Sachkenntnis und Gründlichkeit, die der amerikanischen Smartness nun einmal eigen ist, ventilierten sie die Chancen eines jeden der beiden kochenden Gentlemen. Die Hoffnungen und Tröschchen, die sonst auf einen Fußballkampion oder Rennpaul gewettet werden mochten, wurden nun auf einen der zwei Meisterboxer in der politischen Arena gesetzt. Je mehr der Tag der Entscheidung herannah, je schärfer werden die Blide auf den Gegenstand, dem Sympathie, Hoffnung und Großchen anvertraut, je freischender wird der Vorsprung des Mannes der Wahl bejubelt, je eifriger wird die Frage diskutiert: Wer wird Präsidentschaftskandidat? Teddy oder der dicke Bill?

Die rangigen Wortgeschäfte der beiden Rivalen der republikanischen Partei nehmen den „amerikanischen Geist“ derart gefangen, daß er die anderen im politischen Feld stehenden Parteien ganz vergessen zu haben scheint. Neben den Republikanern kämpfen noch die Demokraten und die Sozialisten um die Präsidentschaft. In welchem Maße der Zwist der Republikaner das Votum der Demokraten und Sozialisten begünstigt, läßt sich angesichts der Fluktuation der prinzipienlosen Wählerchaft der bürgerlichen Parteien nur schwer und vor Aufstellung der Kandidaten schon gar nicht beurteilen.

Die Sozialistische Partei erhielt bei der letzten Präsidentschaftswahl (1908) 420 798 Stimmen, eine Zahl, die bei einer Gesamtwählerchaft von 16 Millionen nicht sehr in Betracht fällt. Mark Hanna, der Vater der Präsidentschaft McKinleys, der gewandteste Parteileiter, den Amerika je gehabt hat, erklärte vor Jahren: der Kampf im Jahre 1912 drehe sich nicht mehr um die Demokraten oder Republikaner, sondern nur noch um den Sozialismus. Ein gutes Abzeichen Wahrheit ist dieser Prophezeiung sicherlich nicht abzusprechen. Seit 1908 hat die Sozialistische Partei Amerikas ihr Veto in den Staaten und Gemeinden beträchtlich erhöht, eine große Anzahl Kommunen erobert, einen Vertreter in den Kongress gebracht und die Zahl ihrer eingeschriebenen Mitglieder wider Erwarten vermehrt. Ihre Zuwachs wird jedoch für diese und die nächsten Wahlperioden nicht ausreichend sein, die Herrschaft der beiden alten Parteien ernstlich zu gefährden.

Wiel gefährlicher kann der seit 1906 herrschenden Partei die demokratische werden. Sie sammelte im Jahre 1908 6 409 104 Stimmen, blieb um 1 200 840 Stimmen hinter ihrer bürgerlichen Gegnerin zurück. Dieses numerische Uebergewicht der Republikaner mag als ein genügend schweres Argument gegen den demokratischen Optimismus angesehen werden. Allein seit jener allgemeinen Abstimmung hat sich dieses zuungunsten der republikanischen Partei gewandelt. Das Jahr 1910 brachte den Demokraten die Mehrheit im Abgeordnetenhaus (227 Sitze gegen 102 republikanische und einem sozialistischen). Nichts spricht gegen die Annahme, daß die vor zwei Jahren begonnene Abwanderung der republikanischen Wähler auch bei der bevorstehenden Präsidentschaftswahl fortdauere. Denn die republikanische Partei hat nichts getan, was ihre Sympathien im Volke einbringen könnte, und der herbe Streit zwischen Roosevelt und Taft ist auch nicht geeignet, ihre Werbekraft zu erhöhen.

Die Arbeiterklasse hat keine Ursache, sich für die eine oder

andere der bürgerlichen Parteien zu begeistern. Für ihre Sache ist weder durch den Sieg der Republikaner noch den der Demokraten etwas gewonnen. Und wenn behauptet werden sollte, daß der Einzug der Demokraten ins Weiße Haus ein größeres Uebel für die arbeitende Klasse sei als der der Republikaner, so wird es auch noch seine Schwierigkeit haben, es zu widerlegen. Die republikanische Partei ist die Reaktion engros, die demokratische die endetail. In der einen stehen die gesättigten, in der anderen die hungerigen Stellenjäger. Nach dem Programm, der Tendenz und dem Handeln sind sich beide gleich. Hohe Ideale, große Ziele sucht man bei beiden vergeblich. Die Republikaner wollen nichts an den demokratischen Einrichtungen des Landes ändern, den Demokraten fällt es nicht ein, an der Republik zu räuteln, und alle beide wollen und werden nichts für das ausgebeutete Volk tun. Zwar wissen die journalistischen Sherlock Holmes von gewichtigen Unterschieden im Ziel, Sehung und Forderungen der beiden Parteien zu berichten. Auf dem Papier mag das stimmen, auch in den Wählerversammlungen werden solche Unterschiede konstruiert. Man darf jedoch nicht vergessen, daß man im Lunde des Stuffs und der Uebertreibung ist. Um die eigene Daseinsberechtigung darzutun, wird aus dem Gegner ein schrecklicher Popanz gemacht und dagegen Wortgeschosse und Luftschiede gerichtet. Es wird gegen einen Gegner gekämpft, der nicht existiert. Es wird gegen Absichten gedonnert, die niemand hegt. Es werden Forderungen aufgestellt, an deren Durchführung nach Beendigung der Wahlkampagne kein Mensch denkt. Die eine Partei tadeln, was die andere nicht verfährt. Das alles kann die ignorante Wählermasse nicht hindern, einen politischen Klimawechsel zu wünschen, es wieder einmal mit der demokratischen Partei zu versuchen.

Sie ist seit Clebelands Zeiten (1896) nicht mehr an die Futterkrippe der Union gekommen. Ihre markanteste Persönlichkeit, der „überzügliche Redner“ Bryan, ist dreimal unterlegen. Seine letzte Niederlage vor vier Jahren schien jede Erfolgsaussicht vernichtet zu haben. Die großen unerwarteten Fortschritte bei den letzten Kommunal- und Abgeordnetenwahlen hat die demokratischen Hausen mit neuem Mut und großen Hoffnungen erfüllt. Die Uneinigkeit in der herrschenden Partei läßt ihnen den Sieg diesmal als leicht möglich erscheinen. Alle Kräfte werden jetzt daran gesetzt, diese Möglichkeit zur Wirklichkeit zu machen.

Der Kampf um die republikanische Kandidatur.

Chicago, 21. Juni. Bei dem heutigen Wiederzusammentritt des Nationalkonvents hatte der Wahlprüfungsausschuß, obwohl er die ganze Nacht hindurch verhandelt hatte, seine Arbeit noch nicht beendet, da die Anhänger Roosevelts auf genauester Prüfung jedes einzelnen bestrittenen Mandats bestanden. Der Ausschuß legte daher nur einen unvollständigen Bericht über die als gültig zu erklärenden Mandate vor. Darunter befinden sich auch die Mandate der Taft-Delegierten aus dem neunten Alabamabezirk, gegen deren Anerkennung Roosevelt schärfsten Protest erhoben hatte. Der Antrag Gableys, die bestrittenen Delegierten von der Stimmabgabe auszuschließen, wurde abgewiesen; dem gleichen auch der Bericht der Minorität des Wahlprüfungsausschusses, und zwar mit 605 gegen 464 Stimmen. Dies bedeutet einen wichtigen Gewinn für Taft. Die Nominations des Präsidentschaftskandidaten wird für morgen erwartet.

Chicago, 21. Juni. Am Abend wurde bei der Prüfung der Mandate der angefochtenen Delegaten nicht mehr Namensaufruf verlangt, sondern alles mit größter Schnelligkeit erledigt. Der Konvent vertagte sich darauf bis 10 Uhr morgens.

Der Streit im demokratischen Lager.

Chicago, 21. Juni. Bryan hat eine Anzahl hervorragender Demokraten im ganzen Lande telegraphisch aufgefordert, sich mit ihm zu verbinden, um eine Wahl Parters zum zeitweiligen Vorsitzenden des demokratischen Konvents in Baltimore zu verhindern.

Stolz. „Was spiel'n soll i mit Euch? Dös fällt mir ei wo i scho in an Film als tot's Kind auf'tret'n bin!“

Vorteil. „Eins hat ja der Flugport vor dem Bergsport voraus: Man braucht nicht so lange zu krazeln, bis man eine richtige Absturzgelegenheit findet!“ „Jugend.“

Notizen.

— Hermann Kissen, der zurzeit noch immer heftig bekämpfte Präsident der Bühnengenossenschaft, wird seine kontraktlich auf mehrere Jahre festgelegte schauspielerische Tätigkeit beim Deutschen Schauspielhaus am 1. September beginnen.

— Oskar Fried wurde für die Leitung von sechs Sinfonie-Orchestern mit dem philharmonischen Orchester in Berlin verpflichtet. Auf dem Programm dieser Abende stehen unter anderem: Mahlers „Reuente“ und „Delius' „Lebensstang“, dann Werke von Reger, Vofont, Schönberg, Debussy und Mussorgsky.

— Hermann Sudermanns neuestes und modernstoffliches Schauspiel „Der gute Ruf“ wurde zur Aufführung im künftigen Komödienhaus erworben.

— Im Nachlaß Otto Ludwigs, des Dichters der „Malkobier“, des „Erbsörster“, der klassischen Dadaedernovelle „Zwischen Himmel und Erde“, hat Professor Erich Schmidt außer einem Skizzenbuch zahlreiche fertig skizzierte, ja teilweise schon weitergeführte Entwürfe zu Lustspielen und Erzählungen sowie Pläne zu verschiedenen historischen Dramen erster Gattung vorgefunden.

— Eine Jean-Jacques Rousseau-Feier in Berlin veranstaltet die hier erscheinende französische Zeitung „Journal d'Allemagne“ unter Mitwirkung des Pariser Rousseau-Komitees in den Festsälen des Hotel Esplanade am 28. Juni, abends 8 Uhr. Es werden drei Vorträge gehalten.

— Alle malenden und bildhauernden Bühnenkünstler planen eine Ausstellung ihrer „Werke“. Das kann ja eine recht amüsante Wunderschau werden.

— 9780 Meter Meerestiefe wurden kürzlich durch das Vermessungsschiff der kaiserlichen Marine „Planet“ an der Ostküste der Philippinen gelotet. Die bislang bekannte größte Tiefe betrug 9685 Meter und wurde erst im vorangehenden Jahre südlich der Marianeninsel Onam durch einen amerikanischen Abteldampfer gefunden.

— Die größte Talpferre in Deutschland wird die des Möncherts in Westfalen darstellen. Sie geht bereits im August, also 1/4 Jahr vor dem vertragsmäßigen Termine, ihrer Vollenbung entgegen und wird 180 Millionen Kubikmeter Wasser fassen.

— Das baumatrische Städtchen Eibice in der Nähe von Cattaro ist der regenreichste Ort Europas. Erboice liegt 1017 Meter hoch. Die mittlere Höhe der Niederschläge erreicht dort nach den während der letzten 22 Jahre gemachten Beobachtungen 4642 Millimeter. 1901 gab es sogar 6185 Millimeter. Es regnet fast täglich — was für Sommerferien recht erbaulich zu hören ist.

Kleines feuilleton.

August Bebel über Viktor Adler.

Am 24. Juni begeht Viktor Adler in Wien seinen 60. Geburtstag. Genosse August Bebel gedenkt des ausgezeichneten Mitkämpfers in einem für den „Kampf“, Heft 10, beigezeichneten Artikel, dem wir nachfolgendes entnehmen:

Unter den führenden Personen in der Internationale nimmt Viktor Adler eine erste Stelle ein. Es gibt wenige, die sich so allgemeiner Sympathie und Hochachtung erfreuen, wie er. Wo immer der kleine Mann mit dem dichten Haarbusch und dem klugen Gesicht, dem die Ironie und der Witz, aber auch die Gutherzigkeit aus den Augen leuchtet, im Kreise der Bestimmungsgenossen erscheint, wird er mit herzlichster Freude begrüßt.

Seine persönliche Bekanntschaft mit Viktor Adler datiert zurück in den Herbst des Jahres 1888. Liebstecht und ich hauchten damals als aus Leipzig und der Amtshauptmannschaft Leipzig auf Grund des sogenannten Verlagerungszustandes unter dem Sozialistengesetz Ausgewiesene in Werdorf, einer Station der Leipzig-Dresden-Eisenbahnlinie. Wir hatten beide in dem gleichen Hause und in derselben Etage unsere Wohnungen. Viktor Adler, von Verus Mediziner, aber aus Personencategorie Sozialpolitiker, hatte, wie wir nunmehr von ihm erfahren, die Absicht, seinen Beruf aufzugeben und sich um ein Fabrikinspektorat zu bewerben, wozu die neue Gewerbebegehrgebung in Oesterreich die Möglichkeit bot. Um sich auf diesen Beruf vorzubereiten, wollte er in England entsprechende Studien machen und um dort eingeführt zu werden, wandte er sich jetzt an Liebstecht um Empfehlungen an Friedrich Engels in London. Diese erhielt er natürlich bereitwillig. Von diesem Zeitpunkt ab datierte auch seine Bekanntschaft mit Engels, die zwischen den beiden allmählich zu inniger Freundschaft sich gestaltete. Welch hohen Wert Engels auf Viktor Adlers ganze Persönlichkeit legte und wie sympathisch ihm dieselbe war, habe ich mehr als einmal aus Engels' Mund vernommen.

Unsere persönliche Bekanntschaft erneuerten wir auf dem Ersten Internationalen Arbeiterkongress, der seit dem Untergang der alten Internationale, im Jubeljahr der großen Revolution, im Jahre 1889 in Paris stattfand. Hier war es Viktor Adler im Verein mit Bailant, Bazarus, Liebstecht, mir und einigen anderen, die in vertraulicher Besprechung den Plan zur Weltmarfeyer fachten und den beglücklichen Antrag stellten. Aus einer Rede, die damals Viktor Adler über die Lage im Oesterreichischen Kaiserstaat hielt, haften noch heute der lapidare Satz in aller Gedächtnis: „Bei uns in Oesterreich herrscht der Despotismus, gemildert durch die Schlamperei“, ein Distum, das die stürmische Weiterleit des Kongresses hervorrief.

1892 kam ich im Auftrag des deutschen Parteivorstandes nach Wien, um an Beratungen teilzunehmen, die eine Sanierung der finanziellen Verhältnisse der „Arbeiter-Zeitung“ bezweckten, bei welcher Gelegenheit ich mich ständig in der Gesellschaft Viktor Adlers bewegte, den ich in diesem intimen Verkehr immer mehr schätzen lernte und lieb gewann. 1893 kam ich abermals, und zwar nach

Schlaf des Internationalen Arbeiterkongresses in Zürich, in Gesellschaft von Friedrich Engels nach Wien, wobei es denn ohne eine kleine Feie und eine große Versammlung, in der wir als Redner auf das Trapez muhten, nicht abging.

Seit jener Zeit sind meine Beziehungen zu Viktor Adler stets die allerbesten gewesen, selten daß wir in einer wichtigen Frage in tiefere Meinungsverschiedenheiten gerieten, die aber unser freundschaftliches Verhältnis nicht beeinträchtigten. Er selbst hat sich von Jahr zu Jahr in immer höherem Grade als das Haupt der Oesterreichischen Bewegung und als einer der führenden Geister in der Internationale erwiesen, der es auch verstand, einen Generalsab erstklassiger Kräfte um sich zu vereinigen.

Und so wollen wir ihm zu seinem sechzigsten Geburtstag unsere herzlichsten Dank abklaten für alles, was er für unsere große Sache getan und geopfert, auch wollen wir den wärmsten Wünschen für sein ferneres Wohlergehen Ausdruck geben, das ihm noch eine weitere Jahrzehnte währende Wirksamkeit ermöglche. Koch ist er der Unentbehrliche!

Viktor Adler, alter Freund und Kampfgenosse! Im Namen vieler Millionen begrüße und beglückwünsche ich Dich. Nie werden wir zurückmarschieren, wohl aber immer vorwärts, dem Kampf und dem Sieg entgegen!

Vor dem Tage. Drei Frauen gingen auf der Lebensstraße, da es Abend ward.

Großmutter und reich war die erste gekleidet, trug den Kopf hoch — blide stolz und kalt. Sie ging zum feste, um beim Anblick einer Komödie der Tragödie im eigenen Heim — des erloschenen Kaminfeuers zu vergessen.

„Du mußt erziehen, armes Weib, du und deine Schwestern“ — sagte der Weltgeist.

Die zweite tänzelte auf Stößelschuhen die Straße entlang, gesamtinkt, gepudert, und lautete entzückt dem Kaufchen ihrer seidenen Röde. Ihr unechtes Bescheiden bligte auf im Licht der Strahlenlaternen. Sie eilte zu einem Souper mit dem Galan. Eine Nacht tollens Rechen und Durchschwärmen harte ihrer, eine Nacht, der ein trübselig-graues Erwachen doll Ekel und Dede folgen würde. Und wieder eine tolle Nacht — und wieder ein trübseliges Erwachen.

„Du mußt versinken, du und deine Schwestern, wenn dich nicht Liebe erlöset“ — sprach der Weltgeist.

Ruhig, sicher und stark schritt die dritte einher. Schmucklos war ihr Kleid, hart und rauh waren ihre Hände. Aber in ihren Augen lag das tiefe Leuchten des Glucks. Sie trug ihren Knaben auf dem Arm und ging dem Manne entgegen, der von der Arbeit kam, und für den sie das ärmliche Heim mit Feldblumen schmückte.

„Glückselge du, dir gehört die Zukunft, dir und deinen Schwestern aus dem Volke!“ tönte des Weltgeists Stimme.

Leise sank die Nacht herab. Im Dunkel harrte die Erde des neuen Morgenrotes.

Gnurr und Zoffre.

Kosttrauertratisch. „Das Uebel ist aber winzig klein und schwa.“ „Es ist auch von einem — Sittlichkeitsapostel.“

Zentralisation der Orts-Krankenkassen Berlins.

Eine Versammlung der Vorstände und Verwaltungsbeamten der Krankenkassen Berlins und der Vororte, einberufen von der Zentralkommission der Krankenkassen, fand am Freitag im großen Saale der „Neuen Philharmonie“ statt. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete der Bericht über die bisherigen Zentralisationsbestrebungen der Ortskrankenkassen Berlins unter Bezugnahme auf die Ministerialverordnung und das Anschreiben des Magistratskommissars.

Es referierte hierüber Genosse Koblenger. Er wies zunächst auf die Vorteile und größere Leistungsfähigkeit großer zentralisierter Krankenkassen hin und besprach sodann das von uns mitgeteilte Rundschreiben des Magistratskommissars an die Orts-, Betriebs- und Innungskassen, das dazu bestimmt ist, die Vorarbeiten für das Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung in die Wege zu leiten. — Im Anschluß hieran teilte Simanowski das Ergebnis der Abstimmungen über die von der Zentralkommission gemachten Vorschläge zur Zentralisation mit. Es ist folgendes: Von 53 Kassen sind 5 Kassen für allgemeine Zentralisation Berlin und Vororte, 9 Kassen für die Zentralisation Berlin, 18 Kassen für Branchengruppen-Zentralisation nach dem Vorschlag der Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte, 17 Kassen sind überhaupt nicht für Zentralisation und 4 Kassen haben sich gar nicht geäußert.

Nach längerer und lebhafter Debatte wurde gegen 24 Stimmen der Ortskrankenkassen der Buchdrucker, Goldschmiede, Graveure, Posamentiere, Steinbruder und Weber folgende Resolution angenommen:

„Die am 21. Juni 1912 in Kellers „Neue Philharmonie“, Köpenicker Str. 96/97, tagende Versammlung der Krankenkassen-Vorstände und Verwaltungsbeamten der Krankenkassen Berlins und der Vororte beschließt:

Die Versammlung steht nach wie vor auf dem Boden der Zentralisation der Krankenkassen und empfiehlt den Kassenvorständen, das Schreiben des Magistratskommissars folgendermaßen zu beantworten:

„Wir sind für eine Zentralisation der Krankenkassen und beabsichtigen, dieselbe durch einen Anschluß an eine andere Krankenkasse möglichst noch unter dem bestehenden Gesetz herbeizuführen. Maßnahmen dazu sind bereits in die Wege geleitet. Sollten diese Bestrebungen nicht zum Abschluß gelangen, so wären wir auch bereit, einer von der Behörde als allgemeine Ortskrankenkasse bezeichneten Kasse auf dem Wege der Vereinigung beizutreten.“

Die Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte ist von uns beauftragt, in diesem Sinne weiter zu wirken.“

An der Abstimmung beteiligten sich nur die Ortskrankenkassen Berlins. Anwesend waren in der Versammlung 430 Personen, und zwar als Vertreter von: 48 Berliner Ortskrankenkassen, sechs Berliner Betriebskrankenkassen, 4 Berliner Innungskrankenkassen, 24 Vorort-Ortskrankenkassen, 1 Vorort-Betriebskrankenkasse, 1 Vorort-Innungskrankenkasse und 23 Hilfskrankenkassen, in Summa 107 Krankenkassen.

Es wurde ferner über die Verhandlungen mit den Badeanstaltsbesitzern über die Erhöhung der Bäderpreise referiert. Genosse Simanowski schilderte den Verlauf der gepflogenen Verhandlungen. Der Vertrag, der eigentlich schon zum 1. April abgelaufen war, wurde seinerzeit, da eine Einigung mit der Zentralkommission noch nicht zustande gekommen war, um 3 Monate verlängert. Inzwischen ist nun die Einigung erfolgt. Es ist dabei festgelegt, daß das Bedienungsgeld nicht mehr direkt an die Angestellten, sondern gleich bei der Bezahlung des Bades an der Anstaltskasse erhoben wird. Die im Tarif vorgesehenen Preise der 28 verschiedenen Bäder sind erhöht worden, und zwar die Bäder 1—14 um 5 Pf. und die Bäder 15—28 um 10 Pf. Die erhöhten Preise sollen bereits vom 1. Juni ab rückwirkende Kraft haben. Der Vertrag soll auf 5 Jahre gelten. Die Versammlung stimmte dem Vertrage einstimmig zu.

Schließlich teilte Simanowski noch einen Bescheid des königlichen Klinikums und des Kuratoriums für das städtische Rettungswesen mit. Der Verwaltungsdirektor der Klinik teilt mit, daß auf seinen Antrag die Ressortminister die Richterhebung der Auslagen für Radfahrer bei den Krankenkassenmitgliedern zugestimmt haben. Die Abgabe von Plattenbinden an die Kassenmitglieder unter Wiedereinzahlung der Kosten derselben finde seit längerer Zeit nicht mehr statt. Dagegen könne davon nicht abgegangen werden, für Kostenaufnahmen und Wundbehandlung Gebühren wenigstens insofern zu erheben, als dadurch die baren Auslagen gedeckt werden. Der ärztliche Direktor der Chirurgischen Klinik hat sich auf Anfragen bereit erklärt, den Tarif für die Erhebung der Röntgengebühren bei den Krankenkassenmitgliedern ganz erheblich zu ermäßigen, sofern es zu einer Vereinbarung mit den Krankenkassen kommen sollte.

Das Kuratorium für das städtische Rettungswesen hat beschlossen, daß in Uebereinstimmung mit dem bis zum 1. April cr. in Geltung gemessenen Vertrage für die Behandlung von Kassenmitgliedern im städtischen Nachdienst der Hilfswachen des Berliner Rettungswesens bis zur vollständigen Verstaatlichung des letzteren von den Krankenkassen erhoben werden sollen:

- a) für jede Hilfeleistung innerhalb der Hilfswache einschließlich Verbandstoffe 2,75 M.;
- b) für Besuche außerhalb der Wache 4 M.;
- c) für eine geburtsärztliche Dienstleistung 10 M.

Eine endgültige Neuregelung, welche mit der vollständigen Verstaatlichung des Berliner Rettungswesens in Kraft treten soll, bleibt vorbehalten.

Der Deutsche Holzarbeiterverband.

Am heutigen Sonntagabend findet in der „Neuen Welt“ die Eröffnungsfeier zum 9. ordentlichen Verbandstag des Deutschen Holzarbeiterverbandes statt. Der Verbandstag selbst wird im Gewerkschaftshaus tagen; die Verhandlungen beginnen am Montagvormittag.

Der Verband hat sich in den seit dem vorigen Verbandstag verflochtenen zwei Jahren rüstig vorwärts entwickelt und eine an Bewegungen und auch an Erfolgen reiche Zeit durchgemacht. Wie der gedruckt vorliegende Bericht des Vorstandes ausweist, haben im Laufe der beiden Jahre 2130 Lohnbewegungen mit 69 842 Beteiligten in der vorhergegangenen zweijährigen Periode. Ohne Arbeitsstellenverluste verliefen 1193 Bewegungen; Angriffstreife fanden 581, Abwehrstreife 278 und Aussperrungen 78 statt. Ueber die Erfolge der Lohnbewegungen gibt, soweit die Hauptforderungen: Arbeitszeitverlängerung und Lohnsteigerung in Frage kommen, die folgende Tabelle Aufschluß.

	Verlängerung der Arbeitszeit		Zusammen	Lohnsteigerung		Zusammen		
	1910	1911		1910	1911			
Ohne Streik	48151	1,7	23676	2,2	61927	70487,183	27296,215	97783
Angriffstreife	10433	1,8	20080	1,6	30513	13068,201	22018,231	35086
Abwehrstreife	172	1,1	188	2,7	360	185,170	450,157	635
Aussperrungen	2405	1,6	875	1,9	3280	3037,136	2193,155	5230
Zusammen	51161	1,7	44819	1,9	65980	87377,184	51987,219	139364

Die Kosten der Streiks und Aussperrungen beliefen sich auf 8771 940 M. gegenüber 1263 701 M. in den Jahren 1908 und

1909, sind also fast auf das Dreifache angewachsen. Gebekkt wurden von diesen Ausgaben 2 625 923 M. aus der Verbandskasse, 962 270 M. aus den Lokalkassen und 183 297 M. durch sonstige Einnahmen. Tarifverträge wurden in den beiden Berichtsjahren 794 abgeschlossen oder erneuert, und zwar für 11 424 Betriebe mit 116 481 beschäftigten Personen, wogegen die beiden vorhergegangenen Jahre nur 226 Tarifverträge für 4736 Betriebe mit 36 319 Beschäftigten gebracht hatten.

Der Verband hat sich auch nach besten Kräften an der Unterstützung großer Kämpfe anderer Gewerkschaften sowie ausländischer Bruderverbände beteiligt. Für die ausgeperrten Bauarbeiter hat der Verband im ganzen 80 000 M. beigesteuert, wovon 32 300 M. durch Einwendungen der Zahlstellen gedeckt wurden, das übrige die Hauptkasse zahlte. Die ausgesteuerten Tabakarbeiter unterstützte der Verband mit 15 000 M., die Vergarbeiter mit 10 000 M., die Porzellanarbeiter mit 1000 M., wozu noch 600 M. aus den Zahlstellen kamen, und zur Unterstützung von Lohnkämpfen im Auslande bewilligte der Vorstand: für den Oesterreichischen Holzarbeiterverband 15 000 M., für den Holländischen Möbelarbeiterverband 300 M. Die in der vorigen Berichtsperiode nach Oesterreich und nach Schweden gesandten Darlehen sind inzwischen zurückgezahlt worden.

Dem Beschluß der in diesem Frühjahr abgehaltenen Vorstandskonferenz der deutschen Gewerkschaften, der für die Zukunft die Einführung eines Umlageverfahrens zur Aufbringung von Unterstützungsmitteln bei großen Lohnkämpfen vorschreibt, empfiehlt der Vorstand dem Verbandstag, seine Zustimmung zu geben; jedoch unter der Voraussetzung, daß für die Verwendung der Gelder ähnliche Bedingungen aufgestellt werden, wie sie im Holzarbeiterverband für die Unterstützung streikender Mitglieder gelten. Außerdem muß nach Meinung des Vorstandes bei Abstimmungen der Vorstände in dieser Angelegenheit die Mitgliederzahl der Verbände maßgebend sein, und auf die öffentlichen Sammlungen sollte man trotz des Umlageverfahrens nicht ganz verzichten.

Sinnsächlich der Beziehungen zu anderen Verbänden wird mit Bedauern erwähnt, daß eine Verschärfung der Grenzstreitigkeiten mit dem Fabrikarbeiter- und dem Transportarbeiterverband eingetreten ist, und daß diese Streitigkeiten auch bis jetzt noch nicht aus der Welt geschafft werden konnten. Es sind von der Generalkommission Verhandlungen hierüber in Aussicht genommen, haben aber noch nicht stattgefunden. Mit dem Bauarbeiterverband ist dagegen im Februar 1912 ein Kartellvertrag abgeschlossen, der die Vertragspflicht und den Uebertritt solcher Bauarbeiter regelt, die in den Wintermonaten regelmäßig in der Holzbranche arbeiten.

Der geplanten gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Versicherungsaktiengesellschaft „Volkshilfe“ hat der Vorstand die Teilnahme des Verbandes zugesichert und die Einzahlung des Aktienanteils in Aussicht gestellt.

Die Mitgliederzahl des Verbandes ist im Laufe der Berichtszeit von 151 827 auf 182 750, die Anzahl seiner Zahlstellen von 825 auf 874 gestiegen. Die Zunahme an Mitgliedern beträgt rund 20 Proz. gegenüber kaum 3 Proz. in der vorhergegangenen Berichtsperiode. Im Jahresdurchschnitt betrug die Zahl der Mitglieder im Jahre 1908: 146 337, 1909: 148 943, 1910: 158 767 und 1911: 176 838. Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist von durchschnittlich 3034 im Jahre 1908 auf durchschnittlich 5919 im Jahre 1911 gestiegen, die der jugendlichen Mitglieder im selben Zeitraum von 129 auf 758.

Ueber die gesamten Einnahmen und Ausgaben des Verbandes im Vergleich zu der vorhergegangenen Berichtsperiode gibt die folgende Tabelle Auskunft.

	1908/09	1910/11
Gesamteinnahme	10 157 830 M.	14 165 005 M.
Gesamtausgabe	9 468 939	12 515 816
Vermögensbestand	8 434 314	5 086 582

Pro Kopf des Mitgliedes hat sich hiernach das Vermögen des Gesamtverbandes von 22,60 M. auf 27,90 M. vermehrt. Für Unterstellungen an die Mitglieder waren in den beiden Berichtsperioden folgende Aufwendungen erforderlich:

	1908/09	1910/11
Streikunterstützung	1 834 376 M.	8 977 600 M.
Arbeitslosen- und Reiseunterstützung	2 846 413	2 293 068
Krankunterstützung	1 643 538	1 672 328
Sonstige Unterstellungen	510 076	511 546
Zusammen	6 334 403 M.	8 394 532 M.

Das ergibt eine Vermehrung der Ausgaben für Unterstellungen um 32 Proz., obgleich die Mitgliederzahl nur um 20 Proz. gestiegen ist.

Zur Förderung der Agitation sind vom Hauptvorstand nicht weniger als 16 Broschüren und 19 verschiedene Flugblätter herausgegeben worden, teils in Auflagen bis zu 100 000 und 150 000 Exemplaren, teils in kleineren Auflagen, je nach dem Kreis von Berufsgenossen oder Branchenangehörigen, für die sie bestimmt waren. Dazu kamen dann noch eine große Zahl Flugblätter, die von den Gauvorständen und den Lokalverwaltungen herausgegeben wurden. Unter den verschiedenen anderen Agitationsmitteln sind auch die Lichtbildervorträge zu erwähnen, von denen bisher zwei, mit je 100 Lichtbildern, veranstaltet wurden, der eine über: „Die Geschichte des Robottars und die Robottelle“, der andere über: „Unfallverhütung und Arbeiterchutz in der Holzindustrie“. Im Oktober wurde die erste Vortragstour unternommen, und die Vorträge haben bisher überall gute Aufnahme gefunden.

Die Zahl der besoldeten Beamten des Verbandes war Ende des Jahres 1911: im Verbandsbureau 19 (außerdem sind 2 Kontoristinnen, 5 Forder und ein Laufbursche beschäftigt), bei der „Holzarbeiter-Zeitung“ und im „Fachblatt“ 4, als Gauvorsteher 21, Lokalbeamte 88, also im ganzen 132 Beamte, gegenüber 114 vor zwei Jahren.

Die Polizei versuchte in der Berichtsperiode in verschiedenen Städten wiederholt, die Zahlstellen des Holzarbeiterverbandes zu politischen Vereinen zu stampeln. Das veranlaßte den Vorstand im November vorigen Jahres, an alle Zahlstellungsverwaltungen ein Zirkular zu versenden, worin zu energischem Widerstand gegen derartige Versuche, und demgemäß dazu aufgefordert wurde, keine der im Vereinsgesetz den politischen Vereinen auferlegten Anzeigepflichten zu erfüllen. Gleichzeitig enthielt das Zirkular die Mahnung: „streng darauf zu sehen, daß der Polizei nicht durch übereifrige Kollegen willkommene Beweismaterial für eine politische Betätigung der Zahlstelle am Orte geliefert wird. Es muß der alte Grundsatz bestehen bleiben, daß jedes Mitglied die Pflicht hat, wie jeder andere Staatsbürger sich in der politischen Partei politisch zu betätigen. Das muß aber außerhalb des Verbandes geschehen; der Deutsche Holzarbeiterverband soll unpolitisch sein und bleiben“, besagte das Zirkular.

Der Bericht des Ausschusses, der meist von beanstandeten Ausschüssen, Streitigkeiten über Unterstellung und Rechtschutz einzelner Mitglieder handelt, hat für die breite Öffentlichkeit kein Interesse. Erwähnt sei nur noch, daß Vorstand und Ausschuss übereinstimmend die Einverleibung der Zahlstelle Charlottenburg in Berlin beschlossen haben, daß aber dieser Beschluß bis jetzt nicht durchgeführt ist, und die endgültige Regelung der Angelegenheit vom Verbandstag erwartet wird.

Der Bericht der Preßkommission ist sehr kurz; es wird darin festgestellt, daß in der Berichtszeit Verschwörungen über die Bekämpfung

der „Holzarbeiter-Zeitung“ nicht eingegangen sind aus den Kreisen der Mitglieder.

11. Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes.

Stuttgart, 21. Juni.

Fünfter Verhandlungstag.

Am Freitagmorgen wurde die Beratung der zum Statut gestellten Anträge beendet. Die Beschlüsse sind mehr interner Natur und interessieren daher die Öffentlichkeit weniger. Sämtliche beschlossenen neuen Bestimmungen des Statuts treten am 1. Januar 1913 in Kraft. Die nächste Generalversammlung des Verbandes wird 1914 in Dresden abgehalten. Vorstand und Redaktion wurden in ihrer jetzigen Zusammensetzung einstimmig für Affirmation wiedergewählt.

Ueber den Punkt

Lohnstatistik

referierte Schrader (Vorstand); er betont, daß an der vom Vorstand betriebenen Lohnstatistik leider nur ein viel zu geringer Teil der Mitglieder sich beteiligte. Die nach der Bearbeitung der Statistik gewonnenen Resultate sind in wirtschaftlicher Hinsicht absolut zuverlässig. Es haben sich aus der Spinnerbranche circa 2000 Personen an der Statistik beteiligt; der Lohn, der für die Spinner im Jahre 1910/11 ermittelt wurde, steht im Durchschnitt auf 19,17 M., für die Spinnerinnen auf 12,05 M. wöchentlich. Aber gerade bei der Spinnerbranche haben die Lohnangaben nicht Anspruch auf absolute Richtigkeit, weil hier die besser bezahlten Kräfte zumeist noch nicht der Organisation angehören. Für Weber beträgt der ermittelte Durchschnitt 21,07 M., für Weberinnen 11,82 M., für Birker 20,96 M., für Birkerinnen 13,08 M.; für die Branche der Färber und Delateure usw.: bei Männern 18,05 M., bei Frauen 10,36 M.; für die Männer in der Wäckerbranche 31,43 M., für die Frauen 17,79 M.; für die Männer in der Posamentenindustrie 25,45 M., für die Frauen 11,33 M.; für männliche Seiler 24,24 M., für Frauen 12,78 M.; für die Männer in der Zuteindustrie 19,36 M., für die Frauen 14,22 M. Vergleicht man diese Sätze mit den Lohnnachweisen der Textilberufsgenossenschaften, so ergeben sie ein mit diesen ziemlich genau übereinstimmendes Bild. Die Nachweise aller Berufsgenossenschaften zusammen berechnet, ergeben 1911 einen Reichsdurchschnitt von 15,96 M. pro Woche; bei der Verbandsstatistik steht der Durchschnitt nach richtiger Umrechnung auf 16,24 M. Die 28 Pf., die die Statistik des Verbandes mehr aufweist, ist darauf zurückzuführen, daß sich in der Organisation im allgemeinen die besser bezahlten Arbeitskräfte der einzelnen Branchen zusammenfinden.

An der Erhebung im zweiten Halbjahr 1910 beteiligten sich 26 233 Mitglieder, im ersten Halbjahr 1911 beteiligten sich 22 738. Die darauf aufzubauende Statistik zeigt ein Bild großen Tiefstandes der durchschnittlichen Existenzverhältnisse. In der Erhebung von 1911 wird zahlenmäßig nachgewiesen, daß sich die Verhältnisse für Männer wie Frauen bezüglich der Verdiensthöhe sogar noch verschlechtert haben. Die Statistik gibt auch Aufschluß über die Altersklassen, aus denen sich die Mitglieder zusammensetzen, und weist nach, daß 82 Proz. der Beteiligten über 22 Jahre alt waren. Weiter erstreckt sich die Statistik auf den Nachweis der tatsächlichen Arbeitszeiten. Das einzig streitliche ist hier die Feststellung, daß die Unternehmer sich mehr und mehr bequemen müssen, bezüglich der Arbeitszeit die gesetzlichen Bestimmungen einzuhalten — allerdings mehr unter dem Drucke drastischer Mittel der Arbeiter selbst, als unter dem der Aufsichtsbehörden.

1910 wurden trotz des Gesetzes noch 6 Proz. der an der Statistik beteiligten Arbeiterinnen über die gesetzliche Arbeitszeit hinaus beschäftigt; 1911 ist das fast ganz verschwunden. Das ist aber den Beobachtungen nach neben dem Drucke der Organisation mehr auf die ungünstige Konjunktur innerhalb der Textilindustrie, als auf die Wirkungen des Gesetzes zurückzuführen. Erst bei besserer Konjunktur wird sich einwandfrei feststellen lassen, inwiefern Gesetz und Gewerkschaft erfolgreich auf die Unternehmer gewirkt haben. Nach der Statistik hatte noch nahezu der dritte Teil der befragten Kollegen länger als 10 Stunden pro Tag zu arbeiten. Nach Branchen berechnet sind es in erster Linie die Arbeiter der Färbereien, Appreturen usw., von denen die Verkürzung der Arbeitszeit energisch gefordert werden muß, denn gerade diese Branche ist es, die in den meisten Fällen noch Arbeitszeiten von 62, 63, 65 und noch mehr Stunden pro Woche aufzuweisen hat.

Der Referent Schrader begründete den großen Wert, ja die unbedingte Notwendigkeit einer ausgedehnten Lohnstatistik, die das zuverlässigste Mittel ist, sichere Lohnangaben über größere geschlossene Lohngebiete machen zu können, um den falschen Angaben in der Presse, die gemacht werden, um die Kämpfe und Verbesserungsbestrebungen der Arbeiter zu diffundieren, entgegenzutreten. Aber eine viel stärkere Beteiligung der Mitglieder an der Pflege des Gebietes der Lohnstatistik durch den Verband ist dringend notwendig. Nicht 20 Proz., nein, womöglich alle Mitglieder müssen sich an der Lohnstatistik beteiligen.

Um das zu erreichen, will der Vorstand die Erhebungen in Zukunft auf einfachere Basis stellen, um dadurch die Mitglieder und Ortsverwaltungen zu entlasten und arbeitsfreudiger zu machen.

Die Generalversammlung beschloß nach den Ausführungen des Kollegen Schrader und der vorliegenden Lohnstatistik mit der bis jetzt bestehenden Art der Statistik zu brechen und dieselbe in eine periodische umzuwandeln.

Es erstattete dann Martha Hoppe-Berlin, gestützt auf ein reiches Material, das Referat über

Der freie Sonntagsnachmittag.

Der inhaltreiche Vortrag der Referentin wurde mit großem Beifall aufgenommen. Ein Antrag, den Vortrag als Broschüre gedruckt erscheinen zu lassen, wurde in der Intention abgelehnt, die Kollegen auf das Studium dieses Vortrages im Protokoll ausdrücklich aufmerksam zu machen.

Rachdem Anna Simon-Brandenburg, Anna Theilbar-Chemnitz und Vertha Hornigl in der Diskussion gesprochen, wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Einführung des freien Sonntagsnachmittags bedeutet für die Textilarbeiter und Arbeiterinnen einen erheblichen Fortschritt in dem Bestreben nach Verkürzung der Arbeitszeit. Es ist deshalb notwendig, diese Forderung immer und immer wieder zu erheben.“

Es ist jedoch unzulässig, diese Forderung mit einer Verlängerung der täglichen Arbeitszeit zu erkaufen. Verbandsinstanzen dürfen zu solchen Vereinbarungen ihre Zustimmung nicht geben.“

Der Verbandsvorsitzende Hübsch hielt dann das einleitende Referat über den Tagesordnungspunkt:

„Die gegenwärtigen Gewerkschaften“.

Nach einer durch Schlusmantrag beendeten grundsätzlichen Diskussion, an der sich Fieger-Crefeld, Trimborn-Bamberg, Riel-Geiz, Steinbrink-Düsseldorf, Stitz-Dimbold, Brüggemann-Crefeld, Wuh-Crefeld, Kuhn-Nachen und Dörr-Gottbus beteiligten, wurde eine vom Referenten vorgelegte Resolution gegen eine starke Minorität abgelehnt. Rößel (Vorstand) konstatierte, daß die verschiedenen Diskussionsredner es begrüßt haben, daß die Frage auf der Generalversammlung zur Besprechung gelangt ist und daß unbeschadet der Haltung der christlichen Führer der agitatorische Kampf in prinzipieller Weise geführt werden soll, daß es aber auch gilt, den Arbeitern zu zeigen, daß der Deutsche Textilarbeiterverband gewillt ist, unbekümmert um den religiösen Glauben der einzelnen, gemeinsam mit allen Arbeitern für die Verbesserung der Arbeiterlage zu arbeiten. Die Verhandlungen wurden auf Sonnabend vertagt.

Aus der Partei.

Widerliche Presstreiber.

Die „Bremer Bürgerzeitung“ betreibt seit einigen Tagen den Sport, „Vorwärts“ und Parteivorstand wegen der Göttinger Angelegenheit in ganz unqualifizierbarer Art anzuempeln. Anders läßt sich die zurzeit in Bremen beliebte, polemische Methode, deren Hauptträger ein nur mit sehr bedingtem Kenntnis des deutschen Organisationslebens „belasteter“ Genosse ist, beim besten Willen nicht bezeichnen. Unser „Verbrechen“ besteht im vorliegenden Falle darin, daß wir eine zweiundeinhalb Spalten lange Erklärung des Genossen Nabel, unter der auch der Name des Genossen Thalheimer stand, auf Grund genauer Informationen abgelehnt haben, da wir der Meinung sind, daß ein Parteiblatt nicht die Ablagerungsstätte maßloser persönlicher Invektiven sein soll.

Wir sind jederzeit bereit, die Verantwortung für unser Tun und Unterlassen in der Göttinger Angelegenheit zu übernehmen, trotz aller Angriffe, die von rechts und von links dabei auf uns erfolgt sind. Wir erblicken unsere Aufgabe nicht darin, um jeden Preis Schläger und Verteiliger des Parteivorstandes zu sein, aber wir besitzen andererseits genug Verantwortlichkeitsgefühl, um unliebsame Erscheinungen in unserem Parteilieben, wie die Göttinger Affäre eine war, nicht zu einem künstlich geschürten Parteitrafale auszuwachen zu lassen. Daran wird uns auch die lebenswichtige Absicht der „Bremer Bürgerzeitung“ und ihrer Treiber, die Berliner Arbeiter gegen uns scharf zu machen, nicht irre machen. Gerade wenn man, wie in Bremen, so großen Nachdruck auf die „Massen“ legt, sollte man sich einmal fragen, ob durch solche Polemiken der Aufklärungsarbeit und der Geschlossenheit dieser Massen gedient, oder ob dadurch nicht Verwirrung und Mißtrauen gesät wird. Auch wir legen großen Wert auf die Bedeutung der Massen in der Partei, auch wir wollen weder vertuschen noch beschönigen, wenn etwas faul ist in unserem Parteilieben, aber wir wollen in unserer deutschen Partei keine Zustände einreihen lassen, wie sie leider heute die sozialistische Bewegung in einigen slavischen Ländern aufweist.

Ein Wandlungsfähiger.

Im Wahlkampf in Hagenow-Bredemühlen hat neben anderen Kapazitäten des Reichsverbandes auch Herr Otto Burge- meister eine Gastrolle als Sendapostel der Reaktion gegeben. Genannter Herr dürfte unseren Parteigenossen nicht ganz unbekannt sein. Bis Ende 1907 betätigte er sich als liberaler Zeitungs- redakteur, entdeckte dann sein warmes Herz für die Sozialdemo- kratie und machte dergleichen Anstrengungen, eine Redaktionsstelle an der „Mecklenburgischen Volkszeitung“ zu ergattern. Das nuploze Mühen schreckte den „Genossen“ Burgemeister aber nicht ab, seine „sozialdemokratische Ueberzeugungstreue“ beizubehalten und so ge- lang es ihm, an unserem Opfer Parteiblatt als Redakteur unter- zukommen. Aber schon nach dreiviertel Jahren war die Herrlichkeit in Hof zu Ende und Burgemeister lehrte infolgedessen der Partei den Rücken. Bald hatte er seine seelische Verwandtschaft mit dem Reichsverband begriffen, dem Reichs- verbande, über den er in seiner Ständen Zeitschrift schrieb:

„Es ist der bürgerliche Mischmasch, der in diesem Verbande („Reichsverband“) den allen gemeinsamen reaktionären Grundton zum Symbol der Einigung gemacht und die politische Ver- leumdung zu einer Kunst erhoben hat. Das Ver- fahren ist in der Tat einfach genug, man nimmt Neben der sozial- demokratischen Abgeordneten vor, reichte einige Stücke aus dem Zusammenhang heraus, gibt ihnen eine möglichst sinnentstellende Deutung, mit der man eine Verneinung abschließend durch die gesamte Sophistikation so verbindet, daß sie nachher mit Beichtigkeit herausgeholt werden kann, um den sozial- demokratischen Redner der vom Reichsverband selbst hinein- gelegenen Lüge zu bezichtigen. ... Sein ganzes System ist schließlich weiter nichts als die organisierte Verlogenheit.“

Gesucht und gefunden!

Zur Aenderung des Organisationsstatuts.

Unter dem Titel „Wohin führt der Weg“ nimmt in der „Leipziger Volkszeitung“ der Reichstagsabgeordnete Genosse Geber Stellung zu dem Entwurf des neuen Organisations- statuts der Partei und kommt zu einer Ablehnung des Entwurfs, soweit die Vorlage den neu vorgeschlagenen Parteiausdruck be- handelt. Genosse Geber meint, daß der von der Kommission ge- zeigte Weg der besten sei, und schreibt dann weiter:

„Die Initiative des Parteivorstandes in politischen Angelegenheiten soll durch einen über ganz Deutschland verstreuten Parteiausdruck gefördert werden? Nach meiner Auffassung ist das nur möglich, wenn die Beratungen des Parteivorstandes in kurzen Zwischenzeiten stattfinden und auf dem laufenden bleiben, sowie die Beratenden in stetem Kontakt miteinander stehen sollen. Der nach den §§ 20 bis 22 des Entwurfs einzusetzende Partei- ausdruck, der überdies nur über wichtige, die Gesamtpartei berührende politische Fragen und andere abgegrenzte Angelegen- heiten mitentscheiden soll, schließt diese unerlässlichen Be- dingungen geradezu aus. Außerdem ist es völlig in das Belieben des Parteivorstandes gestellt, was er für wichtig genug hält, um den Parteiausdruck einzuberufen. Nach dem Wortlaut des § 21 des Entwurfs werden es nur außergewöhnliche Fälle sein, die den Parteivorstand veranlassen werden, den Parteiausdruck einzu- berufen. Dient das der politischen Aktivität unserer Partei- leitung, kann das auf ihre Entschlußkraft, ihre Entschlußfähigkeit fördernd einwirken? Den möchte ich sehen, der das behaupten wollte!“

Die Schwerefalligkeit dieses vorgeschlagenen neuen Apparates muß jeden in die Augen springen, der nur seine Zusammensetzung

überdenkt. Nicht allein hindert seine Vertretung über das ganze Reich die Schnelligkeit eines nötigen Eingreifens, es fehlt ihm auch der geistige Kontakt, den herzustellen erst nach der Einberufung versucht werden muß. In diesem Parteiausdruck werden alle Richtungen in der Partei vertreten sein. Die Partei- leitung aber muß im Sinne der Parteitagss- beschlüsse einheitlich handeln. Um das zu können, muß die eine oder andere Richtung erst nach der Einberufung des Ausschusses überzeugt werden. Die Aktivität wird also gestört, mehr gehemmt als gefördert.

Es könnten noch weitere praktische Einwände gegen die vor- geschlagene neue Institution gemacht werden, aber sie sind für mich nicht das Wichtigste, das gegen sie spricht. Weit wichtiger ist die grundsätzliche Aenderung, die damit in unserer Parteiorganisation vorgenommen werden soll. Ueber diese grund- sätzliche Aenderung befindet sich in den Notizen zu dem vorge- schlagenen Statut kein Wort. Es scheint, daß sie in der Kom- mission gar nicht zur Sprache gekommen ist oder daß sie nicht Bedenken genug erregt hat, um über sie überhaupt etwas in den „Remerkungen“ (Notizen) zu sagen.“

Weiter meint Geber, daß die Schaffung des Parteiausdruckes zur Dezentralisation und Förderung des Föderalismus innerhalb der Partei führe und fährt fort:

„Die Disziplin kann in der groß gewordenen Partei am besten durch stramme Zusammenfassung unserer Parteileitung er- halten und gefördert werden. Daher muß man sich gegen die vorgeschlagene Neuordnung wenden.“

Der Vorschlag der Organisationskommission greift aber noch weiter. Er beschränkt die Rechte unserer höchsten Instanz, des Parteitages: das Wahlrecht des Parteitages wird zum Bestätigungsrecht herabgedrückt. Die unglückselige Wahl- ordnung, die dem Entwurf angehängt ist, bringt das fertig. Zwar heißt es darin, daß die Personen für den Parteiausdruck dem Parteitag vorzuschlagen seien, aber diese Personen werden in den abgeteilten 22 Bezirken gewählt. Es ist eine regelrechte for- melle Wahl vorgeschrieben. Nun ist doch klar, daß dem Parteitag in der Regel nichts übrig bleibt, als die formell in den einzelnen Bezirken Gewählten nun seinerseits nochmal zu wählen resp. zu bestätigen. Tut er es nicht, kommt es zu Konflikten. Die Be- zirkte werden auf ihrem Recht bestehen, das ihnen das Statut gewährt. Dieses Recht dient dem Föderalismus. ...

Mit der Neuordnung des Parteiausdruckes ist noch eine weitere Aenderung verknüpft, die für die Partei schädlich ist. Die Kontrollkommission wird als dritte Instanz zur simplen Beschwerde- kommission herabgedrückt, der man freilich auch die Kontrolle über die rein technischen Verwaltungsgeschäfte des Parteivor- standes belassen will. Dieser Bestand (schon Zweifel, ob denn die Kontrollkommission ihre Befugnisse voll ausüben und im ge- gebenen Falle auch die politische Tätigkeit des Parteivorstandes auf Grund ihrer Befugnisse beobachten. Daher ist mehrfach der Wunsch laut geworden, entweder durch eine authentische Dekla- ration der Bestimmung in § 20 des Statuts, die da lautet: „Zur Kontrollierung des Parteivorstandes usw. wählt der Parteitag eine Kontrollkommission“ — der Kontrollkommission größere Befugnisse zu geben oder diese Bestimmung im Statut so umzugestalten, daß der Kontrollkommission das Recht gegeben wird, über die politische Tätigkeit des Parteivorstandes zu be- finden. Letzteres wäre weit eher geeignet, für die Initiative des Parteivorstandes einen Anreiz zu bilden.

Verbände man mit einer Erweiterung der Befug- nisse der Kontrollkommission eine Erweiterung ihrer Mitgliederzahl und würde dazu unser Parteivorstand ebenfalls in seiner Mitgliederzahl vergrößert, sowie seine Zusammensetzung in einer Weise gestaltet, die eine unausgesetzte und lebendige Behandlung aller politischen Fragen ermöglicht, dann wäre den in Jena ausgesprochenen Wünschen Genüge geleistet und die Reorganisation ohne Schädigung für die Partei vollzogen. Das könnte geschehen durch Hin- zuwahl unbesoldeter Mitglieder, die mit bürocratischen Ar- beiten nichts zu tun haben, aber an den Beratungen des Gesamt- vorstandes teilnehmen. Die praktische Verwirklichung dieses Vor- schlages bietet nicht entfernt die Schwierigkeiten, wie die Schaf- fung des vorgeschlagenen Parteiausdruckes.

Die Vorschläge der Organisationskommission entsprechen da- gegen weder den auf dem Jenaer Parteitag gestellten Forderungen, noch tragen sie der Entwicklung der Partei Rechnung. Vielmehr müßte ihre Verwirklichung die Differenzen zwischen den beiden vorhandenen Richtungen verschärfen. Vorschub leisten sie in der Tat allen revisionistischen Neigungen, die sich in einer födera- listisch gearteten Organisation viel mehr breitmachen könnten. Da- mit wird die Einheit der Partei in Frage gestellt. Die Einheit der Partei ist jedoch so kostbar, daß wir daran nicht rütteln lassen dürfen.“

Aus der Frauenbewegung.

Ueber 8600 neue Reichspoststellen für weibliche Angestellte.

Eine „Neue Frauen-Korrespondenz“ meldet: Die Reichspostver- waltung hat sich entschlossen, um Ersparnisse in ihren Personal- ausgaben zu machen, eine Reihe von Beamtenstellen auf weib- liche Personen zu übertragen. Es handelt sich dabei um zwei ver- schiedene Stellen. Einmal sollten durchweg bei den Postämtern dritter Klasse die nachgeordneten männlichen Beamten (circa 8600) durch außerhalb des Beamtenverhältnisses stehende weibliche Personen er- setzt werden. Die Vergütung für die Tätigkeit bei diesen Postämtern wird im Durchschnitt 750 M. betragen, wobei die Postverwaltung durch die Verwendung weiblicher Angestellter in Zukunft über 2 Millionen jährliche Ersparnisse erzielt. Außerdem soll eine Reihe von Dienststellen, die jetzt von männlichen Be- amten versehen werden, Frauen übertragen werden. Dabei werden an die Stelle von 4500 männlichen Beamten 6100 weibliche treten und, da das Gehalt einer etatsmäßig angestellten Beamtin in diesen Stellen sich auf 1928 M. jährlich beläuft, so erspart die Post hierdurch weitere 4 Millionen jährlich.

Im gegenwärtigen Etat der Reichspostverwaltung sind 6104 etatsmäßige Stellen für Post- und Telegraphengehilfinnen vor- handen. Ihr Gehalt beläuft sich auf 1300 bis 1900 M., im Durch- schnitt auf 1550 M. Dazu kommt ein Wohnungsgeldzuschuß von durchschnittlich 378 M. Die durchschnittlichen Bezüge aller etats- mäßig angestellten Beamtinnen belaufen sich also auf 1928 M. Außerdem waren im Beginn dieses Jahres insgesamt 13 545 nicht etatsmäßig angestellte Beamtinnen beschäftigt. Sie beziehen ein Tagelohn von 2,75 M. bis 3,80 M., das sich jährlich 1003,75 bis 1387 M., im Durchschnitt 1195 M.

Um 6 Millionen Mark jährlich zu ersparen, fördert auch die Reichsregierung, die sich gegen politische Frauenrechte wehrt, Frauen- arbeit. Heißt es noch immer: Die Frau gehört ins Haus?

Frauenausstellung für 1913 in Holland.

In Holland hat sich ein Frauenkomitee gebildet, das für den Sommer 1913 in Amsterdam eine Ausstellung organisieren will. Diese Ausstellung soll den Besuchern vor Augen führen, was die Arbeit der Frau im Haushalt vor hundert Jahren ausgemacht und was für unsere Zeit davon übriggeblieben ist, wobei man zugleich trachten wird, auch einen Begriff der Vielseitigkeit der Frauen- arbeit auf gesellschaftlichem Gebiet, in Berufs-, Fach- und sozialen Wirksamkeit zu geben. Der Zweck der Ausstellung soll sein, Staat und Gesellschaft davon zu überzeugen, wie wichtig es wäre, den bis heute indirekten Einfluß der Frau in einen direkten zu ver- wandeln. Alle Frauenorganisationen sind zur Beteiligung auf- gerufen, auch die sozialistischen Frauen.

Das proletarische Frauenblatt in Holland schreibt dazu: „Was den Plan anbetrifft, zweifeln wir keineswegs, daß er ausgezeichnet ausgeführt werden wird und erinnern nur an die vorzüglich gelungene Frauenausstellung im Jahre 1888. Wir werden sicher 1913 weit Bedeutenderes zu schauen bekommen. Aber im übrigen müssen wir doch davon absehen, uns an der Aus- stellung zu beteiligen. Denn das uns durch Martina G. Kramer's zugegangene Zirkular beginnt mit derartig patriotischen Phrasen, daß sie uns zurückschrecken. Da heißt es beispielsweise: „Es ist beabsichtigt, die Ereignisse des Jahres 1813 im Jahre 1913 wieder aufleben zu lassen, um uns soviel wie möglich der Blüte und Wohlfahrt unseres Landes zu erfreuen und der Entwicklung des Volkes seit es durch die Hilfe der vereinten Mächte seine Unabhängig- keit erlangt.“

Wir weichen zurück vor diesen Phrasen, vor diesen sinnlosen Bezeugungen von Vaterlandsliebe, die wir natürlich nicht unter- schreiben können.

Wästel Wohlfahrt! Entwicklung des Volkes! Wir erfreuen uns nicht dessen. Wir sind die arbeitende Klasse, der man alles vorenthält, besonders, so lange wie eben möglich, die politischen Rechte. Wir betrachten die niedrigen Löhne, die fehlende Arbeiterversicherungsgesetzgebung, den schlechten Volks- unterricht, das Verhüten unserer Räte, unserer Wünsche, unserer Forderungen. Nein, wir erfreuen uns absolut nicht. Und bis 1913 dürfte das auch wohl kaum anders werden.“

Wir freuen uns höchstens der wachsenden Streikkraft der proleta- rischen Frauen, und wir hoffen, mit dieser Kraft 1913 bei den Wahlen kräftig zu demonstrieren.

Nach dieser Richtung hin haben die proletari- schen Frauen auch besondere Pläne für 1913.“

Dravot! holländische Genossinnen! Wer aber muß bei diesen Mitteilungen nicht der verflochtenen deutsch-bürgerlichen Ausstellung: „Die Frau in Haus und Beruf“ noch lächeln, die auch die gesamte Frauenausstellung vor Augen bringen wollte, und die Arbeiterinnen selbst dabei aus dem „Spiel“ ließ?

Lesende am Montag, den 24. Juni.

Erster Wahlkreis. Bei Weichardt, Grünstr. 21: Vortrag der Ge- nossin Colln-Gart über: „Die Beziehungen der Proletarier zu Kunst.“

Hänselbierlein: bei Hofe, Hensburger Straße 24.

Fünfter Wahlkreis 1. und 1a. Abteilung: bei Kaufh, Windstr. 12. Wohnsdorf. Im Lokal „Villa Rahl“ (Inhaber Wafosjer). Tages- ordnung: „Die genossenschaftliche Entwicklung in Groß- Berlin.“

Franz-Buchholz: bei Kühne, Berliner Straße 30.

Friedenau. Bei Rehele, Handjerystr. 80/81. Vortrag der Ge- nossin Emma Döh: „Die Frau im Altertum.“

Friedrichshagen. Friedrichstr. 60, 2. Hof links part.: Vortrag des Genossen Dittmer über: „Arbeiterklub — Kinderklub.“

Pankow. Bei Stark, Türkisches Feld, Weststr. 14. Vortrag des Genossen Wjscha: „Die Aufgaben der genossenschaftlichen Organisation.“

Reinickendorf-Ost. Bei Sadau, Residenzstr. 124. Rechtsanwalt Dr. Weinberg spricht über: „Die Benachteiligung der Frauen im Eheverhältnis.“

Reinickendorf-West. In dem Lokal von Halman, Scharnweberstr. 54. Vortrag des Genossen Kiesel über: „Die verflochtene Reichs- talperiode.“ Wahl der Leiterin.

Rummelsburg. Bei Blum, Alt-Borghagen 58, hält Genosse Zimmer- mann den Vortrag und bei Krüger, Türschmidstraße, Genosse Klajus.

Zeig. Im Jugendheim, Schlieperstr. 30: Vortrag des Genossen Max Sassen: „Parlamentarismus und Demokratie.“

Treptow-Baumshulenberg. Für Abteilung 1: Baumshulenberg, Ernststr. 22, Hof part.; Abteilung 2: Treptow, bei Schmidt, Krieholzerstr. 22.

Waldowmüsterhausen. Im Lokale von Ww. Wedhorn, „Altes Schützenhaus“. Vortrag.

Worfigwalde. Dienstag, den 25. Juni, in den Worfigwalder Festsälen: Vortrag des Genossen Kurt Heinig.

Widershof. Mittwoch, den 26. Juni, Bismarckstr. 11. Vortrag der Genossin Ragies-Berlin über: „Die Frau im Wirtschafts- leben.“

Kavon-Seife

ganz ohne Soda!!

eine neuartige Haushaltseife

von

fabelhafter Waschkraft.

Stück 20 Pf.

Die Reinigungswirkung ist einfach fabelhaft. Selbst durch und durch verschmutzte Wäsche wird mit Kavon-Seife bei spielend leichter Arbeit wie neu. Empfindliche Stoffe wie Seide, Wolle, Spitzen, Gardinen usw. bleiben vollständig unverändert. Kein Einlaufen! Kein Farbenverblässen! Dabei billig: Bei richtiger An- wendung braucht man von Kavon-Seife halb so viel Seife wie sonst.

Die Kavon-Seife ist nach Zusammensetzung und Waschkraft die reinste und vollkommenste Hausseife, die die Seifen-Industrie je hervorgebracht hat.

A. Wertheim

G.M.B.H.

Leipzigerstr. 126-30/132-37 Königstr. 31/32 Rosenthalerstr. 27/31 Oranienstr. 52/55
am Bahnhof Alexanderplatz

Versand-Abteilung
Berlin W. 66, Leipzigerstr. 132/37

Die Firma A. Wertheim
hat zu ähnlich lautenden
Firmen Keinerlei Beziehung

Ständiger Verkauf: **Mode-Album** 25 Pf.
mit Abbildung von Damenkleidern, Mänteln, Blusen, Röcken, Wäsche, Bad-Ansügen, Kind-Garderobe etc.
Portofrei nach Einsendung von 35 Pf.

Montag bis Mittwoch:

Extra-Preise für Konfektion

Damenkleider	Kostümröcke	Morgenröcke	Waschblusen
Batistkleid mit Skümchen, Ein-sätzen und Pierrettekragen 8.50	Rock aus Imitiert Leinen, schräg, mit Einsatz oder mit Falten 4.40	Matinee aus türkisch gemustertem Satin, Kimonoform, mit Satin-Blenden 4.40	weiss Batist mit Stickerei-Einsatz und Spitzen-Passe 2.40
Pariser Kleid Batist, hand-gestickte Passe, mit Einsätzen 15.75	Rock Halbleinen, mit Sattel und breitem Einsatz 9.25	Morgenrock aus bedruckt, baum-wollenem Bordüren-Musselin, Kragen mit Pilssee 5.50	weiss Batist mit Stickerei u. Spitzen, halsfrei 2.50
Kleid aus Baumwoll-Voile, mod. schräge Form, mit Einsatz und Paspel, weiss und farbig 17.50	Rock aus gutem Alpaka, mit schrägen Blenden und Paspel . 13.50	Morgenrock aus feinem Batist, mit Kragen und Spitze 11.50	weiss Batist m. Stick-Vorderteil, halsfrei . 3.25, 3.75, 3.90
Stickereikleid mit farbigem Skümchen-Mull 23.00			weiss Voile mit Spachtel-Passe und Spitzen 3.75
Kleid aus Woll-Popeline, Passe mit Kurbelei u. Paspel, schräger Rock 23.00			weiss Voile mit Stickerei und Spitzen, mit Kragen und halsfrei 5.50
Kleid aus Woll-Voile-Fichu und modernem Schoss, mit Grelots, Rock mit Rüsche, gefüttert . . . 42.00			weiss Voile mit handgestickter Passe und Spitzen 7.75
Besonders preiswerte Posten			farbig gestreift, mit Falten Zephyr, halsfrei 2.35, und Kragen 3.35
Damen-Paletots			Besonders preiswerte Posten
Halbleinen, verschied. Ausführungen			Damen-Paletots
Serie I 4.90			blau Cheviot, verschied. Ausführungen
Serie II 6.90			Serie I 10.75
Serie III 11.25			Serie II 14.75
(imprägniert) „Weather proofed Coruscus“ . . . 15.75			Deutsche Bastseide . 25.75

Nur Leipziger Str.: **Nach der Saison**
bedeutend herabgesetzte Preise.

Kleider u. Morgenröcke darunter französ. Modelle bis zur Hälfte des früheren Preises

Kostümröcke	Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV
aus Voile, Alpaka etc.	12.75	15.00	19.00	29.00
früh. Preis bis 19.00	bis 23.00	bis 26.00	bis 50.00	

Französ. Morgenröcke aus bedruckt. Stoff japanische Muster, früh. Preis 14.00 **7.90**

Iniel-Restaurant Seddin-Wall
herrlich gelegen im Seddin-See.
Empfehle mich den geehrten Vor-sänden von Gewerkschaften und Ver-einen zu Ausflügen und Dampfer-partien (Anliegerstelle) zu den zu-läutesten Bedingungen.
Freibad. Kaffeeküche.
Franz Koppe.

Achtung!
Mexiko, St. Andree,
hochfeine Qualität,
per Pfund 5,20 M.
Hamburger Rohrtabak-Haus
Filiale: Berlin N.,
Brunnenstraße 25.
273/3*

Wer gesund, modern und billig wohnen will, besichtige die
Wohnungen an der Schloß-Allee am kgl. Schloßpark Pankow-Nieder-Schönhausen: 91/15*

3 Zimmer mit allem Komfort 530 M. an —
mit Warmwasserversorg. 650 M. an
3 : : : : 430 M. an,
2 : : : : mit Warmwasserversorg. 468 . . .

Für 10 Pf. direkt zu erreichen mit der Stettiner Vorortbahn (Station Pankow-Heinersdorf) m. d. Siemensbahn von Friedrichstr. Ecke Mittelstr., der Straßenbahnlinie 49 (Endhaltest.) u. m. Zugang d. d. Schloßparkm. 47, 47a u. 57. Ausk. **Schloß-Allee 40**, Amt Pankow 200.

Zur richtigen Pflege der
Gesundheit
gehört in erster Linie eine rationelle Hautpflege mit einer neutralen Seife, und empfehlen wir als beste med. Seife die allein echte
Steckenpferd-Lilienmilch-Seife
von Bergmann & Co., Medebenz, à St. 50 Pf., zur Erhaltung eines zarten, weissen Teints u. rosigen, jugendfrischen Aussehens. Ferner macht der
Cream „Dada“ (Lilienmilch-Cream)
rote u. spröde Haut in einer Nacht weich u. sammetweich. Tube 50 Pf.

Klopfe mit Luft!
Teppich-Reinigung
und sämtliche Nebenarbeiten
Staehr & Co.
Berlin S. 42, Gitschinerstr. 80
Fernspr.: Amt Moritzplatz 216 u. 220.
Aufbewahrung. — Entmottung v. Polstermöbeln. — Chemische Reinigung. — Kunststopferei. — Bettfedern-Reinigung.
Vacuum-Entstaubung mit fahrbaren Apparaten.
Klopfe mit Luft!

Die reellsten und billigsten
Möbel
und Polsterwaren erhält man zu Kassapreisen in der seit 33 Jahren bestehenden Möbelfabrik von **A. Schulz**, Reichenberger Straße 5. Größte Auswahl in allen Holz- und Stülarten mit zehnjähriger Garantie. (5 Proz. Kassaskonto.) Ev. auf Ratenzahlung

JOSETTI
CIGARETTE

— Rätsel. —
Von Anseh'n ist es schwarz und rund,
Ein Wohlgeschmack, hab' ich's im Mund.
? ? ?
Grimm & Triepel.
Der Kautabak von

Technikum
Hoppe, Weißenturthe 11.
Vorpforte gratis. 204/15*

Bis jetzt verkauft
1542
Grundstücke

Angeloge Obstgärten, Wald- u. Garten-Grundstücke für Eigenheime und Ferienhäuser. — Aussenere billige und günstige Kaufgelegenheit.

Neu-Sadowa
Stat. Sadowa, a. d. Strasse u. Biesdorf, 3 Min. vom Bahnhof, Qu.-Rute von 15 M. an.

Kaulsdorf
Neu erschlossenes Gelände, 3 Minuten v. Bahnhof, Quadr.-Rute von 12 M. an.

Petershagen
Station Fredersdorf a. d. Ostbahn, Qu.-Rute von 6 M. an.

Biesdorf
Station an der Ostbahn, direkt am Bahnhof beginnend, Qu.-Rute von 20 M. an.

Bei kleinster Anzahl langjähr. Hypotheken. — Verkaufstellen an den Bahnhöfen und auf dem Gelände. — Prospekte kostenlos.

Nieschalke & Nitsche
Berlin NO 42, Neue Königstr. 12.
Fernspr. - Amt Königstadt 0076.

Zähne, Plomben, beste Aus-führung, billigste Preise. Weig. 1899.
Olga Jacobson, Invaliden-str. 145, II.

+ Magerkeit +
schwindet durch Haufe's Nährpulver „Thalassia“. Preisgekrönt Berlin 1904. In 6 Wochen 24 Pfund ärztl. kontrollierte Zunahme. Gar. unschädlich. Viele Anerk. Karton 2 M., bei Postversand Porto und Nachnahmespesen extra. H. Haufe, Berlin - Waidmannslust 801. Depots in folgenden Apotheken: Lothringerstr. 50, Elefant-Apotheke, Leipzigerstr. 74, Weissenburgerstr. 53, Potsdamerstr. 29, Köpenickerstr. 119, Bernburgerstr. 3, Frankfurter Allee 74, Rosenthalerstr. 61, Reinickendorferstr. 1. Charlottenburg: Bismarckstr. 81. Spandau: Potsdamer Straße 40.

Vornehme
Herren-
Bekleidung
fertig und nach Maß
erhalten Sie in der modernen
Mass-Schneiderei
J. Kurzberg
auf Wunsch Wochenrate.

von
1 Mark
an
Rosenthaler Straße 36
1. Etage.
Frankfurter Allee 104
Ecke Friedenstraße.
Reinickendorfer Str. 4
Weddingplatz.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Allgemeine Wirtschaftslage. Geldmarkt. Kurs der Staatspapiere.

Das Interesse aller wirtschaftlich Tätigen bleibt nach wie vor den Fragen zugetan: Wie ist die momentane Wirtschaftslage? Wie lange wird die ungewisse Konjunktur andauern? Was für die Arbeiter...

Eine gewisse Nachlassen des Geschäftsganges ist zurzeit unabweisbar. Speziell auf dem Holz-, Kohlen- und Eisenmarkt nimmt die Kaufkraft etwas ab. Das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat meldet, daß sich die im Mai begonnene Verschlechterung im Kohlenabsatz im Monat Juni weiter fortsetzt...

Das Inlandsgeschäft in Holzzeug ist nach wie vor sehr lebhaft. Dem äußerst bringenden Abzuge der Verbraucher kann vielfach nicht entsprochen werden. Vom Ausland ist der Spezifikationseingang fortgesetzt stark. In schwerem Oberbaubetrieb sind von den badiischen und württembergischen Staatsbahnen weitere Nachbestellungen auf Schienen, Schwellen und Kleinteile...

Ähnliche Nachrichten liegen auch aus anderen Staaten vor. In Kanada sind die Stahlwerke bis zur vollen Leistungsfähigkeit beschäftigt, so daß sich die Canada Pacific-Bahn 15 000 Tonnen Stahlschienen aus der Union liefern läßt. England wieder soll in Kanada Nachfrage nach Stahl halten...

Auf der Generalversammlung des Eisen- und Stahlwerks Salze äußerte sich dessen Direktor R. Köhler vor einigen Tagen dementsprechend über die allgemeine Marktlage sehr günstig: Vom Rohisenverband ist dem Werke bis zum Jahresende über 100 Prozent der Beteiligungsziffer überwiesen worden...

In der Tat würde eine reiche Ernte die Kaufkraft der Landwirtschaft und die der breiten Massen, insofern billigerer Nahrungsmittel, günstig beeinflussen. Die noch immer ungeklärte Teuerung ist ja das größte Hemmnis der vollen Entfaltung der Konjunktur.

Der deutsche Außenhandel hat sich auch im Mai entsprechend der günstigen Wirtschaftslage entwickelt. Die Einfuhr ist zwar um 1,48 Millionen Doppelpennner gegen den gleichen Monat des Vorjahres zurückgegangen, aber nur der Menge nach, an Wert ist sie um 22,46 Millionen Mark gestiegen...

Auch der Binnenhandel, gemessen an den Eisenbahnverkehrsleistungen, hat im Mai weiter stark zugenommen. Der Personenverkehr, der durch das im Mai fallende Pfingstfest belebt wurde, zeigte eine Mehreinnahme von 24,4 oder 22,5 Proz. pro Kilometer gegen das Vorjahr...

Der Arbeitsmarkt mühte eigentlich ein besseres Bild bieten als die Arbeitsnachwebsites berichten. Mit Recht weist Calver, „Wirtschaftliche Korrespondenz“ darauf hin, daß trotz des Ueberangebotes an einheimischen Arbeitkräften dauernd und in zunehmender Zahl ausländische Arbeiter ins Land gezogen werden. Aus Mitteldeutschland wird gemeldet, daß trotz starken Angebotes einheimischer Arbeitskräfte bei Bahnbauten fast nur fremde Arbeiter eingekleidet werden...

Die Börse hat die Konjunktur schon seit langem durch Kurssteigerungen ausgenutzt. Es besteht bereits eine gewisse Tendenz zu Kursabschwüngen. Auch die in der Mitte des Monats erfolgte Herabsetzung des Reichsbankzinsfußes von 5 auf 4 1/2 Proz. hat auf dem Geldmarkt kaum Bewegungen hervorgerufen...

Termintwchsel, der einen größeren Bargeldverbrauch zeitigt, abschwächend bemerkbar.

Die Sorge unserer Regierung bildet der fortwährende Rückgang der Staatspapierkurse. Am 14. Juni fiel die dreiprozentige Deutsche Reichsanleihe bis auf 80, und sie hat sich nicht erholt. Im Jahre 1890 war ihr niedrigster Kurs immerhin erst 85,90; im Jahre 1896 betrug er gar noch 97,60. Aber seit 1896 ist sie mit geringen Schwankungen stetig im Kurs gesunken...

Ein Rückgang der Staatsrentenkurse ist aber unmittelbar mit Hochkonjunkturzeiten verbunden. Je höhere Rentabilität Privatunternehmungen in Aussicht stellen, um so mehr meidet man Staatspapiere.

Am Börsemarkt zeigten die auffälligste Bewegung die Aktien der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken A.-G. Berlin. Diese Fabrik stellt Gewehre, Pistolen, Maschinengewehre, Maschinengeschütze, Kriegsartikel aus Aluminium (Kochgeschirre usw.), auch Kugeln und Kugellager her. Sie ist entstanden aus der Deutsche A.-G. und steht noch heute mit ihr und deren Tochter- und Schwesterfirmen in enger Verbindung...

Zu der amerikanischen Präsidentschaftswahl hat die Börse keine Stellung genommen. Von politischen Ereignissen macht sich für die Wirtschaftslage allein der italienisch-türkische Krieg und die drohende Dardanellen-Sperre wesentlich hemmend bemerkbar. Die Finanzwelt beschäftigt außerdem das Sechsmächtedarlehen von 60 Millionen Pfund Sterling an China...

Der Schapiroprozeß.

Darmstadt, 22. Juni. (Verbalteleg. des „Vorw.“)

Der heutige fünfte Verhandlungstag brachte zunächst eine interessante Würdigung der Tätigkeit der Polizeiaffistentin durch den Geh. Rechtsrat Walzer.

Er könne nur sagen, daß Frau Schapiro ihre Aufgabe mit großem Verständnis angepaßt habe und zweifellos auch mit Erfolg. Als Beweis führte der Zeuge einen Fall an, in welchem Frau Schapiro sofort erkannt hatte, daß es sich um eine abnorme Weibsperson handelte. Frau Schapiro hätte das Verdienst, diese Frau, die wegen ständig rückfälliger Diebereien vorerst nicht aus dem Zuchthaus herausgelassen wäre, richtig beurteilt zu haben...

erfolgreich eingegriffen. Frau Schapiro hat ein genaueres Abrechnungssystem eingeführt und die vom „Vorwärts“ feinerzeit ausführlich beschriebenen Einrichtungen gegen zu große Ausbeutung durchgefochten. Des weiteren läßt sich der Zeuge über den Schwindel mit angeblichen Abtreibungsmitteln aus Mainz...

Weitere Zeugnisse über die Polizeiaffistentin.

Zeugin Fräulein Wals-Darmstadt, Vorstandsdame des Darmstädter Vereins „Freundinnen junger Mädchen“, sprach Frau Schapiro den Dank des Vereins aus, ebenso für ihre Dienste an Jugendlichen. In Darmstadt führen meist die Eltern selbst die gefährdeten Mädchen der Fürsorge zu. Auch sonst sieht sich der Verein mit den Eltern in Beziehung. Was die Kreise anlangt, aus denen die Pflegslinge herkommen, so seien es oft mutterlose Kinder oder solche, denen die mütterliche Erziehung gefehlt habe...

Dem Zeugen Dr. Curschmann, Arzt des städtischen Krankenhauses in Mainz, erscheint die Notwendigkeit einer polizeiaffistentlichen Fürsorge in Mainz dringend angebracht. Denn die Zahl der jungen und jugendlichen Geschlechtskranken sei sehr groß. 38 Proz. der Geschlechtskranken ständen im Alter bis zu 19 Jahren, darunter sind solche von 14 und 15 Jahren. Auffallend sei es auch, daß sich unter den jugendlichen Bürgerkinder, bessere Elemente befinden. Der Zeuge stand zu Anfang der Tätigkeit der Affistentin skeptisch gegenüber. Er konnte dann konstatieren, daß die Zahl der eingelieferten Geschlechtskranken ganz bedeutend abgenommen hat...

Ansichten über Verndt und Frau Dr. Schapiro.

Zeuge Landgerichtsdirektor Nees war Verhandlungsleiter in der Verhandlung vor der Mainzer Strafkammer. Der Angeklagte habe dort fast nach jedem erledigten Punkte der Anklage erklärt, falsch informiert gewesen und darum bereit zu sein, Herrn Verndt und Frau Schapiro jede Genugtuung zu geben. Hirsch hat damals auch gesagt, der Prozeß möge ausgehen, wie er wolle, er werde in seinem Blatt nichts mehr bringen. Schon am Tage nach dem Prozeß sprach Hirsch die neue Fassung in seiner Zeitung an. Die Wiedergabe Verndts zu den Briefen an Fräulein S. machte absolut nicht den Eindruck einer, wenn auch nur sachlichen Richtscheidung des Briefinhalts. Verndt war damals nach Ansicht des Zeugen zu offen. Er hat ja zugegeben, daß die G. die Auffassung haben konnte, es liege ein Ehedersprozeß vor.

Stadtvorordneter Stein, Vorsitzender des Mainzer Obergerichts, bezeugt, daß Frau Schapiro etwa 60 Vormundschaften führt und dabei sehr energisch die Alimentationspflicht betreibe. Der Beigeordnete Verndt habe nie ein pharisäisches Wesen an den Tag gelegt. Verndt griff mit Energie ein, wo es notwendig ist, versuchte aber stets vorher, die Dinge mit der größten Milde einzurufen. Der Zeuge glaubt, daß Hirsch ursprünglich im guten Glauben gehandelt hat, daß er dann aber klüger getan hätte, zuzugeben, falsch belehrt worden zu sein.

Kriminalkommissar Reumer, der Frau Schapiro bei ihrem Eintritt in städtische Dienste beschäftigte, bezeichnet den Vorwurf, daß sie selbständig Untersuchungen vorgenommen habe, als unbegründet. Stets habe die Affistentin sich mit ihm in Beziehungen gehalten. Ein besonderer Uebereifer, daß sie sich um Dinge gekümmert habe, die sie nicht angingen, lag nie vor.

Zeuge Stadtvorordneter Ubelung kann sich vorstellen, daß in der Institution der Polizeiaffistentin manches anders angefaßt werden könnte. Aber maßgebend in der Beurteilung sei ihm gewesen, daß die Affistentin die Dinge im einzelnen doch näher kenne und daß sie mit großer Liebe zu ihrem Beruf vorgehe. Er hat auch Klagen über die Affistentin gehört, aber von Leuten, die die guten Absichten der Affistentin nicht begriffen. Noch vor kurzem sei eine Beschwerde über die Affistentin bei ihm eingelaufen. Bei näherer Prüfung stellte es sich heraus, daß die Affistentin ein Mädchen unterbringen wollte, was nur in deren Interesse gelegen hätte, auch in dem der Eltern angesichts ihrer Verhältnisse, aber sie wollten es nun mal nicht. Der Zeuge hat nie eine Beschwerde von Böglingen gehört, daß sie von der Affistentin zu streng gehalten würden. In der Stadtvorordneterversammlung ist der Gebrauche zum Ausdruck gekommen, daß die Affistentin viel zu milde verfuere und daß das Gebot von Schuld und Sühne durchdrungen werde. Große Erfolge hat die Affistentin erzielt insbesondere gerade mit ihrem Vorgehen in den Bordellen. Wenn sonst nichts mit der Aufstellung der Polizeiaffistentin erreicht worden sei als dieses, so wäre das allein schon genügend, um die Einrichtung zu rechtfertigen. Es sei ihm nicht bekannt, daß der Beigeordnete Verndt für besondere Verschärfung auf sittenpolizeiliches Gebiet eingetreten ist. Zeuge hat nicht den geringsten Anlaß, an der Unparteilichkeit und Gewissenhaftigkeit des Beigeordneten Verndt bei der Untersuchung der Bürgermeisterei zu zweifeln. Verndt sei nach Kenntnis des Zeugen ein offener, ehrlicher, heilsame graustimlicher Mensch. Der Zeuge hat schon oft Differenzen mit ihm in der Stadtvorordneterversammlung gehabt, aber nie dabei gefunden, daß Verndt nicht zu dem stehe, was er meine. Er hätte Verndt geradezu für einen Fanatiker der Wahrheit. Auch der Vorwurf, daß Verndt etwa auf seine untergebenen Beamten irgendwelchen Zwang ausübe, sei gänzlich unbegründet.

Die Verhandlung wird am Montag fortgesetzt.

Soziales.

Wohltätig auf Kosten des Personals.

Mit einer recht eigentümlichen „Wohlfühl-Einrichtung“ hatte sich letzten die Erste Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts beschäftigt. Es klagte dort der Verkäufer Franz A. gegen das Kaufhaus Hermann Engel. A. verlangt u. a. die Herauszahlung von Prämienanteilen, die ihm nach seiner Ansicht unbillig ab-

gehörten Wörtern seien. Aus der Verhandlung ergab sich, daß bei der besagten Firma ein ganz verwickeltes Prämien- und Provisionsystem für das Verkaufspersonal eingeführt ist. Für den Verkauf zurückgesetzter Waren, also sog. „Wohel“, sind bestimmte Prämien ausgesetzt; je älter der Ladenhüter, desto höher die Prämie für den „tätigen“ Verkäufer. Außerdem gibt es in Form eines Staffelsystems eine Umsatzprämie. Nun führt der Kläger aus, seien die Gehälter so niedrig normiert, daß jeder Verkäufer auf einen recht hohen Umsatz und Prämienverdienst hinarbeite. Die Folge davon sei, daß sich das Personal im wahren Sinne des Wortes um die Bedienung eines Kunden geschlagen habe. So sei auch bei ihm der Konflikt im Hause dadurch entstanden, daß er wegen der Bedienung eines Kunden mit einem Mitangeestellten in Tätlichkeiten geriet. Betrete ein Kunde eine Abteilung der oberen Etagen, so fallen gleich ein Dutzend Verkäufer wie die hungrigen Hunde über den Kunden her. Bei diesem System des Ellenbogenkampfes habe er sich im Dezember d. J. 140 M. Prämien und Provision erarbeitet, während er als verheirateter Mann nur 125 M. festes Gehalt bekam. Nun sollte er aber noch nicht einmal die fauer verdienten Prämien in voller Höhe ausgezahlt erhalten, sondern 10 Proz. davon sollte er der Kassiererin abgeben. Diesen Betrag, der ihm trotz seines Prozeßes mehrmals abgezogen worden sei, verlange er zurück.

Der Vertreter der Beklagten wendet ein, daß die Kassierinnen von den Prämien etwas abbekommen, sei dem sozialen Standpunkt durchaus berechtigt, denn sie hätten auch die Arbeit des Eintragens und Buchens der Prämie. Im übrigen habe sich das ganze Prämien- und Provisionsystem in 20jähriger Praxis bei der Firma gut bewährt. Ein Sachverständiger werde auch befunden können, daß diese Geschäftsabhandlung in Berlin allgemein üblich sei. Letztere Behauptung wies der Vorsitzende, Magistratsrat Tschow, mit der Bemerkung zurück, man könne höchstens von einer Ausnahme, nicht von einer Usance in der Berliner Geschäftswelt sprechen. — Das Kaufmannsgericht billigte dann durch Urteilspruch dem Kläger die ihm von den Prämien abgezogenen Gelder zu. Die Abzüge seien unberechtigt.

Bürgerliche Sozialpolitik.

Am 5. Dezember vorigen Jahres hat der Reichstag den § 120 der Gewerbeordnung dahin geändert, daß die Gemeinden das Recht haben, den Fortbildungsschulunterricht auch für die gewerblichen Arbeiterinnen unter 18 Jahren einzuführen. Die Kommunen werden hienach nach dieser Richtung vorgehen, und wo das nicht geschieht, werden sicherlich die organisierten Arbeiter und ihre Vertreter ganz energisch darauf dringen.

Aus Anlaß dieser Veränderung der Gewerbeordnung hatten in Königsberg einige Verbände der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen in Petitionen an die Stadterwaltung Stellung für und wider die Einführung des überaus notwendigen hauswirtschaftlichen Unterrichts in den Fortbildungsschulen für alle Mädchen unter 18 Jahren genommen. Daß ein derartiger Unterricht einem dringenden Bedürfnis entspricht, hat man bereits anerkannt, indem man in den Volks- und Mittelschulen den 13 bis 14 Jahre alten Mädchen Haushaltungsunterricht erteilt. In Sachsen-Meinungen besteht ein Landesgesetz, nach dem alle aus der Volksschule entlassenen Mädchen noch zwei Jahre hindurch zum Besuch der hauswirtschaftlichen Fortbildungsschule verpflichtet sind. Im Entwurf des sächsischen Volksschulgesetzes ist die landesgesetzliche Verpflichtung aller aus der Volksschule entlassenen Mädchen zum Besuche der Haushaltungsschule vorgesehen. In Elbich-Lothringen ist dem zweiten Landtage ein Gesetzentwurf zugegangen, der ähnliche Bestimmungen enthält. Man ist mehr und mehr davon überzeugt, daß der hauswirtschaftliche Unterricht, wie er den 13 bis 14 Jahre alten Mädchen in den Volks- und Mittelschulen erteilt wird, nicht den richtigen Wert hat, weil in diesem Alter die Mädchen noch nicht den nötigen Ernst und die erforderliche Reife besitzen, um die Wichtigkeit des Haushaltungsunterrichts im vollen Maße zu erfassen.

Der Magistrat der Stadt Königsberg hatte sich der Einführung des Haushaltungsunterrichts in den Fortbildungsschulen gegenüber ablehnend verhalten. Er ist der Meinung, daß der Unterricht in den Volks- und Mittelschulen genügt. Darauf stellte die sozialdemokratische Fraktion der Stadterordnetenversammlung den Antrag, den Haushaltungsunterricht für alle erwerbsfähigen Mädchen unter 18 Jahren in den Fortbildungsschulen einzuführen, und zwar durch Vermehrung der Stundenzahl und ohne Kürzung des wissenschaftlichen und sachlichen Unterrichts. Es wurde von unserer Seite darauf hingewiesen, daß die Vermittlung hauswirtschaftlicher Kenntnisse für die weitesten Volksschichten von der größten Bedeutung sei. Er herrsche große Unkenntnis über eine zweckmäßige Wirtschaftsführung und über den Nährwert der einzelnen Nahrungsmittel. Der Volkswirtschaft würde außerordentlich gedient, wenn die Fortbildungsschule mehr Kenntnis über diese Dinge verbreiten würde. Die ungewöhnliche Wirtschaftsführung und mangelhafte Zubereitung der Speisen führe oft zu trostlosen Zuständen im Haushalt der Minderbemittelten. Und besonders bei deren geringem Verdienst sei es für die Familie von großem Vorteil, wenn die Frau zweckmäßig zu wirtschaften und lochen verstehe. Man schreibe doch sonst so gern für die Erhaltung eines gesunden Familienlebens. Dazu könne man wesentlich beitragen, wenn man den Haushaltungsunterricht in den Fortbildungsschulen einführe. Das sei auch besonders wichtig in gesundheitlicher Beziehung. Unzweckmäßige Ernährung führe zu Krankheiten aller Art. Das Kapitel Sänglingsherbläse hat zum Teil seinen Ursprung darin, daß die Sänglinge ungewöhnlich ernährt und behandelt würden. Auch hierüber könnte die Fortbildungsschule Aufklärung verschaffen. Hier habe man Gelegenheit, wirklich etwas für das Allgemeinwohl zu tun.

In der Debatte erkannte man wohl allgemein die schweren Mängel an, und man betonte auch, wie nützlich es sei, hauswirtschaftliche Kenntnisse zu verbreiten. Trotzdem wurde der Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Die Arbeiter hätten den Mädchen vielleicht einige Stunden mehr pro Woche freigegeben müssen, und das dürfte nicht sein. Deswegen müßte dieser Antrag fallen. Es wäre überaus nützlich, ihn in anderen Gemeinden ebenfalls zu stellen. Kann man doch dann wieder einmal der Bevölkerung recht drastisch vor Augen führen, wie weit die bürgerliche Sozialpolitik geht, nämlich nur bis an den Geldbeutel der Kapitalisten.

Eine koalitionsfeindliche Eisenbahnbehörde.

Wie uns mitgeteilt wird, forderte der Präsident der Eisenbahndirektion Essen einen technischen Beamten, der mit Privatdienstvertrag bei der Eisenbahn angestellt ist, auf, aus seiner Organisation, dem Bund der technisch-industriellen Beamten, auszutreten, widrigenfalls ihm gekündigt werden müsse. Der Beamte hat das Ansinnen, seine Koalitionsfreiheit aufzugeben, zurückgewiesen und sich mit einer Beschwerde an den Eisenbahnminister gewandt.

Wird Herr v. Breitenbach den Präsidenten der Essener Eisenbahndirektion darüber aufklären, daß auch den Angestellten staatlicher Behörden nach dem Gesetz das Recht der freien Vereinigung zusteht und daß der Beamtenstand auch die Hochhaltung dieses Gesetzes fordert?

Klingende Medizin.

Die Lohnhöhe des Adressenschreiber wird durch folgende Anecdote illustriert:

Zu einem Arznenrat der Berliner Krankenkasse für Kaufleute usw. kam kürzlich ein junger Mann in die Sprechstunde und melde sich krank.

Arzt: „Worüber klagte Sie?“

Patient: „Stuhlverstopfung!“

Arzt (nach eingehender Untersuchung): „Sie sind gesund, mein Freund, sogar beneidenswert gesund!“

Patient: „Aber Herr Doktor, wie kann ich gesund sein, ich habe seit fünf Tagen keinen Stuhlgang gehabt!“

Arzt (nachdenklich geworden): „Was sind Sie und wo sind Sie beschäftigt?“

Patient: „Ich bin Adressenschreiber bei Robert Lehmer, Charlottenstraße 84!“

Arzt (auspringend): „Das hätten Sie aber gleich sagen sollen (indem er ihm 3 Mark reicht), so mein Freund, jetzt gehen Sie in ein Restaurant und essen Sie sich ordentlich satt, dann werden Sie auch Stuhlgang haben.“

Der junge Mann ging und ah und ward gesund zu derselben Stunde.

Dem Arzt muß offenbar bekannt gewesen sein, daß die Lohnmusteradressenschreiberanstalt an seine Angestellten Wochenlöhne von 5 Mark aufwärts zahlt.

Die dänische Gewerkschaftsbewegung.

Am 10. und 11. Juni hielt der Gesamtverband der dänischen Gewerkschaften seine Repräsentantenschaftsversammlung ab, die alljährlich stattfindet und sich aus Vertretern der angeschlossenen Gewerkschaften aus dem ganzen Lande zusammensetzt. Der Jahresbericht, den der Vorsitzende C. F. Madsen vorlegte, ließ erkennen, daß die Organisation wiederum am Umfang zugenommen hat. Am Anfang des Jahres 1911 gehörten dem Gesamtverbande 54 Zentralverbände und 7 alleinstehende Fachvereine an, die zusammen 101 563 Mitglieder hatten; am Jahresabschluss waren es 55 Zentralverbände und 8 alleinstehende Vereine mit zusammen 105 209 Mitgliedern. Die Zahl der Ortsabteilungen der Zentralverbände war im selben Zeitraum von 1284 auf 1295 gestiegen. Für Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen in Dänemark selbst wurden 1 255 000 Kronen ausgegeben, für Unterstützung von Lohnkämpfen im Auslande 112 528 Kronen. 470 492 Kronen der Ausgaben für Streikunterstützung wurden vom Gesamtverband der Gewerkschaften durch die obligatorischen Extrabeiträge aufgebracht. Der Gewerkschaftskongress von 1911 hatte den geschäftsführenden Ausschuss des Gesamtverbandes ermächtigt, besondere Extrabeiträge auszusprechen, um den Vorschufonds für Streikunterstützung von dem damals vorhandenen 11 000 Kronen auf 32 000 zu erhöhen. Das hat sich aber als unnötig erwiesen, da von 475 845 Kronen, die als Extrabeiträge zur Unterstützung der ausgesperrten Fischer, Maurer, Elektriker und Holzindustriearbeiter eingingen, 30 000 Kronen übrig blieben und dem Vorschufonds überwiesen werden konnten. Die angeschlossenen Organisationen hatten am Jahresabschluss zusammen ein Vermögen von 4 353 100 Kronen, was gegenüber dem vorhergegangenen Jahre einen Zuwachs von rund einer Viertelmillion bedeutet. Ueber die Lohnbewegungen lagen dem Gesamtverband Berichte von 46 Organisationen vor, die zusammen 90 902 Mitglieder zählten. Von diesen haben 58 093 Mitglieder Lohnbewegungen durchgemacht, die für 5190 zum Streik, für 10 060 zur Aussperrung führten. Außerdem waren 18 901 Mitglieder ausgesperrt infolge von Konflikten in anderen Berufen. Das Ergebnis der Kämpfe ist in der Hauptsache Arbeitszeitverkürzung für 18 428 männliche und 1507 weibliche Mitglieder; Erhöhung der Affordlöbne für 9050, des Minimallohnes für 31 723 Mitglieder, des Tagelohnes für 2000, des Monatslohnes für 2650 Mitglieder. Die Arbeitslosigkeit war im verflossenen Jahre noch so groß, daß von rund 110 000 Arbeitern das ganze Jahr über durchschnittlich 10 000 arbeitslos waren. Die Zahl der arbeitslosen Tage war 2 481 000. Der Prozentsatz der Arbeitslosigkeit war für das ganze Jahr 9,2 gegenüber 10,5 im Jahre 1910.

Das permanente Schiedsgericht hatte über 20 Klagen zu entscheiden. Von den Entscheidungen dieser mit Strafkompentenz ausgestatteten gesellschaftlichen Institution ist ganz besonders eine bemerkenswert, durch die der Ziegeleibesitzer Clausen zu 400 Kronen Geldstrafe verurteilt wurde, weil er Arbeiter entließ, als sie seinem Verlangen, aus ihrer Gewerkschaft auszutreten, nicht nachkommen wollten. In dem Urteil wird ausdrücklich hervorgehoben, daß dem Angeklagten mildernde Umstände zugewilligt wurden; in anderen Fällen werden also Unternehmen, die auf Raub am Koalitionsrecht ihrer Arbeiter ausgingen, nicht so billig dabongelassen.

Der Vorstand des Gesamtverbandes hat sich unter anderem mit dem Plan der Gründung einer Arbeiter-Neuverversicherung befaßt; diese Angelegenheit soll jedoch nun erst nach den nächsten sozialdemokratischen Parteitag beschliffen. Vertreter war der Gesamtverband auch auf der 7. Internationalen Gewerkschaftskongress in Budapest im August vorigen Jahres, sowie auf der skandinavischen Arbeiterkonferenz zu Göttingen in diesem Frühjahr, die die Vorbereitungen zu dem vom 2. bis 4. September in Stockholm stattfindenden skandinavischen Arbeiterkongress traf und Vorschläge zu einem Gegenseitigkeitsabkommen der nordischen Länder zwecks Unterstützung bei großen Lohnkämpfen aufhief.

Das Erledigung des Jahresberichts befahte die Repräsentantenschaftsversammlung sich unter anderem mit einem Vorschlag auf Errichtung eines Gewerkschaftshauses in Kopenhagen, zu welchem Zweck ein Extrabeitrag von 1 Krone und von 50 Cere erhoben werden sollte. Es wurde jedoch beschlossen, die Sache bis zur nächsten Generalsammlung zu vertagen. Außerdem stand die Reorganisation des Gesamtverbandes auf der Tagesordnung; diese Frage konnte aber nicht erledigt werden, da der seinerzeit zur Vorbereitung eingesetzte Ausschuss seine Arbeiten noch nicht beendet hatte.

Aus Industrie und Handel.

Der großkapitalistische Wucher mit Patenten.

Nicht nur die physische Arbeitskraft, auch die Leistungen des arbeitenden Geistes sind heute Ausbeutungsgeschäfte. Hat der Erfinder glücklich eine neue Lösung aller technischer Fragen gefunden, ist es gelungen, Eisenbahnzüge automatisch zu sichern oder Papiertischen rasch und sauber zu kloben — der erste Gedanke ist *Mark* und *Patent*. Im Berliner Südosten steht der Riesenfriedhof menschlischer Grubelebensnungen und Erfindertäume. Nach monatelangem Harren wird dort verknüpft, ob ein Gedanke schon einmal praktisch gedacht worden ist, notabene, wenn das nötige Geld dazu da war, überhaupt zur Patentanmeldung zu streifen. Das Erfindertalent ist eine ganz bestimmte Form der kapitalistischen Unterdrückung. Sei es die größte oder auch die kleinste Erfindung, die harmloseste oder die bedeutendste Originalität, wenn das Geld, das Verdieninteresse, die kapitalistische G. m. b. H. oder die Aktiengesellschaft dahinter steht, dann strömt es in goldenen Rächen in die Taschen der — Geldgeber. Der Kulturfortschritt allein hat nichts zu bedeuten. Die Technik nicht der Patentausübung, sondern die Geschicklichkeit der kapitalistischen Gründungsarbeit schafft goldene Berge aus Erfindertleistungen.

Die Riedel u. Co. Aktiengesellschaft-Berlin stellt im besonderen pharmazeutische Präparate her. Schon daran wird außerordentlich verdient. Eigene Tochtergesellschaften und Interessensvertretungen in Petersburg, London, New York und Sidney beweisen dies. Eine Konvention sorgt für anständigere Preise! Das ganze Geschäft arbeitet mit 52 Millionen Mark Aktienkapital. Die Riedel A. G. hat vor einigen Jahren die Patente auf ein Verfahren zur Einrichtung von Reinigungsanlagen für Entthärtung und Enteisung von Gebrauchswässern erworben. Es wurde dann rasch eine G. m. b. H., die Permutit-Filtrergesellschaft gegründet, welche die Ausbeutung der Patente übernahm. Dieses Tochterunternehmen der Riedel A. G. hat jetzt je ein Patent für Belgien, Rumänien, Luxemburg und die Türkei, je zwei Patente für Italien und Ungarn und je drei Patente für Spanien an ein internationales Syndikat verkauft. Die englischen und französischen Patente wurden schon früher veräußert. Das Syndikat international du Permutit Société Anonyme in Brüssel ist mit einem vorläufigen Aktienkapital von rund 25 Millionen Francs ausgerüstet. Von welcher Bedeutung das Unternehmen ist, geht daraus hervor, daß unter den Gründern erste deutsche Bankinteressenten zu finden sind. Für die Patentanbringung wurden rund 20 Millionen Francs in Aktien

und sämtliche 76000 Genusanteile gewährt! Ein Riesengeschäft, nur für das Abgeben der Patente. Dabei muß beachtet werden, daß diese noch nicht einmal sicher sind, sie werden durch eine Konkurrenz, die Deutsche Filter Co., eifrig und progressiv bekämpft. Die Patentinhaber haben bis jetzt ihre Haupteinnahme nur in der Gründungstätigkeit zur Ausbeutung des Patentes gefunden. Wie planmäßig dabei vorgegangen wird, dafür kann noch als Beispiel angeführt werden, daß das internationale Permutitsyndikat zur Ausbeutung seiner Erfindungsrechte in Deutschland wieder eine besondere Tochtergesellschaft, die Permutit A. G., gegründet hat. Dies Unternehmen, an dem Namen wie Rathenau, Rankiewitz und Fürstenberg beteiligt sind, wurde mit 2 Millionen Mark Aktienkapital gegründet, um von dem belgischen Unternehmen die deutschen Patente zurückzuerwerben und den deutschen Markt zu bearbeiten!

Also Duzende von Millionen Mark sind bis jetzt für diese eine sicher bedeutungsvolle Erfindung schon ausgegeben worden, und nur zu dem Zweck, um die Sache zu finanzieren, ihr eine Unterlage zu schaffen. Wie viele Hunderttausende, ja Millionen müssen aus dem Patent jährlich herausgewirtschaftet werden, um nur Zinsenleistung zu ermöglichen!

Zur französischen Roggenenergie.

Aus Paris wird offiziell gemeldet: Der Präsident des französischen Badersyndikats erklärte einem Berichterstatter, die Vorteile an Mehl seien so zusammengekommen, daß die Lage wirklich kritisch zu werden beginne. Die Bäder seien genötigt, die Marktpreise von neuem zu erhöhen. In einigen Provinzgebieten seien die Mehlvorräte fast vollständig ausgegangen, so daß die Bäder sich nach Paris hätten wenden müssen.

Eine „rollende“ Ausstellung in Kanada.

Der Konkurrenzkampf der Industrie Kanadas mit derjenigen der Vereinigten Staaten hat eine neue Form der Ausstellungspropaganda gezeitigt: Die „rollende“ Ausstellung, die man kürzlich in Kanada bewundern konnte. In der Absicht nämlich, dem Nordwesten des Landes in Form einer Anschauungsexposition vor Augen zu führen, daß die Industrie im östlichen Kanada ebenso billige und preiswerte Fabrikate liefert, wie die Konkurrenz in den Vereinigten Staaten von Amerika, hat, wie die „Ständige Ausstellungskommission für die Deutsche Industrie“ bekanntgibt, eine Vereinigung kanadischer Industrieller einen Eisenbahnzug mit einer Ausstellung ihrer Fabrikate nach den nordwestlichen Provinzen abgeandt. Der Zug besteht aus zehn besonders hergerichteten Wagen, darunter Speise- und Schlafwagen, und fährt eine Reihe von Leuten mit, die Auskünfte über die Fabrikate zu geben und Vorträge zu halten haben. Die Wagen nebst der Lokomotive sind ebenfalls in Kanada hergestellt und gehören der Canadian Pacific Company. Die Ausstellung, die von etwa 50 Firmen besteht, umfaßt Möbel und sonstige Einrichtungsgesgenstände, Dosen, Kleidungsstücke, Strumpfwaren, Tritotagen, landwirtschaftliche und sonstige Maschinen sowie Pumpen, Kleinwaren, Summwaren, Farben, photographische Apparate, ein Automobil, Biskuits, Schokolade und Zunderwaren.

Nachdem der Ausstellungszug zunächst in Montreal, Ottawa und Toronto zur Befichtigung gestanden hatte, ist er dann nach dem Westen abgedampft.

Gerichts-Zeitung.

Der Entschädigungsprozess der Witwe Herrmann

war bis Ende April so weit gediehen, daß das Landgericht Berlin I durch die Zivilkammer 38 (unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Geheimen Justizrats Sahn) entschied, der Anspruch auf Entschädigung sei als dem Grunde nach als gerechtfertigt anzusehen. Das Gericht hielt für erwiesen, daß im September 1910 bei Gelegenheit der Polizeiataken im Moabit der Arbeiter Herrmann ohne eigene Schuld dadurch ums Leben gekommen war, daß er von einem Polizeibeamten mit dem Säbel niedergeschlagen und tödlich verwundet wurde. In welcher Höhe die Witwe des infolge der Verletzungen gestorbenen Arbeiters Herrmann durch den verklagten Polizeifiskus zu entschädigen sei, das wurde besonderer Entscheidung vorbehalten.

Damit nun die des Ernährers beraubte Witwe nicht noch länger hilflos zu warten brauchte, erwirkte ihr Prozeßvertreter Rechtsanwalt Kurt Rosenfeld eine einstweilige Verfügung des Gerichts, die ihr zunächst eine Rente von 10 M. pro Woche zusprach. Hiergegen hat der Polizeifiskus Widerspruch erhoben, über den gestern das Landgericht Berlin I durch die Zivilkammer 18, an die inzwischen die Sache Herrmann überwiesen worden ist, entscheiden sollte. Den Widerspruch wollte der Polizeifiskus begründen durch das von seinem Prozeßvertreter Assessor Wih. Kühne vorzulegende Ergebnis der von einem Kriminalpolizisten ausgeführten Ermittlungen über die Höhe des Arbeitsverdienstes, den der Arbeiter Herrmann gehabt habe. Nach Meinung der Polizei soll Herrmann nicht einen Lohn in der Höhe verdient haben, die in dem Entschädigungsprozess angegeben worden war und der einstweiligen Verfügung als Grundlage gedient hatte. Da diese Begründung dem Rechtsbeistand der Klägerin erst kurz vor dem gestrigen Termin bekannt geworden war, so beantragte er Vertagung, um für die behauptete Höhe des Verdienstes weiteres Beweismaterial beibringen zu können. Hierzu bemerkte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Geheimer Justizrat Berg: „Dann steht in der Zeitung, die Sache ist vom Gericht in unverantwortlicher Weise verschleppt worden!“ Als Rechtsanwalt Rosenfeld fragte: „Wo steht das?“ gab der Vorsitzende an: „In der „Kölnischen Zeitung“, im „Vorwärts“...!“ Auf die Erwiderung: „Im „Vorwärts“ hat das nicht gestanden!“ erklärte der Vorsitzende: „Jedenfalls hat es in der Zeitung gestanden. Mir ist egal, ob es der „Vorwärts“ oder die „Kölnische Zeitung“ war.“ Der Antrag, zu vertagen, wurde aus dem oben angegebenen Grunde aufrechterhalten und das Gericht beschloß so.

Der „Vorwärts“ hat den Vorwurf einer Verschleppung in dieser Angelegenheit dem Gericht gegenüber nie erhoben. Im Gegenteil hat er darauf hingewiesen, daß durch das Verhalten des verklagten Polizeifiskus und durch das zeitweise Vorenthalten der Strafakten dem Zivilgericht die Hände gebunden sind. Nicht das Gericht, sondern die Polizei ist im „Vorwärts“ dafür verantwortlich gemacht, daß die Witwe Herrmann, der ein Polizist den Ernährer tötend, noch immer auf die ihr zukommende Rente warten muß. Auch diesmal ist es ja wieder der Polizeifiskus, der durch seinen Widerspruch gegen die einstweilige Verfügung die Zahlung des zunächst auf 10 M. pro Woche festgesetzten Betrages verzögert.

Ein Lockpfeil.

„Lockpfeil gibt es nicht!“ braut der in Weisheitsumnachtung verstorbene Landgerichtsdirektor Braunewetter in dem Gemischtauchprozess auf. Die damalige Verhandlung erwies, wie auch das Urteil zum Ausdruck brachte, daß als Arbeitslose verkleidet, von der Polizei bezahlte Personen ohne jeden Anlaß mit Gummifnäppeln loskitten, um Verwirrung anzuküsten. Eine Anzahl dieser im Polizeidienst stehenden Pravis wurde von uniformierten Schuppleuten mit dem Säbel verdroffen. Schade jeder Hieb — der vorbeiging. An diese und ähnliche Vorgänge erinnerte eine Ge-

richtigerhandlung, die am Dienstag in Mosbit sich abspielte und in der der Beweis geführt wurde, daß ein von der Polizei bezahlter Lockspiegel andere Leute zum Diebstahl verführte, trotzdem aber nicht wegen Diebstahls angeklagt, sondern als Belastungszeuge gegen die von ihm Verführten vernommen wurde. Vergänglich haben wir bis heute auf eine Aufklärung von der Polizei oder von der Staatsanwaltschaft gewartet, weshalb dieser Anklage nicht wegen Diebstahls angeklagt wurde.

Der Sachverhalt war folgender: Die Jugendlichen Arbeiter Leopold Weise und Emil Wohrab aus Neulöbn standen unter der Anklage des vollendeten und versuchten Diebstahls vor der 4. Strafammer des Landgerichts II.

Nach den unwiderlegten Angaben der Angeklagten hat der 22-jährige „Arbeiter“ Paul Albrecht, der Weise von der Schule her kennt, sich an diesen herangemacht, indem er ihm in Aussicht stellte, ihm Arbeit zu verschaffen. Diese „Arbeit“ bestand aber darin, daß er Weise und dessen Freund Wohrab anstachelte, mit ihm bei einem Schuhmachermeister einzubringen. Albrecht gebrauchte Dietriche und ein von seinen Verführten auf sein Verlangen ihm nach erstmaligem, fruchtlosem Einbruchversuch verschafften Stimmchen. Weise und Wohrab wurden später verhaftet, nachdem er von den von ihm „geschobenen“ Diebstählen der Polizei, seinem „Arbeitsvertrag“ mit der Polizei entpöndelt, Kenntnis gegeben und einen der von ihm Verführten in dieselbe Anklage beistellt hatte, in die er einen Kriminalbeamten dirigiert hatte. Albrecht, der Haupttäter, wurde nicht verhaftet, sondern als Hilfsorgan der Polizei mit der Eskortierung eines beschlagnahmten Überführungsstücks beauftragt und dann in der Anklage als Belastungszeuge benannt.

Der in der Verhandlung als Zeuge vernommene Albrecht wurde aus dem Untersuchungsgefängnis in den Gerichtssaal geleitet. Dorthin hatte er inzwischen wegen anderer Straftaten wandern müssen. Er wurde vom Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld eindringlich nach seinen etwaigen Beziehungen zur Polizei befragt und ersucht, Auskunft darüber zu geben, ob er die Angeklagten zu den Straftaten verführt und sie dann der Polizei angezeigt habe. Albrecht erklärte, daß er über diese Punkte die Aussage verweigern müsse. Der Staatsanwalt beantragte gegen Weise, der außerdem noch wegen Sachbeschädigung angeklagt war, weil er seinen Namen in die Wand seiner Zelle eingekritzelt hatte, 1 Jahr 9 Monate, gegen Wohrab 1 Jahr 4 Monate Gefängnis. — Der Verteidiger erklärte es für ganz ungeheuerlich, daß — wie die Beweisaufnahme ergeben habe — ein Vertrauensmann der Polizei andere Leute dazu anstiftet, Diebstähle zu begehen. Er habe es bis dahin auch für unmöglich gehalten, daß in Preußen, wenn die Polizei Mitteilung von der Anteilnahme eines Mannes an Verbrechen erhält, dieser Mann (Albrecht) dann nicht angeklagt wird. Da die beiden Angeklagten tatsächlich durch Albrecht verführt worden seien, sei die ersorbitante hohe Strafe, die der Staatsanwalt beantragte, nicht gerechtfertigt; es empfehle sich vielmehr eine weit mildere Strafe.

Das Gericht unter Vorsitz des Landgerichtsrats Ortel hielt es für erwiesen, daß Albrecht die beiden Angeklagten verführt und in der ganzen Sache eine zweifelhafte Rolle gespielt habe. Unter Würdigung der ganzen Situation wurde Weise zu 6 Monaten und Wohrab zu 4 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von je sechs Wochen auf die Untersuchungsgefängnis verurteilt.

Weshalb ist Albrecht nicht angeklagt? Weshalb ist ferner diejenige Person nicht verurteilt und angeklagt, die Albrecht mit von den Steuern der Bürger aufgebrachtem Geld bezahlt und ihn zu der Ansicht verleitet hat, er solle zu Verbrechen provozieren. Wie sieht es, Herr Justizminister und Herr Polizeipräsident: sind Agents provocateurs (Lockspiegel), dieser Abscham der Gesellschaft, immun, weil sie noch über die jederzeitige Vereitlichung von Duellantwängern zur Begehung von Duellverbrechen zu den gemeinsten Verbrechen, der Verführung zu Verbrechen, bereit sind?

Eine Anklage wegen eines Wahlprotestes.

Auf ihonernen Hühen ruhte das Anklagegebäude, das die Potsdamer Staatsanwaltschaft gegen den Maurer Wilhelm Möllendorf, den Zimmermann Hermann Dümlke und den Maurer Albert Siegener, sämtlich aus Schenendorf, errichtet hatte. Die beiden ersten waren wegen Beleidigung des Gemeindevorstehers Eichelbaum in Schenendorf, Möllendorf auch wegen Hausfriedensbruchs angeklagt.

Am 19. März fand in Schenendorf Gemeindevorstandswahl statt, an der die Angeklagten als Wahlberechtigzte teilnahmen. Gewählt wurde in der Wählerliste Schenendorfs. Im Vorraum des Wahllokals wurden von der Wählerliste einige vermeintliche Mängel der Wählerliste beanstandet und man hörte auch scharfe Urteile. Es wurden Stimmen laut, die behaupteten, daß die Wählerliste falsch sei und die Wahl ungültig wäre. In diesen Äußerungen soll auch Möllendorf teilgenommen haben, der sich zwei Tage später mit den beiden anderen Angeklagten in die Wohnung des Gemeindevorstehers begab, um Protest gegen die Wahl zu erheben. Dabei sollen beleidigende Äußerungen über den Gemeindevorsteher gefallen sein, der daraufhin den Möllendorf aus seiner Wohnung wies, die er zögernd verließ. Damit hielt die Anklagebehörde den Tatbestand des Hausfriedensbruchs erfüllt. Ihre Behauptungen fanden in der gestrigen Gerichtsverhandlung keinen Widerstand. Die vage Anklage verlor in der Beweisaufnahme sämtliche Stützen.

Gegen Siegener lag überhaupt kein Strafantrag vor. Nach den Befundungen der Zeugen wurde am Wahltag von anderen Personen die Wählerliste lebhaft kritisiert. Man hielt sich dazu für berechtigt, weil man wußte, daß ein Wähler der 2. Abteilung, der als 7. bei der letzten Wahl in der Liste stand, diesmal in der 3. Abteilung wählte. Daran knüpften sich weitere Schlüsse der Wahlberechtigten und daraus ergab sich auch der Protest gegen das Wahlergebnis. Von Möllendorf hatte kein Zeuge eine den Gemeindevorsteher Eichelbaum kränkende Äußerung gehört. Am 21. März suchte Möllendorf mit seinen Genossen den Gemeindevorsteher in der Wohnung auf. Sein Kommen begründete er mit der Absicht, Protest zu erheben, da zu Unrecht durch Bevollmächtigte Stimmen abgegeben worden seien. Dümlke setzte dann den Einspruch mit den Worten fort: Wie kommt es denn, der Gutsmeyer Diesengrund stand bei der Auslegung der Liste im Januar in der 2. Abteilung und heute hat er in der 3. Abteilung gewählt, das kann doch nicht stimmen? Erregt sprang der Gemeindevorsteher auf und bemerkte: das wäre Behauptung einer Urkundenfälschung, die Wählerliste müsse er gefälscht haben. Dümlke solle sich den Tag merken, denn damit habe er ihn beleidigt. Trotzdem D. erwiderte, eine solche Absicht habe ihm ferngelegen, er wollte nur um Aufklärung bitten, wurde er hinausgewiesen. Möllendorf zögerte ein wenig, da er hoffte, der Gemeindevorsteher würde, wie es sich gehört, den Protest zu Protokoll aufnehmen. Seiner Ansicht gab er mit den Worten Ausdruck: Wenn man in amtlichen Angelegenheiten kommt, hat man wohl ein Recht, an der Wohnung zu bleiben und angehört zu werden.

Daraus erwich die Anklage wegen Hausfriedensbruchs und Beleidigung! In der Verhandlung erklärte der Gemeindevorsteher die Äußerung in der Wählerliste damit, daß Diesengrund einen Teil seines veräußerten Kapitalvermögens zu Baugewerken abgeben habe und dadurch von der 2. in die 3. Klasse zurückversetzt worden sei.

Der Staatsanwalt beantragte gegen Möllendorf 15 Mark und gegen Dümlke 10 Mark. Siegener wollte er mangels Strafantrages freigesprochen wissen. Das Schöffengericht sprach alle Angeklagten frei und stellte das Verfahren gegen Siegener ein, da es die Grundlagen entbehre. Durch die Beweisaufnahme, hieß es in den Gründen, ist dargelegt, daß die erste Äußerung in der Wählerliste dem R. nicht zuzuschreiben sei. In die Wohnung des Gemeindevorstehers seien sie nur gegangen, um als Staatsbürger Wahlmängel zu rügen, wozu sie unbedingt als wahlfähige Bürger berechtigt seien. Subjektiv sei zwar die Behauptung des Dümlke beleidigend, sie hier

aber nur dazu, einen Protestgrund anzuführen. D. sei aber über das durch § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) gezogene Maß nicht hinausgegangen. Weiden komme ihre irrtümliche Annahme zugute, die Wählerliste sei falsch. Nach der ganzen Sachlage sei aber auch ein Hausfriedensbruch ausgeschlossen. Der Vorgang nahm nur kurze Zeit in Anspruch und Möllendorf habe ein Recht zum Verbleiben gehabt, da er glauben mußte, der Gemeindevorsteher würde, wie er gesetzlich verpflichtet sei, den Protest anhören und ihn dann zu Protokoll bringen. Der Gemeindevorsteher habe in seiner Erregung zu voreilig gehandelt und damit entfalle für die Angeklagten das strafbare Moment.

Das schwere Automobilunglück.

bei dem die Frau des Amtsrichters Dr. Girschfeld aus Spandau getötet wurde, hatte gestern vor der Strafkammer des Landgerichts III ein Nachspiel in einer Anklage gegen den Chauffeur Carl Hoffmann wegen fahrlässiger Tötung.

Am 7. Februar, nachmittags, hatte die Frau Dr. G. hier am Wittenbergplatz die vom Angeklagten geführte Straßendrosche bestiegen, um nach Spandau zu fahren. Als das Auto hinter Westend die Spandauer Chaussee entlang fuhr, wurde es von einem Hund belästigt. An der Ecke der Kirchstraße wollte der Chauffeur dem Hund, der in Gefahr geriet, überfahren zu werden, ausweichen. Er lenkte sein Gefährt etwas nach rechts, das Auto fing aber bei dem glitschigen Boden unvorhergesehen zu schlingern an und prallte mit solcher Wucht gegen einen Baum, daß es völlig zertrümmert wurde und die Insassin aus dem Wagen geschleudert wurde — leider so unglücklich, daß sie infolge erlittenen Schädelbruchs auf der Stelle verstarb. — Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten für verantwortlich an dem Unglücksfall, da nach seiner Meinung die Zeugenaussagen keinen Zweifel darüber ließen, daß er unvorsichtig und so schnell gefahren sei. Der Staatsanwalt beantragte 1 Jahr Gefängnis. — Nachdem die Sachverständigen Chefingenieur Köhler-Charlottenburg und Ingenieur Bräsch ein dem Angeklagten günstiges Gutachten abgegeben, beantragte R. A. Dr. Litterscheid die Freisprechung des Angeklagten, auf die der Gerichtshof auch erkannte.

Ein Nachspiel zum Essener Meineidsprozeß.

Durch Verfügung des Justizministers ist dem Bergmann Max Witting in Scharnhorst, einem der freigesprochenen im Essener Meineidsprozeß, im Juni vorigen Jahres als Ersatz für den Vermögensschaden, der ihm durch die erlittene Untersuchungsgefängnis und die Vollstreckung der dreijährigen Zuchthausstrafe entstanden ist, eine Entschädigung von 4000 M. zugewilligt worden. Witting gab sich damit nicht zufrieden, er hob vielmehr Klage gegen diese Verfügung und stützte seinen Anspruch auf § 2 des Gesetzes vom 20. Mai 1898 betr. die Entschädigung der im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochenen Personen. § 2 dieses Gesetzes sagt: „Gegenstand des dem Verurteilten zu leistenden Ersatzes ist der für ihn durch die Strafvollstreckung entstandene Vermögensschaden.“ Witting erklärte, für die erlittene Untersuchungs- und Strafkammerhaft ausreichend entschädigt zu sein, behauptete aber, darüber hinaus sei ihm noch ein weiterer Schaden erwachsen. Während der Strafkammerhaft im Zuchthaus zu Hamm sei er äußerst scharf behandelt worden. Diese Behandlung in Verbindung mit Entziehung von Licht und Luft sowie die durch die unschuldige Haft hervorgerufenen seelischen Qualen hätten ihn krank und sich gemacht. Nach seiner Entlassung sei er deshalb unfähig zur Bergarbeit gewesen. Andere Arbeiter habe er nicht verrichten können, da er von Jugend auf Bergmann gewesen sei und nur Bergarbeit verleihe. Die Arbeitsunfähigkeit habe 9 volle Monate gewährt und er beanspruche dafür als Schadenersatz für ein tägliches Verdienste von 5,40 M. den Betrag von 1123,20 M. Weiter habe er infolge der Untersuchungsgefängnis und der nachfolgenden Zuchthausstrafe seine Zugehörigkeit zur Knappschaft verloren. Der Justiziskus sei daher verpflichtet, ihm oder seinen Hinterbliebenen alle die Rechte zu gewähren, die er haben würde, wenn er Mitglied der Knappschaft geblieben wäre.

Der Justiziskus beantragte Klageabweisung. Dem Witting sei ein Arbeitslohn im Betrage von 3986 M. entgangen. Es müsse aber berücksichtigt werden, daß er während seines Aufenthaltes im Zuchthaus an Verpflegungskosten gespart habe. Ein Tag von 60 Pf. für den Tag sei angemessen, an den 1143 Tagen habe er somit 685,80 M. an Verpflegungskosten gespart. Bringe man den Betrag von der Summe von 3986 M. in Abzug, dann belaufe sich der Schaden des Klägers nur auf 3300 M. Vom Justizminister seien ihm aber 4000 M. zugewilligt. Der überschüssige Betrag von etwa 700 M. sei ihm nur mit Rücksicht auf den Schaden nach der Haftzeit zuerkannt worden, so daß Witting hinreichend entschädigt sei. Die Zugehörigkeit zur Knappschaft habe Kläger durch die mit einer anderen Strafe verbundene Arbeitsniederlegung verloren und sich später um die Erlangung der Mitgliedschaft nicht mehr bemüht.

Die 2. Zivilkammer des Landgerichts Dortmund hat vor einigen Tagen die Klage abgewiesen. Das Gericht trat durchweg den Einwänden des Justiziskus bei.

Diese „Sparttheorie“ sollte unsere Staatsanwälte und den Justiziskus veranlassen, auch Erpressungs- und Freiheitsstrafen zu verbüßen. Wir hätten nichts dagegen, wenn auch der Finanzminister und der Reichskanzler diese famose Sparttheorie am eigenen Rötzel probieren möchten.

Zur Strafsgefängnisnovelle.

Durch eine Verfügung des Justizministers sind die Staatsanwälte angewiesen, Vorkehrungen dahin zu treffen, daß auf die bereits rechtskräftig verurteilten Personen, die ihre Strafe noch nicht verbüßt haben, die milderen Vorschriften des neuen Gesetzes rückwirkend Kraft erhalten. Diese justizministerielle Verfügung entspricht der Billigkeit. Bei dieser Gelegenheit mag ein Versehen Korrektur finden, das durch Fortfall einer Zeile in dem gestrigen Artikel sich eingeschlichen hat: Die Strafsgefängnisnovelle ist in am 8. März 1912 nicht in dritter Lesung vom Reichstag verabschiedet, sondern war an diesem Tage als Initiativantrag eingebracht und ist am 9. Mai in der dritten Lesung vom Reichstag verabschiedet worden.

Das Gesetz betr. die Sicherung von Forderungen

beschäftigte am Freitag zum ersten Male das Reichsgericht. Das Landgericht Hildesheim hat am 23. Februar den Maurermeister Heinrich Strüder in Lehre auf Grund der §§ 1, 2 und 6 dieses Gesetzes zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. Strüder baute im Sommer 1911 in Lehre an der Wohnsitzstätte zwei nebeneinander liegende Häuser, für welche er Baugelder von verschiedenen Geldgebern erhielt. Am 13. Oktober mußte er den Konkurs anmelden, der mit einem Zwangsvergleich zu 50 Proz. endete. Den Vorschriften des Gesetzes zufolge hatte Str. als gewerbsmäßiger Bauunternehmer es unterlassen, für jedes Haus ein besonderes Baugeld zu führen und er hatte dieses obendrein so unordentlich geführt, daß nicht immer zu ersehen war, wofür die Gelder ausgegeben worden sind. Die Revision des Angeklagten wurde vom Reichsgerichte verworfen. Wenn der Angeklagte die Häuser auch für sich selbst baute, führte das Gericht aus, so war er doch als gewerbsmäßiger Baugewerbetreibender im Sinne des Gesetzes anzusehen. Für das Vergehen gegen § 6 (unordentliche Buchführung im Falle des Bankrotts) ist Vorsatz nicht erforderlich, es genügt das Verschulden.

Aus aller Welt.

Die nackte Wade.

Das Städtchen Rotenburg bei Juba hat zu dem Kapitel „Kunst und Stillschleier“ ebenfalls einen Beitrag geliefert. Wie wir in der „Frankfurter Volksstimme“ lesen, sind vor dem Hauptportale des dortigen Lehrerseminars vor einiger Zeit zwei lebensgroße allegorische weibliche Figuren aufgestellt worden, die der Berliner Bildhauer Professor Bürgel geschaffen hat. Die farbige be-

handelten Gewänder dieser Figuren lassen die Körperformen deutlich hervortreten; außerdem ist — o Schreck! — das vor-gestellte rechte Bein, das sogenannte Spielbein, bis zum Knie unverhüllt. Diese nackte Wade, die infolge der koloristischen Behandlung der Statuen besonders auffallen soll, hat nun bei schämigen Leuten Anstoß erregt und zu einer Beschwerde bei der Regierung geführt. Die Behörde soll auch jetzt angeordnet haben, daß die Figuren durch eine andere Bemalung ein dezenteres Aussehen bekommen.

Wie kann man aber auch weibliche Figuren vor einem Lehrerseminar aufstellen, ohne den beiden Damen die „deutlich hervortretenden Körperformen“ zu verdecken. Wenn man nur durchbrochene Strümpfe diesen schamlosen Weibern angezogen hätte, dann wäre doch wenigstens den angehenden Lehrern dieser unfittliche Anblick erspart geblieben. Offenlich hat die Regierungsbehörde nun auch wirklich kunstsinigere Beamte, die die Figuren denn auch so bemalen, daß sie ein dezenteres Aussehen bekommen. Es geht nichts über eine feinsche Behörde!

Liberaler Schweifwedel.

In der liberalen „Neuwieder Zeitung“ wird der Einzug des jungvermählten Prinzen Viktor von Bied und seiner Frau durch ein Poem verherrlicht, dem wir folgende Schlußzeilen entnehmen: Ost noch Neuwied durch Besuch zu beglücken, laden die jubelnden Bürger Dich ein, Nahrung umfacht uns, Dich heut zu erbliden als Neuvermählte! —

Wäge es immer so fein. Was die Redaktion dieses liberalen Blattes sich bei der Aufnahme des blödsinnigen Geschwafels gedacht hat, mögen die Götter wissen! Ob das Paar immer neuvermählt bleiben soll, oder ob die „Nahrung“ immer so bleiben soll, wer kann es außer der „Neuwieder Zeitung“ und dem Poeten wissen! Jedenfalls wird auch der angebotene Prinz sich für die Zumutung, sein ganzes Leben in den Flitterwochen zu verbringen, höchstens bedanken!

Kleine Notizen.

Ein dreifacher Mörder. In Amsterdam hat sich eine entsetzliche Bluttat ereignet. Ein gewisser Dort tötete seine im Alter von zwei bis acht Jahren befindlichen drei Kinder. Der Mörder wurde in dem Moment verhaftet, als er noch das Messer mit dem Blute seiner jungen Opfer in der Hand hielt.

Im Hungertode errettet. Zwei deutsche Studenten, Kern und Schelle, die sich bei einer Bergbesteigung bei Grenoble verirrt hatten, wurden von den Soldaten, die zu ihrer Rettung ausgezogen waren, lebend aufgefunden. Sie hatten zwei Tage und zwei Nächte in einer Höhe von 1800 Meter ohne Nahrung verbracht und waren infolgedessen vollkommen erschöpft.

Ein Sittlichkeitsstandal im Seine-Nebel. In Paris ist wieder einmal ein großer Skandal ausgebrochen, der das peinlichste Aufsehen hervorgerufen hat, da in ihm mehrere einflussreiche Personen verwickelt sein sollen. Sie sollen händige Gäste in dem Hause einer Frau gewesen sein, die bei sich junge Mädchen und Burken versammelte, und wo dann die wildesten Orgien gefeiert wurden.

Der Weltmeister als Aseptoman. Der Weltmeisterhaftboxer Johnson ist in Chicago verhaftet worden, weil er beschuldigt wird, sich unrechtmäßigweise ein Diamantkollier im Werte von 18000 Mark angeeignet zu haben. Wahrscheinlich hat der preisgekrönte Kraftmensch gelegentlich eines Liebesabenteuers die Kleinigkeit mitgehen lassen.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Berlin, Buch und anderen Heilstätten. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen und wegen der Ueberweisung von Freieremplaren sofort ihre Adresse einreichen, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingesandt werden.

Witterungsüberblick vom 22. Juni 1912.

Stationen	Barometrischer Luftdruck	Windrichtung	Windstärke	Temperatur	Stationen	Barometrischer Luftdruck	Windrichtung	Windstärke	Temperatur
Eintriede	764,7	SW	2	16	Saparanda	761,0	SW	2	19
Hamburg	765,0	SW	2	16	Petersburg	757,0	NO	1	15
Berlin	765,0	SW	1	16	Seiffen	757,0	SO	4	14
Frankfurt	765,0	NO	1	16	Aberdeen	760,0	SO	4	12
München	765,0	NO	2	16	Paris	760,0	S	1	19
Wien	764,0	NO	1	16					

Wetterprognose für Sonntag, den 23. Juni 1912.

Etwas wärmer, viellicht heiter, aber öderndlich mit Gewitterneigung und ziemlich lebhaften südlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 21. 6.	am 20. 6.	Wasserstand	am 21. 6.	am 20. 6.
Remel, Elbe	129	+1	Saale, Großk. 70	-3	
Prege, Insterburg	-40	+1	Havel, Spandau	36	+2
Reichel, Elbe	98	-14	Spandau, Havel	6	-14
Oder, Kattow.	170	+15	Spre, Spremberg	88	-1
• Kattow.	168	+7	• Breslau	84	+2
• Frankfurt	170	-8	• Bielef., Röhden	149	+4
• Barthe, Schirm	64	-4	• Minden	226	-10
• Landsberg	40	+7	• Rhein, Maximiliansau	542	-14
• Rega, Vordamm	36	-4	• Rahn	305	-14
• Elbe, Zeitzmerg	7	+3	• Rahn	315	-16
• Dresden	-115	-4	• Rega, Heilbrunn	62	+7
• Verh.	131	+2	• Rain, Panau	124	-4
• Magdeburg	106	-4	• Rosel, Trier	41	-7

+) + bedeutet Hoch, — Fall, —) Unterpegel.

Allen Bekannten, Genossen und Sangesbrüdern zur Nachricht, daß ich mein Lokal von Gröfstr. 9 nach Boeckstr. 49 verlegt habe und bitte um geneigten Zutritt.
Jeden Sonntag Morgensprache der Sangesbrüder.
R. Schaller.

Gneisenausstraße 10.
S. Grau, billige u. beste Bezugsquelle für Möbel jeder Art.
Kassa und Teilzahlung.

Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69
(Laden)
Wir empfehlen:
Franz Mehring
Deutsche Geschichte
Vom Ausgang des Mittelalters
Ein Leitfaden für Lehrende und Lernende
Teil I und II je 1,25 Mark. — Beide Teile zu einem Bande vereinigt, gebunden 2,50 Mark



ZUR REISE

empfehlen wir Ihnen aus unserem Saison-Ausverkauf
als ganz besonders preiswert



Staub-Mäntel
in eleganten Formen, wirk-
lich praktisch und solide
schon von 9,75 an

Imit. Leinen-Kostüme
sehr schicke Fassons mit
aparten Garnierungen
schon von 13,00 an

Phantasie-Paletots
engl. Art, wirklich hübsche Sachen aus guter Ware
früher 20,00 bis 30,00, jetzt 9,75 bis 12,75

Loden-Kostüme
sehr praktisch für Reise und Gebirge
schon von 16,75 an

Loden-Capes
schon von 5,75 an

Praktischen Waschröcken
schon von 2,75 an

Reizenden Blusen
schon von 50 Pf. an

Kinder-Kleidchen
zur Hälfte
des regulären Preises
schon von 75 Pf. an

C & A

BRENNINKMEYER
Spezialhaus für Damen-, Backfisch- u. Kinderkonfektion

Königstr. 33, am Bahf. Alexanderplatz

Chausseestr. 113, Ecke Invalidenstr.

SONNTAGS GESCHLOSSEN

Den Vorwärts-Lesern
gewähre Rabatt.

Diese Woche!

Ein Posten reichgestickter

Plüsch-Portieren

nur soweit Vorrat!

Pro Fenster 6,35 (regulär 10,50 M.)

Viktoria-Tuchportiere 3,85 M.
mit allerliebster Stickerei

Eine Partie reichgestickter

Plüschdecken

à 6, 8, 10 M. (bisher 8-15 M.)

Riesen-Auswahl

Tüllbettdecken

à 1,85, 3, 4,50 bis 75 M.

Buntpersische doppelseitige

Divandeen

M. 7,50 - 8,75 (bisher 12-15 M.)

Divanrückwände 3,85 - 18 M.

Teppich-Spezialhaus

Emil

Lefèvre

Berlin S. Seit 1882 nur

Oranienstr. 158

Unterhalte nirgends Filialen.

Spezial-Katalog

mit ca. 650

Abbildungen gratis u. franko.

Heute

nur von

8-10 Uhr geöffnet.

*Mit der illustrierten Wochen-
schrift „In Freien Stunden“
beschäftigt sich ein Prospekt,
der unserer heutigen Nummer
beiliegt.*

Sie sollten ihn beachten!

Dr. Simmel

Spezial-Arzt

für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, dicht am

Moritzplatz

10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 3-4

Zigarren- W. Herbst

Fabriken

gegr. 1862, Tel.: Moritzplatz 3873.

BERLINSW., Ritterstr. 83

Erstklassige Ware. Zigarren-

händlern bestens empfohlen.

Tarifarbeit.

Berliner Kraftfutter

das Vorzüglichste für Aquarien-

fische

Dose 10 Pf.

Zu haben in allen besseren zoologischen

Handlungen.

189/8

Manoli

Cigarettes
Specialmarken

**Abbas Dandy
Gibson Girl**

Tarif-Zigarren.
Erstklassige Ware. Rein überfeicht.
Preisliste: Nr. 36-150.
Heinrich Holsing, Zigarrenfabrik
Blasheim bei Süßede (Westfalen).
Vertreter für Groß-Berlin und Brandenburg:
Fr. Fehrensens, Berlin N.,
Kopenhagener Straße 15. 33782*



Boad-Lie
ein Naturtrank
aus frischen Früchten mit eigener Kohlensäure
1/1 Flasche (0,6 l) 27 Pf.
1/2 Flasche (0,3 l) 20 Pf.
Für die Flasche werden 7 Pf. zurückvergütet.
Wiederverkäufer in allen Stadtteilen gefucht.

Boad-Lie
G. m. b. H.
Berlin-Ch. 2, Charlottenburger Ufer 70
Fernsprecher: Amt Steinplatz Nr. 1904, 4661.

Panamahüte und Exoten!
für Herren u. Damen (auch Einzelverkauf). Import-
preise M. 7, 9, 12, 15, 20, 25, 30, 40, 50, 75, 100
bis 1000 pro Stück (bis 50 Prozent Ersparnis).
Umtausch gestattet.
Ueberseeische Panamahüt-Industrie,
Spezialhaus I. Ranges.
Berlin, Wilhelmstraße 40a (kein Laden).



6. Generalversammlung des Zentralverbandes der Bildhauer Deutschlands.

München, im Juni 1912.

Am Sonntag beginnt im Spatenkeller die 6. ordentliche Generalversammlung des Zentralverbandes der Bildhauer Deutschlands. Der Hauptvorstand kann dem Verbandstage kein besond...

weniger wie 23 Jahrestellen verlangen den korporativen Anschluß an den Holzarbeiterverband. 4 Jahrestellen beantragten Auflösung des Zentralverbandes und Anschluß der einzelnen Branchen an die zuständigen Industrieverbände.

14. Ordentlicher Verbandstag der Schuhmacher.

Im Volkshaus zu Dresden beginnt am Montag, den 24. Juni, der 14. Verbandstag der Schuhmacher. Seit der letzten Generalversammlung in Rön a. Rh. ist die Organisation in sehr erfreulicher Weise gewachsen; der Verband umfaßt jetzt 45 792 Mitglieder.

verträge geworden, und für die Folge ist deshalb ein weiteres Steigen zu erwarten. Daß das Unternehmertum hier und da auch versucht hat, mit den Tarifverträgen im Trüben zu fischen, verriet sich von selbst.

Ueber die Lohnbewegungen und Streiks ist zu berichten, daß sie eine Höhe erreicht haben, die alle früheren Zahlen übersteigt. Insgesamt wurden 1910/11 600 Bewegungen durchgeführt, an denen rund 48 721 Beteiligte gezählt wurden.

Die Gesamteinnahmen des Verbandes betrugen in der Verichtszeit 2 354 014,44 M., die Ausgaben 1 798 360,43 M. An Kassenbestand weist das Verbandsvermögen 556 654,01 M. auf.

Wenn man den umfassenden Bericht aufmerksam studiert, kommt man zu dem erfreulichen Resultat, daß die Vertreter, die sich jetzt in Dresden zusammensinden werden, über den Stand der Organisation befriedigt sein können.

Advertisement for Fr. Hahn, featuring a large sale of inventory. The ad includes the name 'Fr. Hahn' in a large font, the address 'Alexanderplatz Landsberger Str. 60-63.', and a list of various goods such as clothing, shoes, and household items with their respective prices and descriptions.

Theater und Vergnügungen

(Siehe Wochen-Spielplan.)
Neue Freie Volkshöhne.
 Sonntag, den 23. Juni,
 nachmittags 3 Uhr:
 Neues Volks-Theater: Der Raub
 der Sabinerinnen.
 Neues Operetten-Theater: Eva.
 Abends 8 Uhr:
 Neues Volks-Theater: Jugend.
 Abends 8 1/2 Uhr:
 Neues Volks-Theater: Montag: Ste-
 belet. Literatur. Dienstag: Riti-
 moch. Freitag: Der Raub der Sa-
 binerinnen. Donnerstag, Sonn-
 abend: Der Königsleutnant.

Schiller-Theater O.
 Wallner-Theater.
Hohe Politik.
 Schwan in 3 Akte v. R. Stawronnet.
 Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
 Morgen und folgende Tage:
Hohe Politik.

Schiller-Theater
 Charlottenburg.
Das Konzert.
 Lustspiel in 3 Akten von Herrn. Bahr.
 Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
 Morgen und folgende Tage:
Das Konzert.

Neues Theater.
 Abends 8 Uhr:
Der liebe Augustin.
 Operette von Leo Fall.

Berliner Theater.
 Abends 8 Uhr:
Große Maschinen.
 Theater in der Königsplatz-Strasse
 Abends 8 Uhr:
Die 5 Frankfurter.

Residenz-Theater.
 8 Uhr:
Alles für die Firma.
 Schwan in 3 Akten von H. Demmequin
 und G. Mitchell.
 Morgen u. folgende Tage: Alles
 für die Firma.

ROSE-THEATER
 Große Frankfurter Str. 132.
 Anfang 8 Uhr.
Nacht und Morgen.
 Drama in 5 Akte v. Ch. Birch-Pfeiffer
 Auf der Gartenbühne:
 Subst! Es ist erreicht! Gr. Reize.

Apollo
 Theater
 Vorletzter Sonntag!
 ab 8 Uhr.
10 große Attraktionen.
 Raffayettes Wunderkunde.
Paul Beckers.
 u. a. w.

Reichshallen-Theater.
 Stettiner Sänger
 zum Schluß neu:
Sanatorium
Sonnenstich.
 Burleske
 von Wegel.
 Anfang
 Sonntag 8.
 Sonntag 7 1/2 Uhr.

Metropol-Theater.
 Schwindelmeier & Comp.
 Phantastisch musikalische Komödie in
 3 Akten aus dem Englischen völlig
 frei bearbeitet von F. Freund. Musik
 von H. Nelson. U. a. Tänze v. B. Böhler.
 Die Szene geleitet vom Dir. H. Schulz.
 Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

IKLA
 Intern. Kongress Lebender
 Abnormitäten.
 Die größte
 Ausstellung
lebender Naturwunder
 von 10 bis 10 Uhr
 in den Gesamträumen des
Passage-Panoptikums.
 Eintritt, alles inkl. 50 Pf.
 Kinder, Sold. 25 Pf.

ZOO
LOGISCHER GARTEN
 Heute Sonntag
 Eintritt 50 Pf.
 Kinder unter 10 Jahr.
 die Hälfte.
 Ab nachm. 4 Uhr:
Großes Militär-Konzert.
 3 Kapellen.
 Täglich: Militär-Doppel-Konzert.

Admiralspalast
 am Bahnhof Friedrichstraße,
 z. Z. einziger Eispalast.
 Angenehm kühl. Aufenthalt
2 Vorstellungen!
 Nachmittags und abends:
„Yvonne“, Eis-Ballett.
 Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
 abends halbe Kassenpreise.
Restaurant 1. Ranges
 Wein- und Bier-Abteilung.

Voigt-Theater.
 Gesundbrunnen Badstraße 58.
 Heute sowie täglich:
Die Tochter der Hexe
 Gr. rom. Lustspiel in 3 Akten
 und 3 Bildern.
 Neue Beleuchtungseffekte usw. usw.
 u. d. große Spezialitäten-Programm.
 Koffeneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 Uhr.

HAGENBECKS
INDIEN
Tempelhofer Feld
 Täglich geöffnet von 11 Uhr
 vormittags bis 11 Uhr abends.
 Haupt-Vorstellungen: 11 1/2, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Elysium
 Landsberger Allee 40-41.
 Heute Sonntag:
Konzert □ **Theater**
 □ **Spezialitäten** □
Großer Ball.
 Familien-Kassettchen.
 Anfang 3 1/2 Uhr. Entree 10 Pf.

UNA PARK
Sonntags
 von 3 Uhr ab
voller Betrieb.

Gesellschaftshaus Warendorf, Berlin-Lichterfelde,
 Bäkestraße 7.
 Heute Sonntag von 4 Uhr ab:
*** * Konzert und Soiree * ***
 der Ull-Ulrich-Sänger.
 Durchschlagendes Repertoire. — Großer Lacherfolg.
 Kinder-Karussell vorhanden. — Während und nach der Soiree: **Tanz.**
 Entree 20 Pf. Kinder frei.

Gebr. Schwarzer  **Arnhold Adler**
 Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 5.
Täglich: KONZERT
 und
Spezialitäten-Vorstellung
 mit Willy Meybrink.
Jeden Mittwoch: Elite-Tag.
Sonntag: Tanz-Reunion.

Die Unfallgefahren
in der Holzindustrie
 Wander-Ausstellung
 des Deutschen
 Holzarbeiterverbandes
 vom 23. Juni bis 21. Juli 1912
 im Berliner Gewerkschaftshaus, Saal III
 Engelufer 14-15
 Geöffnet v. 9-1 u. 4-9 Uhr
 Sonntags von 9-1 Uhr
Deutscher Holzarbeiter-Verband

Sozialdemokratischer Wahlverein Bezirk Lichtenberg.
 Sonntag, den 23. Juni 1912:
Großes Sommerfest
 in Mentess Volksgarten, Inhaber Walter Schröder,
 Lichtenberg, Röderstraße 28/29.
Konzert □ **Spezialitäten** □ **Gesang** □ **Turnerische Aufführungen**
Kinematograph □ **Preisgelein** □ **Verlosung.**
 Von 4 Uhr ab: **Großer Ball.** Herren zahlen 50 Pf. nach.
 Eröffnung 2 Uhr. Anfang 4 Uhr. Entree 20 Pf.
Jedes Kind erhält einen Bon zur Stocklaterne und eine Karussellfahrt gratis.

Berliner Prater-Theater
 Kastanienallee 7-9.
 Täglich: Anfang 4 1/2 Uhr.
O, diese Berliner!
 Lustspiel. Hoffe von Freund.
 Musik von Gindshofer.
Erstklassige Spezialitäten.
Konzert. X BALL.

Königstadt-Kasino.
 Alte Holzmarkt- u. Alexanderstr.
 Täglich: Theater und Varieté.
 Anfang nachmittags 8, Sonntag
 5 Uhr. Vom 16. Juni bis 1. Juli:
 Erklass. Spezialitäten u. „Rosen
 a. d. Süden“, gr. Operettenburleske

Volksgarten-Theater
 Badstr. 8 und Bellermannstr. 20/25.
 Täglich:
Konzert, Theater- und
Spezialitäten-Vorstellung
Neues Programm.
 Täglich: **Flotte Weiber.**
 Hoffe mit Gesang u. Tanz in 4 Akten.

neue Welt
 Amerikanischer
 Vergnügungspark. **Heute: Großer Festtag.**
Konzerte u. Spezialitätenvorstellung. Voll-
 ständig neues Programm. Hervorragende Künstler.
 Sensationelle Attraktionen. Volksbelustigungen aller Art.
 Eintritt 25 Pf. An Eilertagen Donnerstags:
 Großes Gala-Parade-Höhen- und Fronten-Feuwerk.

Restaurant Neu-Seeland, Stralau
 am Rummelsburger See. Inh. Wwo. Schonert.
Jeden Sonntag Spezialitäten-Vorstellung u. Konzert.
 Im Vergnügungspark: 3212L.
Großes Volksfest à la Stralauer Fischzug.
 Im Saal: **Gr. Ball.** Jeden Mittwoch: **Gr. Kinderfest.**
 Abends: **Spree-Athener, Dir. M. Zerner.**

Mentes Volksgarten
 Inh. Walter Schröder
 Telefon: Amt Lichtenberg Nr. 164,
 Lichtenberg, Röderstr. 28/29
 Verlängerter Landsberger Allee.
 Vom Alexanderplatz 15 Minuten.
 Linie 64, 67, 71.
 Erste Kurze-Strasse—Hohenschönhausen.
Jeden Sonntag: Großer Ball.
Jeden Dienstag und Donnerstag:
Freitag, Gratis-Verlosung.

Puhlmanns Theater
 Schönhauser Allee 145.
 Heute sowie täglich:
Theater und Spezialitäten.
 Im Saale: **Familien-Tanz.**
 Die Koffertage ist von 3 Uhr an
 geöffnet.
 Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Schweizer-Garten.
 Am Königsplatz Am Friedrichshain
 Täglich:
Theater, Spezialitäten
und Lichtspiele.
 Heute extra neues Programm
 Im Saale: **Tanz.**
 täglich:
 Anf.: Sonntag 4, Bochentg 5 1/2 Uhr.

P. Schmidts
Sommer-Theater
 Landsberger Allee 76/77.
 Täglich: Gr. Konzert u. Spezialitäten-
 Vorstellung. Im Saal: **Gr. Ball.**
 Jeden 1. und 15.: Neues Pro-
 gramm. Wochentags Entree frei.
 Anfang 5 Uhr. 22412

Kreuzberg-Festsäle u. Garten
 Bes. O. Ernst, Kreuzbergstr. 48.
 Jeden
 Sonntag: **Gr. Spezialität-**
Vorstellung (P. Jescheks
 Ensemble).
 Eintr. frei, Prgr. pr. Pers.
 10 Pf. — Jeden Montag:
Hoffmanns Nordstänger
 Jeden Freitag:
Paul Manthoys
Lustige Sänger.
 Passpartouts u. Vorzugsk. gültig.
 Einige Sonnabende unt. kul. Be-
 dingungen an Vereine zu verbob.

Ausstellung
deutscher Konsum
Vereine
16.-30. Juni 1912
CLOU
Berlin.
 Mauersstr. 52
 Geöffnet von
 10 Uhr Vorm.
 bis 9 Uhr
 Nachm.

Mittwoch, den 26. Juni 1912:
Großes Konzert
 ausgeführt durch das
Neue Tonkünstler-Orchester
 Dirigent **Franz Hoffelder.**

Fr. Siegel's Festsäle
 Theaterbühne Gr. Frankfurter Str. 30. 2 Kegelbahnen
 Empfehle den Gemeindefreien sowie Vereinen meine **Verein-**
sommer sowie **Säle** (30 bis 300 Personen fassend) zur Ab-
 haltung von **Sitzungen, Versammlungen** sowie **Festlichkeiten**
 zu den **besten Bedingungen.** 34322
 NB. Sonnabende u. Sonntage im August, September, Oktober noch frei.

Seebad Reinickendorf Residenzstr. 49
 Straßenbahnlinien 32, 35 und 41.
Herrlicher Naturgarten am großen See gelegen.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:
Theater, Spezialitäten und Konzert.
 Im Saale: **Großer Familien-Ball.**
Jeden **Kinder- u. Familientest** sowie **Vorstellung.**
Dienstag: Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung 5 Uhr.

Markgrafen-Säle
 34. Markgrafen-Damm 34.
 An der Stralauer Allee.
 Täglich: **Große Kino-Vorstellung.**
 Im Restaurant täglich **musikalische**
 Unterhaltung. Borsigliche Küche,
 ff. Biere u. Weine, Billard u. Kegelbahn

Alhambra
 Wallner-Theaterstraße 15.
Jeden **Großer Ball**
 Sonntag:
Großes Orchester. Anfang Sonntag
 6 Uhr. **A. Zamolnat.**

Buss' Ball-Salon
 Große Frankfurter Str. 85.
 Heute: **Gr. Ball.** Sonnabende
 im Herbst noch frei. **Franz Tauer.**

Nibles Fest-Säle
 Dennowitzstraße 13.
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
 Der Garten ist eröffnet.
 21768 **C. Nible.**

Burgtheater-Kino und
Festsäle. Schönhauser Allee 129.
 Vereinsvergünstigt. 4 hochholg.
 Kegelbahnen. Tägl. Frei-Konzert
 und Frei-Kino im Garten.
Rudolf Herz.

Anton Bockers Festsäle
 Weberstr. 17.
 Tel.: Amt Königsplatz 13 414.
 Empfiehlt keine Säle zu Versamm-
 lungen und Festlichkeiten jeder Art.
 Kleine und große Säle, großer Garten
 mit festlicher Theaterbühne sowie
 große Vereinszimmer haben den
 besten Gemeindefreien und Vereinen
 jederzeit zur Verfügung. Begebenheit
Anton Bocker, Weberstraße 17.

Für den Inhalt der Inserate
 übernimmt die Redaktion dem
 Publikum gegenüber keinerlei
 Verantwortung.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Dienstag, den 25. Juni, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, in den „Konkordia-Sälen“, Andreasstr. 64:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Beratung und Beschlussfassung über den Entwurf der Ausführungsbestimmungen des Wahlregulativs und Anträge. 2. Beratung und Beschlussfassung über die Anstellung eines dritten Angestellten und Anträge. 3. Vereinskongressangelegenheiten.
217/11* Mitgliederbuch legitimiert

Sechster Wahlkreis.

Die Stichwahl

zwischen den Genossen Frank und Joseph findet am
Sonntag, den 23. Juni,

in folgenden Lokalen statt:

- Obiglio, Schwebler Str. 23.
- Lopper, Jonskirchstr. 11.
- Gründel, Bärthner Str. 15.
- Dobrosław, Schliemannstr. 39.
- Brecht, Wicherstr. 3.
- Bachgänger, Schibelbeiner Str. 23.
- Glische, Koppenhagener Str. 74.
- Hoffmann, Swinemünder Str. 47.
- Heutel, Straßener Str. 17.
- Thomae, Hufschmidtstr. 35.
- Bruder, Schlegelstr. 9.

- Faber, Stephanstr. 11.
- Paersch, Oldenburger Str. 10.
- Röhler, Wittstoder Str. 19.
- Petermann, Habelberger Str. 15.
- Kunze, Triftstr. 63.
- Schade, Köllner Str. 9.
- Daer, Badstr. 44.
- Pose, Koloniestr. 15.
- Glawe, Vienenwalder Str. 4.
- Doye, Müllerstr. 38a.
- Tauschel, Kameruner Str. 53.

Gewählt wird in der Zeit von 10 bis 1 Uhr.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Der länger als drei Monate mit seinen Beiträgen respektiert, kann nicht wählen.

Der Vorstand.

229/14*

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Heute Sonntag, den 23. Juni,

im großen Saale der „Neuen Welt“, Hasenheide 108-114:

Eröffnungsfeier

zum neunten ordentlichen Verbandstag.

Das Konzert wird ausgeführt vom „Berliner Volksgesang“ (R. v. D. H. v. D.), Dirigent Herr Dr. Jander — unter Mitwirkung des „Berliner Sinfonie-Orchesters“, Dirigent Herr Maximilian Höfer.

Eintritt 6 Uhr, Anfang 7 Uhr abends. Eintrittsgeld 60 Pf. inkl. Garderobe und Programm. Kinder haben zur Eröffnungsfeier keinen Zutritt.

Karten sind bei Schömecke, Schönebergstr. 34, im Restaurant Behrend, Hasenheide 9, und im Gewerkschaftshause, Saal 2, zu haben.

Aus Anlaß des Verbandstages bleiben am Donnerstag, den 27. Juni, nachmittags sämtliche Bureaus geschlossen.

Branchenversammlungen.

Montag, den 24. Juni, abends 8 Uhr:

Kisten- und Koffermacher

in den Rittersälen, Rittersstr. 21.

Tagesordnung:

1. Branchenangelegenheiten. — 2. Wahl von zwei Bezirkskassierern.

Mittwoch, den 26. Juni:

Kamm- und Haarschmuck-Arbeiter und Arbeiterinnen

abends 8 Uhr, bei Wexlowitz, Rittersstr. 26.

Tagesordnung:

1. Vortrag. — 2. Diskussion. — 3. Arbeitsnachweisfrage. — 4. Branchens- und Branchenangelegenheiten.

Freitag, den 28. Juni:

Fabrikanten-Arbeiter

abends 8 1/2 Uhr, bei Vocker, Weberstr. 17.

Tagesordnung:

Bericht über den Stand der Tarifbewegung bei den Kleinstwebern.

Bürsten- und Pinselmacher Berlins

abends 8 1/2 Uhr, im Lokal Preuss, Holzmarktstr. 65.

Tagesordnung:

1. Vortrag über: „Die Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Bürstenfabrikation“. Referent: Kollege Erhard Ballauer aus Rürnberg. 2. Branchenangelegenheiten.

Bodenleger

abends 8 Uhr bei Vocker, Weberstr. 17.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Kollegen Anton Kallig, München. 2. Branchenangelegenheiten.

Stellmacher

abends 8 1/2 Uhr im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11/12.

Tagesordnung:

1. Vortrag (ein auswärtiges Kollege wird referieren). 2. Branchenangelegenheiten.

Sitzmöbel-Branchen Berlins und der Vororte

abends 8 Uhr im Rittersälen Hof, Admiralsstr. 18a.

Tagesordnung:

1. Unsere Branchensverhältnisse in den verschiedenen Gauen Deutschlands. (Verbandslogobesichtigungen werden referieren). 2. Branchenangelegenheiten.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund.

Gau Berlin und Umgegend.

Sonntag, den 30. Juni 1912, vormittags präzise 10 Uhr,

im großen Saale der Brauerei Friedrichshain:

Übungs-Stunde

für den Bezirk I.

Gedbt werden folgende Lieder: Weihe des Gesanges.

Dem Lens ontgogen. Jägerchor. Sturm.

Der Vorstand.

17/6

Möbelfabrik „Phönix“

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Bilanz per 31. Dezember 1911.

Aktiva:

Kassa-Konto	3624,14
Waren-Konto	33970,65
Umsatz-Konto	9971,83
Debitoren-Konto	26200,83
Bank-Konto	1570,—
Kontokorrent-Konto	350,—
Gewinn- und Verlust-Konto	9190,00
Summa	84377,54

Passiva:

Kreditoren-Konto	10161,82
Umsatz-Konto	4889,12
Umsatz-Konto	890,—
Umsatz-Konto	66894,84
Referenz-Konto	544,58
Spezial-Referenz-Konto	163,80
Waren-Konto	190,14
Umsatz-Konto	1643,65
Summa	84377,54

Die Mitgliederzahl am 31. Dezember 1911 betrug 13, eingetretener einer, ausgetretener keiner, Betrag des Geschäftsguthabens und der Gesamtsumme je 390,— Mark. 105/5

Der Vorstand.

H. Kramer. W. Kaufmann.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbüro: Amt Nord, Nr. 1289. Charlottenstraße 3. Amt Nord, Nr. 1987

Achtung! Rohrleger und Helfer. Achtung!

Dienstag, den 25. Juni, abends 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15:

Branchen-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen W. Sloring über: „Die vereinte Arbeiterbewegung und ihre Macht“. 2. Diskussion. 3. Branchens- und Branchenangelegenheiten und Verschiedenes. 119/15
Mitgliedsbuch legitimiert.

Sehr wichtiger Angelegenheiten wegen wird pünktlicher und bestimmter Besuch erwartet.

Achtung! Gürtler. Achtung!

Dienstag, den 25. Juni, abends 8 Uhr, in den „Rittersälen“, Rittersstr. 21:

Große Versammlung aller in den Betrieben der Militär-effektenbranche beschäftigten Kollegen und Kolleginnen.

Tagesordnung:
1. Die jüngsten Vorkommnisse in der Branche. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

In dieser Versammlung darf niemand fehlen. Alle müssen erscheinen! Besonders sind die Kollegen der Firmen Couvreur und Mattes u. Schwabe eingeladen.

Dienstag, den 25. Juni, abends 8 Uhr, in den „Rittersälen“, Rittersstr. 21:

Branchen-Versammlung der Fahrstuhl-Monteurs, Helfer und in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Otto Böhner. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Da in dieser Versammlung wichtige Angelegenheiten erörtert werden, ist es Pflicht aller Kollegen, zu erscheinen.

Achtung! Zur Aufstellung der Konsumgenossenschaft sind für unsere Mitglieder Viketis a 10 Pf. im Bureau zu haben.

Die Ortsverwaltung.

Getreidegeschäft

(Futterartikel, Ausbänder und Rohle)

direkt am Verladebamm und Chauffee gelegen, zu 200 Wagon Umsatz, anderer Unternehmungen halber sofort zu verkaufen. 21565*

A. Linder, Loppow (Osbahn), bei Döhrenhof.

10 Mark

monatliche Teilzahlung liefert elegante Herrengarderobe nach Maß

J. Tomporowski, Schneidemeister, ab Charlottenburg (Bahnhof Jungfernhöhe) in 20 Minuten fertige Sommerhosen von M. 300, 500, 700 anwärts. Eigenhelme bereits M. 6500 an. Auskunft auf dem Terrain: Hansstrasse. Billigste und schönste Kolonie westlich Berlins. Hochwald-, Viten- u. Landbaustellen.

Preis M. 10 000 monatlicher Mietzins M. 35.—

Kleine Anzahlung. — Langjähr. Amortisat.-Hypothek.

Mieschake & Mitsche, BERLIN NO 43, Neue Königstrasse 16 (Ami Königstadt 6076). Illustr. Prospekt gratis.

Achtung!

Allgemeine Orts-Krankenkasse Spandau.

Montag, den 1. Juli 1912, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Krause, Schönwalder Straße 2:

Außerord. Generalversammlung.

Tagesordnung:
1. Erziehung eines Vorstandsmitgliedes (Arbeitnehmer). 2. Statutenänderung (§ 13 Erhöhung des Krankengeldes). 3. Verschiedenes. 276/15

Der Vorstand.

R. Appoldt, Vorsitzender.

Orts-Krankenkasse Reinickendorf.

Bekanntmachung.

Außerordentliche General-Versammlung

der Orts-Krankenkasse hier selbst am Mittwoch, den 3. Juli 1912, abends 5 Uhr,

im Sabauschen Restaurant, Reibensstr. 124 hier selbst.

Tagesordnung:
1. Antrag des Vorstandes betreffend Änderung des § 30 des Statuts. 2. Mitteilungen und Verschiedenes.

In der General-Versammlung sind nur die gewählten Vertreter stimmberechtigt und werden dieselben mit dem Gelde um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen hierdurch eingeladen. 276/18

Die Delegierten haben zu ihrer Legitimation die besonders ergehenden Einladungen vorzulegen.

Mitgliedern, die nicht zur Kasseeinbreitung gehören, kann der Zutritt nicht gestattet werden.

Anfragen und Beschwerden, zu deren Beantwortung Einsichtnahme in die Bücher erforderlich ist, sind spätestens drei Tage vor Stattfinden der General-Versammlung an die Kasseeinbreitung: Reinickendorf, Hauptstr. 33, einzuliefern.

Berlin - Reinickendorf, den 20. Juni 1912.

Der Vorstand

der Orts-Krankenkasse.

Bensch. Naubecker.

Bekanntmachung.

Wir geben hiermit bekannt, daß die Nationale Krank- und Sterbekasse der Drogschleifer und verwandten Berufsangehörigen, C. & R. Nr. 75, Sitz Berlin SO., Engelauer 15 II, Zimmer 43/44, laut Generalversammlungsbeschluß vom 9. Mai 1912 zum 1. Juli 1912 aufgelöst wird.

Die Beiträge müssen am 1. Juli bis zur 26. Woche bezahlt sein.

Mitglieder, welche dem nicht nachkommen, geben ihrer Rechte verlustig.

Die Mitgliedsbücher sind bis zum 15. Juli im Bureau Engelauer 15, Zimmer 43/44 abzugeben und wird dem Ueberbringer des Buches eine Quittung ausgestellt.

Um einen geregelten Geschäftsablauf herbeizuführen, wollen wir dringend ersuchen, obigen Bestimmungen nachzukommen.

Der Vorstand. 276/14

29. Kütter, Vorsitzender.

Lewinsohn's Ausverkauf

Rosenthaler Str. 40-41

Hackescher Markt.

Bitte genau auf die Hausnummer zu achten.

Stammend billige Angebote!

Nur kurze Zeit seltsame Vorrat.

Damen-Stiefel

schwarz im Chevreau mit Lackkappe, moderne Fassons . . . jetzt nur 4.75

schwarz Chevreau mit Lackkappe, schlanke u. breite Fassons . . . jetzt nur 5.95

schwarz prima Chevreau mit, auch ohne Lackkappe, die elegantesten Fassons, Goodyear-Wellstet nur 7.95

braun Chevreau mit Lackkappe, moderne Fassons . . . jetzt nur 5.95

braun Ia Chevreau mit Lackkappe, breite u. schlanke Fassons . . . jetzt nur 6.75

Halbschuhe

Damen, schwarz Chevreau mit Lackk., jetzt nur 3.95

braun Chevreau mod. Fassons, jetzt nur 4.25

schwarz Derby, große Oss, Lackk., jetzt nur 4.95

braun Chev., Derby mit Lackk., jetzt nur 4.95

Lack-Halbschuhe amerikanisch. Fassons, jetzt nur 5.95

Herrn-Stiefel

schwarz Kindbox - Schnurstr. Stiefel, breite Fassons, kräftig, Straßestiefel, auch Zug u. Schnalle . . . jetzt nur 5.95

schwarz Chevreau - Schnurstr. Stiefel, schlanke und breite Fassons, jetzt nur 6.95

schwarz Chevreau - Schnurstr. Stiefel, eleg. amer. und franz. Fassons, Goodyear-Wellstet . . . jetzt nur 8.95

braun Chevreau - Herrenstiefel, schlanke und breite Fassons, jetzt nur 6.95

braun Ia Chevreau - Herrenstiefel, neueste Form, jetzt nur 7.95

Kinder-Stiefel

schwarz, mit und ohne Lackkappe kräftige Strapsalarstiefel

20-24 25-26 27-30 31-35

1.55 2.95 3.25 3.75

braun, mit Lackkappe, Normalfassons

21-24 25-26 27-30 31-35

2.95 3.45 3.75 4.25

Einleder-Sandalen

22-24 25-26 27-30 31-35

1.95 2.25 2.55 2.75

65-67 68-69

3.35 3.85

Hausschuhe

in Leder mit Absatz 1.65 für Damen

Hausschuhe

in Leder mit Absatz 1.95 für Herren

Lewinsohn

Rosenthaler

Str. 40-41

Hackescher Markt.

Premier-Versand nach außerhalb. Umtausch jederzeit.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund.
Gau Berlin und Umgegend.
Sonntag, den 30. Juni 1912, vormittags präzise 10 Uhr, im großen Saale der Brauerei Friedrichshain:
Übungs-Stunde für den Bezirk I.
Gedbt werden folgende Lieder: Weihe des Gesanges. Dem Lens ontgogen. Jägerchor. Sturm.
Der Vorstand.
17/6

Falkenhagen West
Neuerbaues Waldgürtel
Rate von 15 Mark an
ab Leichter Bahnhof in 30 Min. Direkt am Bahnhof Seefeld, ab Charlottenburg (Bahnhof Jungfernhöhe) in 20 Minuten fertige Sommerhosen von M. 300, 500, 700 anwärts. Eigenhelme bereits M. 6500 an. Auskunft auf dem Terrain: Hansstrasse. Billigste und schönste Kolonie westlich Berlins. Hochwald-, Viten- u. Landbaustellen.
Preis M. 6500 monatlicher Mietzins M. 25.—
Kleine Anzahlung. — Langjähr. Amortisat.-Hypothek.
Mieschake & Mitsche, BERLIN NO 43, Neue Königstrasse 16 (Ami Königstadt 6076). Illustr. Prospekt gratis.

Lewinsohn
Rosenthaler Str. 40-41
Hackescher Markt.
Premier-Versand nach außerhalb. Umtausch jederzeit.

Todes-Anzeigen

Am 22. Juni früh 6 Uhr verschied nach schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Großmutter, Schwester und Tante

Albertine Hoffmeister

geb. Ruhland
im 73. Lebensjahre.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Friedrich Hoffmeister,
Gastwirt, Uedomstraße 4.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 25. Juni, nachmittags 3 Uhr, von der Kapelle der Himmelfahrts-Gemeinde in Nordend aus statt.

Sozialdemokrat. Wahlverein Spandau.
Am Donnerstag, den 20. Juni, verstarb unser Genosse, der Arbeiter

Stanislaus Ferdynands

(Pichelsdorfer Str. 26.)
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Sonntag, den 23. Juni, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Friedhofes, in den Risseln, aus statt.

Zahlreich Beteiligung erwartet
292/17 **Der Vorstand.**

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

Heinrich Hoppe

Chausseest. 120, Bezirk 2,
verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 24. Juni, nachm. 4 1/2 Uhr, von der Halle des Philippus-Kloster-Kirchhofes aus auf dem städtischen Friedhofe, Müllerstraße, Ecke Seestraße, statt.

Um rege Beteiligung ersucht
73/12 **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Gastwirtsgehilfen.
Am 20. Juni verstarb unser langjähriger Mitglied, der Kollege

Heinrich Hoppe

Chausseest. 120.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Montag, den 24. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Philippus-Kloster-Kirchhofes aus auf dem städtischen Friedhofe, Müllerstraße, Ecke Seestraße, statt.

Um rege Beteiligung ersucht
31/11 **Der Vorstand.**

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.
Zentrale Berlin.
Bezirk NW.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

Max Oppat

am 20. Juni verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Kranenhaus Moabit aus nach dem Johannis-Kirchhof in Pödensee statt.

129/11 **Die Ortsverwaltung.**

Sozialdemokrat. Wahlverein für den 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
Görlitzer Viertel, Bezirk 200 II.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse

Friedrich Grunwald

Eleganter Str. 39, gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Montag, den 24. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentralfriedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
217/11 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Am 21. Juni verstarb unser Genosse, der Schankwirt

Karl Jäger

Swinemünder Straße 20.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 25. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Städtischen Friedhofes, Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
229/11 **Der Vorstand.**

Zentral-Kranken-Unterstützungsverein der Schmiede
Zahlstelle Spandau.
Am Donnerstag, den 20. Juni, verstarb unser Mitglied, der Arbeiter

Stanislaus Ferdynands

Pichelsdorfer Str. 26.
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 23. Juni, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Friedhofes in den Risseln aus statt.

Um rege Beteiligung bitten
176/18 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Bauarbeiter-Verband Zweigverein Berlin.
Am 21. Juni starb unser Mitglied, der Maurer

Ludwig Ehrhardt

(Bezirk Osten II.)
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Montag, den 24. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Pflanzgemeinde in Weihensee, Lichterberger Straße, aus statt.

Am 21. Juni starb unser Mitglied, der Maurer

Heinrich Günther

(Bezirk Süden.)
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Montag, den 24. Juni, nachm. 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des alten Thomas-Kirchhofes in Reinickow, Hermannstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
140/8 **Der Vorstand.**

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

Karl Jäger

Swinemünder Straße 20, Bezirk 2
nach langem schweren Leiden verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 25. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Städtischen Friedhofes, Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
73/13 **Die Ortsverwaltung.**

Sozialdemokratisch. Wahlverein für Mariendorf.
Am 20. Juni verstarb nach kurzem Leiden unser Mitglied, die Genossin Frau

Martha Lakowitz

im 33. Lebensjahre.
Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Sonntag, mittags 1 Uhr, vom Kranenhaus Moabit, 60 aus statt.

Um rege Beteiligung bitten
202/7 **Der Vorstand.**

Am Freitag, den 21. Juni, verstarb nach langer, schwerer Krankheit unser lieber Kollege, der Schriftsetzer

Franz Dittmann

im Alter von 31 Jahren.
Sein aufrichtiges, kollegiales Wesen sichern ihm bei uns ein dauerndes Andenken. 2177b

Die Kollegen der Buchdruckerei Gustav Schenck Nachgl. P. M. Weber.

Dankfagung.
Für die liebevolle Teilnahme bei der Beerdigung meines unergötlichen Vannes, des Schriftsetzers

Emil Jüngling

sage ich allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Sängern für den erhabenden Gesang am Grabe des Entschlafenen, sowie dem Sozialdemokratischen Wahlverein Weihensee, dem Ortsverein der Buchdrucker zu Weihensee und dem Frauenverein meinen herzlichsten Dank. 1924

Witwe Hulda Jüngling.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und zahlreichen Kränzchen bei der Beerdigung meines lieben Vannes und guten Vaters, des Gastwirts

Josef Witkowski,

sagen wir allen Verwandten, Bekannten und Freunden, insbesondere dem Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands (Ortsverwaltung Reinickow), dem Wahlverein (8. Bezirk), dem Sängerkwartett, dem Sparverein „Kriegsgroßen“, dem Kolonialklub „Reinickow“ und der Kolonie „Vergnügter Verein“ unseren herzlichsten Dank.

Frau Witkowski nebst Sohn.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Klempner

Alfred Tretlin,

am 19. d. Mts. an Lungenleiden gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 23. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Simeons-Kirchhofes in Weig, Tempelhofer Weg, aus statt.

Ferner starb unser Mitglied, der Dreher

Gustav Richter

(Nedermünder Str. 5) am 20. d. Mts. an Brustleiden.

Die Beerdigung findet am Montag, den 24. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, vom Kranenhaus aus nach dem Gethemane-Kirchhof in Nieder-Schönhausen-Nordend statt. 119/16

Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Am 21. d. M. verschied nach langem schweren, mit großer Geduld getragenen Leiden mein lieber Mann, unser guter Bruder, Schwager und Onkel, der Gastwirt

Karl Jäger

im 55. Lebensjahre.
Um stille Teilnahme bitten im Namen der Hinterbliebenen
Selma Jäger geb. Kpell.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 25. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Berlin, den 21. Juni 1912
Swinemünder Straße 20.

Deutscher Bauarbeiterverband. Sektion der Putzer.
Unseren sowie den Mitgliedern des Gesangsvereins der Putzer hiermit zur Nachricht, daß am 20. Juni unser Mitglied

Otto Schünemann

im Alter von 35 Jahren an Lungen- und Kehlkopfleiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Sonntag, nachmittags 6 Uhr, auf dem Nieder-Schönweider Kirchhof, hinter Alt-Ollendje, statt.

Um rege Beteiligung bitten
Die örtliche Verwaltung.
Fahrgelände ist bis Albershof mit der Stadt- und Ringbahn sowie vom Görlitzer und Potsdamer Bahnhof. 140/7

Öffentliche politische Versammlungen.

Sechster Wahlkreis.

Dienstag, den 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr:

Zwei öffentliche politische Versammlungen

1. In der Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10:
Tagesordnung: 1. „Die äußere Politik.“ Referent: Reichstagsabgeordneter **Georg Ledebour.**
Der Einberufer: **August Burkhard,** Chausseest. 12.

2. Im Stadttheater Moabit, Alt-Moabit 47/49:
Tagesordnung:
1. Die Stellung der polnischen Fraktion im preussischen Abgeordnetenhaus. Referent: Landtagsabgeordneter **Julian Borchardt.**
2. Diskussion.
Wir eruchen die Genossen, ihre polnischen Kollegen und Bekannten auf diese Versammlung aufmerksam zu machen.
Der Einberufer: **Paul Biting,** Rostoder Str. 13.

Kinderschutzkommission

Am Mittwoch, den 26. Juni 1912, abends 8 1/2 Uhr:
Öffentliche Versammlung
in den Andreas-Festsälen, Andreasstraße 21.

Tagesordnung:
1. Die Lebensverhältnisse als Schicksale der proletarischen Jugend. Referent: **H. Barenthin,** Genosse.
2. Diskussion.
Die Einberuferin: **Martha Demmling,** Voglagener Str. 29.
217/8*

Stoffe

für elegante Maßanzüge, Paletots, Ulster etc., Mtr. 4—, 5—, 6— M. Damen - Kostüme, Damontucho „Neubiten“ Mtr. 2—, 3—, 4— M., Loden f. Pelermine Mtr. 1.50, 2.50 M. Schneidermeister, welche unsere Stoffe tadelloß verarbeiten, weisen wir nach. Arbeitslohn nebst Zutaten ca. 20 bis 30 M.

Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstr. 20/21 vis-à-vis der Patrikirehe.

Harn-,

(spez. chron.) Haut- u. Frauenleiden, vorzeit. Schwäche etc.
Ehrlich-Hata-Kuren.
Schnelle, gründl. spezialärztliche Behandl. mögl. o. Berufsstörung.
Dr. Homeyer & Co., Konz. Spez. Labor. f. Blutuntersuchung, Fildan i. Harn. gegenüber Friedrichstraße 81, Panoptikum.
Spr. 10—2, 5—8, Sonntag 11—2.
Teilzahlung gestattet.

Amt III, Berliner No. 2000

Humor-Quartett

Gg. Treuer Kastanienallee 40

Räumungsverkauf.

Feinste Anzüge, Paletots, schide Hüter, Gebrochanzüge, Smoking auf Seite 30—70 M.

Versandhaus Germania

21. Unter den Linden 21.
Sonntags nur von 8-10 geöffnet.

Westmanns Tradermagazin
Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mohrenstraße 37a (2. Haus von der Jerusalemstraße).
II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurter Str. 115 (2. Haus von der Andreasstraße).
Sehr gr. Ausw. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleier etc. v. einfachsten bis zum hocheleganten Genre zu sehr niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung: **Maßanfertigung** in 10 bis 12 Stunden.

APOTH. FECHER'S
Ges. gesch. **Ulfstreu-Pulver**
Bestes Kosmetikum
Welt. Pflege d. Füße.
Kein Wundlaufen.
Kein Geruch mehr.
Von Arzt. Autorität. Sehr empfohlen. Zu haben in all. Droz. u. Apoth. Preis Ml. Wonicht erhöht. er. rec. Versand v. M. 1.15 Franko. Versand direkt v. Fabrik **Hans Fecher, 31 Frankfurt a. M.**

Allen Partei- und Gewerkschafts-genossen zur Nachricht, daß ich die **Kranz- u. Blumenbinderei** von **Marlannen-** **Robert Meyer,** **straße 2,** übernommen habe.
Paul Golletz.

J. Baer

Ecko
Badstr. 28 Prinz-Allee
Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung, Eleg. Paletots, Ulster. :: Großes Stofflager :: zur Anfertigung v. Maß.
Allerbilligste, streng feste Preise.

Phonola,

sehr gut erhalten, billig zu verkaufen, ebenso eingebaute Kunstspiel-Planos. 96/17*
Conrad Krause Refg.,
Knechteler Straße 1.

PERSIL

das selbsttätige **Waschmittel!**

Erfordert keinen weiteren Zusatz von Seife, Seifenpulver oder sonstigem Waschmaterial, spart die Hälfte an Kosten für Feuerung und Waschlohn, deshalb ausserordentlich **billig im Gebrauch!**

Giebt der Wäsche den frischen, duftigen Geruch der Rasenbleiche.
Erhältlich nur in Original-Paketen, niemals lose.
HENKEL & Co., DÜSSELDORF, Alleinstige Fabrikanten auch der beliebtesten

Henkel's Bleich-Soda.

Verkaufsstellen durch Plakate erkenntlich.

Fabrik-Niederlage für Berlin und Vororte: **Joh. Schmalzer, Berlin N. 4, Tieckstraße 11.**

Montag, den 24. Juni: Frauen-Leseabend in Groß-Berlin.

Partei-Angelegenheiten.

Achtung, Laubstumm! Der Jahlabend der Laubstummensektion des Verbandes der Wahlvereine ist nach dem Lokal von D. Kollmann, Schicklerstr. 12, verlegt. Der nächste Jahlabend wird daselbst am 10. Juli abgehalten, die folgenden jeden zweiten Mittwoch im Monat. Die Mitglieder werden ersucht, hierauf zu achten. Da am nächsten Jahlabend Beschluß über das Stiftungsfest gefaßt wird, wird vollständiges Erscheinen der Mitglieder erwartet.

Dritter Wahlkreis. Die Mitglieder werden auf das heute beim Genossen Fritz Wille stattfindende Gartenfest aufmerksam gemacht. Billets für Mitglieder a 20 Pf. sind bei den Bezirksführern und bei Hetsmann, Nitterstr. 1, zu haben. Der Vorstand.

Fünfter Kreis. Abt. Ib. Dienstag, den 25. Juni, abends 8 Uhr, findet die Abteilungsversammlung im großen Saale „Zum Pralaten“, Greifswalder Straße, Ecke Lehrenstraße, statt. Der Abteilungsleiter.

Schöneberg. Am Dienstag, den 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in den Neuen Rathhäusern, Weininger Str. 8: Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag über: Die deutsche Arbeiterbewegung. Referent: Genosse Dußl. 2. Stiftungsfest. 3. Parteifragen. 4. Verschiedenes. Der Vorstand.

Steglitz. Am Dienstag, den 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Schellhase, Ahornstr. 15a: Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Jahresberichte des Vorstandes, des Bildungsausschusses, der Lokal- und der Kinderjugendkommission. 2. Neuwahlen. Der Vorstand.

Groß-Lichterfelde. Dienstag, den 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr: Generalversammlung des Wahlvereins bei Fr. Währendorf, Bäckstraße 7. Tagesordnung: Bericht der Funktionäre; Neuwahl des Gesamtvorstandes; Antrag: Einführung eines obligatorisch zu zahlenden Beitrages von 5 Pf. pro Monat für den Bildungsausschuss. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Freitag, den 28. Juni: Vollversammlung bei Richter. Referent: Dr. Karl Liebknecht.

Rehendorf (Wannseebahn). Dienstag, den 25. d. M., abends 8 1/2 Uhr: Außerordentliche Generalversammlung bei Benno Widler, Potsdamer Straße. Tagesordnung: 1. Jahresbericht des Vorstandes und sämtlicher Funktionäre. 2. Neuwahl des gesamten Vorstandes und der Funktionäre. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Die Bibliothek bleibt der Inventur wegen bis zum 25. Juli geschlossen, die noch ausstehenden Bücher sind bis Ende dieses Monats abzuliefern. Der Vorstand.

Lankwitz. Mittwoch, den 26. Juni, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliedsversammlung bei Schulz, Nützenstr. 21. Tagesordnung: Vortrag. Vereinsangelegenheiten. Der Vorstand.

Röpenitz. Der Frauen-Leseabend findet am Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Stadttheater statt. Vortrag der Genossin Lola Daase: „Die Verwüstung der Volksgesundheit durch den Kapitalismus“. Der Vorstand.

Reinickendorf-Ort. Dienstag, den 25. Juni, abends 8 Uhr, im Seebad, Residenzstr. 49: Generalversammlung. Tagesordnung: Bericht der Funktionäre, Neuwahl derselben; Stellungnahme zur Generalversammlung des Kreises; Aufstellung eines Gemeindevorstandes; Partei- und Vereinsangelegenheiten. Die Bezirksleitung.

Niederschönhausen-Nordend. Umständehalber findet die Generalversammlung des Bezirkswahlvereins am Dienstag, den 2. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Rante, Charlottenstraße 8, statt. Die Bezirksleitung.

Tegel. Am Dienstag, den 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr: Generalversammlung bei Klippstein. Tagesordnung: 1. Vorstandsbericht und Bericht der Kommissionen. 2. Kassensbericht. 3. Neuwahl des Vorstandes. 4. Neuwahl der Kommissionen. 5. Verschiedenes. — Zeit nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Königswusterhausen.

Die Könige vertreiben sich die Regierungsjahre nicht mehr mit Lakafkollegien und ähnlichen Kumpaneien, wodurch Schloß und Stadt Königswusterhausen in der Geschichte, das heißt auch nur in der Hohenzollerngeschichte, einen gewissen Ruf und nicht gerade den besten erlangt hat. Es muß damals neben dem Regieren noch mehr Zeit als jetzt zum Vergnügen übrig gewesen sein, denn der Preußenkönig Friedrich Wilhelm soll in den Wusterhäusern Fortritten im Verlaufe eines einzigen Jahrzehnts 2000 Hasen, 2000 Fasanen, 3000 Wildschweine und 25 000 Rebhühner niedergeschossen haben. Heutzutage amüsieren sich Könige auch noch auf solche Art, aber märkische Woldschlösser stehen ziemlich tief im königlichen Kurzwerte, sind Zwerge für die höherfliegenden Pläne des Imperialismus. Rängst ist das altpreussische Wusterhäuser Jagdschloß aus den modernen Herrscheransprüchen herausgewachsen. Auch wir interessieren uns bei einer Sonntagspartie nach den Ufern der Dahme nicht für das verunzogene Schloß mit seinen Jagdkuriositäten, nehmen desto tiefer die Naturzüge Wusterhäusens mit seiner wasserreichen Umgebung in uns auf. Man hat es mit der Gölzinger Bahn sehr bequem. Nach dreiviertel Stunden sind wir in dritter Klasse für 55 Pfennige angelangt. Wer mit der Stadtbahn fährt, muß in Johannisdal oder Grünau umsteigen. Im Sommer gehen auch zahlreiche Dampfer hin, doch ist auf dem Wasserwege das Fahrgehalt noch recht teuer. Der Marktflecken selbst mit seinen 4000 Einwohnern liegt an dem hübschen Rote und zeigt kein besonderes Gepräge. Wir gehen gleich nach dem Tiergarten hinüber bis zur Schleuse und sehen die idyllische Neue Mühle vor uns liegen, ursprünglich ein großes Mühlgut, das seit Jahrzehnten an zahlreiche Einzelbesitzer aufgeteilt ist. Hier herrscht reges Leben. Dampfer, Ruder- und Segelboote warten auf Durchschleusung. So interessant die Beobachtung des Wasserverkehrs ist, bleiben wir aber doch nicht allzulange in den dortigen schattigen Durchflüssen, wandern auf der Wusterhäuser Wasserseite weiter durch den Tiergarten mit seinen reichen, alten Baumbeständen bis zur Süfarenede, einer vorgestreckten Landzunge, von der sich herrliche Aussicht bietet. Um die Süfarenede herum, in der ein polizeireines Freibad etabliert ist, sind wir nach einer guten Viertelstunde im Dorfe Senzig, dessen drei großartige Linden am Dorfplatz auf eine fast tausendjährige Alter geschätzt werden. Hier ist Ueberfahrtsgelegenheit über den von dichten Wäldern umkränzten Krüpel-See nach Fernsdorf, von wo aus die Tour am andern Dahmeufer nach Neue Mühle und Wusterhausen zurück angetreten wird. Wer frisch ist, kann unweit des Wajnhofes ein Absteiger machen nach dem Krebs-

see und der Fasanerie oder auf den Wusterhäuser Berg klettert, der bei klarem Wetter den Ausblick über den ganzen Süden des Teltower Kreises bis nach Mittenwalde gestattet. Diese Partie erfordert auch für weniger rüstige Fußgänger nicht viel Anstrengung, und man hat doch einen prächtigen Naturgenuß, der noch dadurch erhöht wird, daß selbst an schönsten Sonntagen kein beängstigendes Menschengedränge herrscht.

Berliner Lehrerverein.

In seiner letzten Versammlung nahm der Berliner Lehrerverein zu der kürzlich erfolgten Wahl eines Lehrers in die städtische Schuldeputation Stellung und schloß einstimmig folgende Entschliebung:

„Der Berliner Lehrerverein hält es für gerecht und zweckmäßig, daß bei der Wahl von Lehrern in die Schuldeputation solche Männer berücksichtigt werden, die der Gesamtheit der Lehrerschaft Berlins bekannt und von ihr als Vertrauenspersonen anerkannt sind. Er bedauert, daß die Mehrheit der Wahlberechtigten sich nicht dazu verstanden hat, einen vom Berliner Lehrerverein bezeichneten Vertreter der Lehrerschaft in die Schuldeputation zu wählen.“

Der Vorsitzende des Deutschen Lehrervereins, Lehrer G. Köhl, Berlin, gab einen Bericht über den Deutschen Lehrerverein während der Geschäftsperiode 1910 bis 1912. Danach ist der Deutsche Lehrerverein in der Reichweite trotz des Abgangs der im Neuen Preussischen Lehrerverein organisierten Lehrer von 119 000 auf 124 000 Mitglieder angewachsen. Als letztes Glied hat sich der Verein deutscher Auslandslehrer dem Deutschen Lehrerverein angeschlossen.

Der Stadtverordneten-Ausschuss zur Vorbereitung der Magistratsvorlage über den Um- und Erweiterungsbau der Maschinenanlage auf der Pumpstation IV (Schornhorststraße) der Berliner Kanalisationen und die Aenderung des Radialsystems XI trat gestern früh unter dem Vorsitz des Stadtverordneten Dr. Paul zusammen. Nach sehr eingehender Beratung, an der auch der Direktor der Kanalisationswerke, Baurat Meier, sich beteiligte, wurde die Vorlage abgelehnt. Der Magistrat soll ersucht werden, eine neue Vorlage zu machen und unterzuchen, ob nicht elektrische Anlagen rationeller sind. Vorgesehen waren ursprünglich neue Dampfmaschinen. Ueber die Ausdehnung soll schon in der nächsten Stadtverordnetenversammlung berichtet werden.

Die Verstromung von Strafgefangenen wird in Preußen auch als ein Erziehungsmittel angesehen. Hin und wieder mag ja mal der eine oder der andere in seinem Innersten weich werden und sich bewegt an bessere Tage erinnern, aber im allgemeinen erreicht der Pfanz der Beteiligung am Gottesdienst, dieses herbenweise Kommandiertwerden, genau wie beim Militär, so gut wie nichts. Viele wissen nur zu wohl, daß es unsere göttliche Bestimmung ist, die sie in diese Kammerlade gebracht hat. Nun hat man nach dem Bericht konfessioneller Blätter in der Strafanstalt Wölzensee an den Sonntagmorgens auch noch Gesangstunden eingeführt, die in der Anstaltskirche stattfinden. Wenn sich, wie es heißt, viele Strafgefangene an dem Choralpsalmen beteiligen, so tun sie es sicher nur, um die Langeweile der Sonntagstunden zu töten. Das schöne Volkstied „Freiheit, die ich meine, die mein Herz erfüllt“ wird wahrscheinlich nicht einstudiert werden.

Waldbreinigung durch Schulkinder hat der Verein der Vororte Berlins in Vorschlag gebracht. Bekanntlich wird seit dem vorigen Jahre die Waldbreinigung von Stullenpapieren, Eierchalen, Flaschenscherben und dergleichen zum Teil durch Inzassen der Berliner Arbeiterkolonie ausgeführt, aber abgesehen von dem Mangel an Geldmitteln hierfür reicht auch die Zahl der zur Verfügung stehenden Mannschaften nicht aus. Gegen die beschäftigte Verwendung von Schulkindern wird man selbst im Falle angemessener Bezahlung schon aus prinzipiellen Gründen sich mit aller Entschiedenheit zu wenden haben, besonders wenn der Versuch gemacht werden sollte, seitens der Schule die Schulkinder zu antizipieren. Dazu haben die Lehrer nicht das mindeste Recht, im Gegenteil würden sie und andere Personen mit solcher Einmischung ungeschicklich handeln. Geradezu lächerlich ist es, wenn der Verein der Vororte sich von der Waldbreinigung durch Kinder unter Aufsicht von Lehrern einen erzieherischen Erfolg verspricht. Das ist denn doch ein bisshen sehr weit hergeholt. Jedes halbwegs gewedte Kind wird es auch überaus demütigend empfinden, daß es, während besser situierte Kinder im Walde nach Herzenslust herumtollen, hier gezwungen sein soll, den Unrat aufzusammeln. Selbst Lehrkräfte, denen dabei recht wenig Selbstgefühl zugetraut wird, wenden sich bereits mit aller Schärfe gegen diesen Plan des Vereines der Vororte, der für das, was unseren Kindern nützt, verzeufelt wenig Verständnis zu haben scheint. Das schließt auch noch gerade: der Fiskus will für verhältnismäßig geringe Waldkomplexe Hunderte von Millionen einsparen, und die Kinder des Volkes sind gut genug, diese störrischen Wälder vom Dreck zu befreien!

Grundstückaufteilungen und Erwerbungen.

Eine neue Straße von 20 Metern Breite soll nach einem Beschluß des Magistrats und einem Uebereinkommen mit der Allgemeinen Bodengesellschaft zwischen der Randbeberger Allee, Straße 51, Zwergerstraße und Ringbahn angelegt werden. Der Danziger Platz soll aufgegeben, d. h. im Bebauungsplan lassiert werden, dafür sollen für die umliegenden Straßen neue Bauabschlüsse festgelegt werden. — Die Brücke über die Ringbahn am Bahnhof Schönhauser Allee im Zuge dieser Straße soll nach einem Beschluß des Magistrats verbreitert werden. Das Grundstück Neue Königstr. 51 und Strogensirchplatz 29 hat der Magistrat vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung zur Verbreiterung der Neuen Königstr. angekauft.

Der Berliner Magistrat hat die Enteignung der Grundstücke Leipziger Straße 58/59 sowie Weuthstr. 14, 15 und 16 wegen der Verlängerung der Lindenstraße nach dem Spittelmarkt beschlossen. Die Verhandlungen über den freibändigen Erwerb sind an den Forderungen der Eigentümer gescheitert. Für das Grundstück Leipziger Str. 58 mit einem Gemeinwert von 865 000 M. sind 2 975 000 M. verlangt, für Nr. 59 mit einem Gemeinwert von etwa 910 000 M. rund 1,9 Millionen M., für Weuthstr. 14 mit einem Gemeinwert von 510 000 M. rund 800 000 M. und für Nr. 15 mit einem Gemeinwert von 458 000 M. rund 925 000 M.

Nicht auf den Straßenabzweigen fahren!

Der Polizeipräsident erläßt folgende Bekanntmachung: „Die berechtigten Klagen über die rücksichtslose Art und Weise, in der vielfach Straßenabzweige aller Art durch unbeschränkt langes Verweilen auf den Straßenbahnschienen und durch Nichtbeachten der gegebenen Warnungszeichen sowie durch unvorsichtiges und zu schnelles Fahren an den Straßenbahnhaltestellen den öffentlichen Verkehr beeinträchtigen und gefährden, geben mir erneut Veranlassung, folgendes zur öffentlichen Kenntnis zu bringen: Nach § 3 der Polizeiverordnung vom 8. Dezember 1906 betreffend die mit Maschinen betriebenen Straßenbahnen, haben beim Erlösen der Warnungszeichen der Straßenbahnwagenführer auf der Fahrbahn befindliche Fußgänger, Reiter, Radfahrer und die Führer von Wagen und Vieh sofort die Fahrbahn für den Bahnbetrieb freizugeben. Nach § 4 derselben Verordnung haben, wenn an den Haltestellen Straßenbahnwagen halten, der Haltestelle sich nähernde Reiter, Radfahrer und Fußgänger ihre Geschwindigkeit zu mäßigen und so weit Raum zu geben, daß die Fahrgäste beim Ein- und Aussteigen nicht gefährdet werden. Entwidelt sich an den Haltestellen ein lebhafter Verkehr zu- und absteigender Personen, so kommt außerdem noch § 54 Nr. 6 der Berliner Straßenordnung vom 31. Dezember 1899 zur Anwendung, der den Führern des Straßenverkehrs vorschreibt, die Straßenaufsichtsbeamten sind angewiesen, die Befolgung der vorstehend erwähnten Bestimmungen streng zu kontrollieren. Im Interesse der Sicherheit des Straßenverkehrs wird das Publikum ersucht, die Beamten hierin zu unterstützen.“

freizugeben. Nach § 4 derselben Verordnung haben, wenn an den Haltestellen Straßenbahnwagen halten, der Haltestelle sich nähernde Reiter, Radfahrer und Fußgänger ihre Geschwindigkeit zu mäßigen und so weit Raum zu geben, daß die Fahrgäste beim Ein- und Aussteigen nicht gefährdet werden. Entwidelt sich an den Haltestellen ein lebhafter Verkehr zu- und absteigender Personen, so kommt außerdem noch § 54 Nr. 6 der Berliner Straßenordnung vom 31. Dezember 1899 zur Anwendung, der den Führern des Straßenverkehrs vorschreibt, die Straßenaufsichtsbeamten sind angewiesen, die Befolgung der vorstehend erwähnten Bestimmungen streng zu kontrollieren. Im Interesse der Sicherheit des Straßenverkehrs wird das Publikum ersucht, die Beamten hierin zu unterstützen.“

Am Spreetunnel ist gestern die erste Rammkupplung in Tätigkeit getreten. Im vorderen Bauabschnitt war infolge dessen der Wasserpiegel am späten Nachmittag schon um mehr als 1 Meter gesunken. Eine starke Arbeiterkolonne ist damit beschäftigt, die Weiche, welche die Strömung Ende März in das Kopfende des östlichen Jangdamms gelegt hatte, mit Sandmassen auszufüllen. Die neuen Rohrbrücken, welche an dieser Stelle geböhrt werden, dürften schon Anfang nächster Woche in Tätigkeit gesetzt werden; danach wird man an die völlige Trockenlegung dieses Teiles der Baugrube herantreten können.

Wieder ein Todessturz eines Aviatikers.

Abgestürzt ist bei einem Fluge in Döberitz Leutnant v. Falkenhahn. Er, der seit Anfang Juni in Döberitz weilte, wollte mit dem 100pferdigen Aviatik-Eindecker einen Aufstieg machen. Die Wetterlage war nicht allzu günstig, und sowohl vor dem Sturz als auch im Augenblick des Unfalles befanden sich mehrere Flugzeuge in der Luft, die, wie ihre Führer berichteten, nicht auf allzu große Höhen gestiegen waren. Wie von mehreren Augenzeugen beobachtet wurde, wollte Leutnant v. F. in ungefähre 80 Meter Höhe eine Kurve beschreiben, wobei der Eindecker sich so stark überlegte, daß man allgemein fürchtete, die Maschine werde seitlich abrutschen. Der Piloter merkte die Gefahr auch selbst und wollte ihr dadurch vorbeugen, daß er mit dem Höhensteuer parierte. Er gab dem Motor Vollgas und rief den Eindecker sehr heftig nach oben. Gleich darauf aber drückte er die Maschine wieder nach unten, so daß das Flugzeug in einen jähen Gleitflug nach unten schoß. Bei seinem Sturz trug der Piloteroffizier einen mehrfachen Bruch der Wirbelsäule, Beinbrüche und so schwere innere Verletzungen davon, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Ein Materialfehler, ein Verlegen der Steuerung oder ein anderer Schaden an der Maschine liegt nicht vor. Kameraden des Verstorbenen trafen gestern in Döberitz ein, um die nötigen Schritte zur Beisetzung Leutnant von Falkenhahns zu tun.

Der Gattenmörder Julius Zinke ist, nachdem er gestern geheilt aus dem Krankenhaus entlassen worden ist, in Begleitung zweier Berliner Kriminalbeamten von Leipzig nach Berlin transportiert worden.

Im Luft- und Sonnenbad erschossen hat sich in der vergangenen Nacht am Dammtweg in Treptow ein Mann von etwa 60 Jahren, dessen Persönlichkeit noch nicht festgestellt werden konnte. Als man ihn gestern morgen um 5 Uhr an einer entlegenen Stelle aufgefunden, war er schon tot. Die Leiche wurde beschlagnahmt. Bei ihm fand man ein Notizbuch mit dem Namen Karl Dreier, Dresden-er Straße 124. Ein Mann dieses Namens ist den jetzigen Bewohnern des Hauses nicht bekannt, und gemeldet ist er auch früher nicht gewesen.

Ein schauriger Fund wurde gestern in der Reinickendorfer Straße gemacht. In dem Hause Reinickendorfer Str. 88 stieß ein Bewohner beim Passieren der Treppe auf einen in Zeitungspapier eingehüllten Gegenstand. Als er ihn emporhob, gewahrte er zu seinem Entsetzen die Leiche eines Kindes darin. Ob hier ein Kindesmord vorliegt, wird erst die seitens der Behörde angeordnete Obduktion der Leiche ergeben.

Seinen Verletzungen erlegen ist der 23 Jahre alte Kranführer Wilhelm Jurböse aus der Bernauer Straße, der am Mittwoch im Betrieb der U. E. G. in der Brunnenstraße schwer verunglückte. Eine Stichflamme, die durch Kurzschluß in der Hochspannungsleitung entstand, setzte seine Kleider in Brand, und der unglückliche zog sich, bevor man ihm Hilfe bringen konnte, so schwere Brandwunden zu, daß er in hoffnungslosem Zustande nach dem Lazaruskrankenhause gebracht werden mußte. Dort ist er gestern gestorben.

Ein gewerkschaftlicher Droschkenpreller wurde gestern von der Neulöner Kriminalpolizei unschuldig gemacht. Ein 40 Jahre alter Bierbrauer Friedrich Gallin, der sich ohne Wohnung unverteilt, scheint die unwiderstehliche Neigung zu haben, auf Kosten anderer den ganzen Tag spazieren zu fahren. Mancher Kritiker verzichtete darauf, ihn zur Rechenschaft ziehen zu lassen, weil doch nichts von ihm zu holen ist. Ein Kraftwagenführer aber, mit dem er unter den verschiedensten Vorspiegelungen durch ganz Groß-Berlin gefahren war, ließ ihn eines Tages festnehmen, als er gelegentlich erfuhr, daß sein Fahrgast kein Geld bei sich hatte. Gallin wurde nach schwächerer Untersuchung vor Gericht gestellt, aber freigesprochen. Er sagte in der Verhandlung, der Wagenführer hätte bestimmt kein Geld bekommen, wenn er ihn nicht hätte verhaften lassen. Denn er hätte ihn noch nach einem Hause fahren sollen, wo er, Gallin, sicher Geld bekommen hätte. Diese Behauptung konnte nicht widerlegt werden, und deshalb wurde Gallin nicht bestraft. Kaum aus dem Untersuchungsgefängnis entlassen, nahm er seine Spazierfahrten wieder auf. Der Droschkenführer Goebble aus der Wouchstraße, den er gestern am Gölzinger Bahnhof anahm, war so vorsichtig, ihn zu fragen, ob er auch Geld für die Fahrt besäße. Erst nachdem er dieses bestimmt versichert hatte, fuhr Goebble mit ihm los. Als die Rechnung auf 8 M. angelaufen war, verlangte der Kritiker endlich Bezahlung. Jetzt aber ergab sich, daß der sonderbare Fahrgast keinen Pfennig besaß. Diesmal wird der Preller wohl nicht wieder freilommen.

Feuer auf einem Holzplatz. Durch mehrfachen Alarm wurden gestern abend kurz nach 9 Uhr vier Löschzüge der Berliner Feuerwehr nach der Graefestraße 71 im Süden Berlins gerufen, wo auf einem Holzplatz ein größerer Brand ausgebrochen war. Bei Ankunft der Wehr schlugen stürmische Flammen empor und dunkle Rauchwolken verfinsterten das Terrain. Nach halbstündiger Löschfähigkeit war der Brand erloschen.

Ein Sonnenfleck, der einen starken Kern und größeren Halbschatten zeigt, ist gestern von Dr. Vradenhold mit dem großen Fernrohr auf der Treptow-Sternwarte beobachtet und fotografiert worden. Dieser Fleck hat eine solche Ausdehnung, daß unsere Erde zweimal hineingelegt werden könnte, er hat sich vollständig auf der Mitte der Sonnenscheibe gebildet und wird voraussichtlich noch etwa 6 Tage sichtbar bleiben. Es wird daher die Treptow-Sternwarte ausnahmsweise in dieser Woche statt um 2 Uhr nachmittags schon um 10 Uhr morgens für die Beobachtung der Sonne geöffnet sein.

Das Pharusbuch von Berlin, der unentbehrliche Wegweiser der Berliner Geschäftsmänner und der Fremden, ist schon in der 16. Auflage erschienen. Das Buch, welches etwa 350 Seiten umfaßt, ist einer gründlichen Revision unterzogen worden. Es enthält in dem Hauptteile das Straßendirektorat von Berlin und den Vorortgemeinden mit Verkehrsverbindungen, Gerichtszustän-

digkeit, Behörden usw. Die größeren Straßen haben ihren eigenen Straßenplan mit Hausnummerangabe. Zahlreiche Abbildungen illustrieren die Sehenswürdigkeiten. Ein Theater- und Sportanhang repräsentiert das unterhaltende Berlin. Planbeigaben: ein vielzfarbiger Pharusplan von Berlin, Zoologischer Garten, Theater, Plakpläne, farbige Straßentafeln. Im ersten Teil sind die Verkehrsmitel, Straßenbahnen, Omnibuslinien ausführlich behandelt, ebenso die Tarife für Porto, Droschken usw. Das Buch ist in den sämtlichen Buchhandlungen sowie im Pharusverlag, Berlin SW. 68, Lindenstraße 8, erhältlich. Preis 75 Pf.

Vorort-Nachrichten.

Lichtenberg.

Der Polizeikampf gegen alles, was mit der Sozialdemokratie in Verbindung gebracht werden kann, treibt in Lichtenberg ganz sonderbare Blüten. Der sozialdemokratische Wahlverein feiert heute im Lokale von Wente in der Köderstraße sein Sommerfest. Plakate, die auf dieses Fest hinweisen, mußten auf Betreiben der Polizei aus den Schaufenstern und Läden der Geschäftsleute entfernt werden. Mehr als 200 Geschäftsleute suchten persönlich die Erlaubnis zum Aushängen der Plakate nach, jedoch vergeblich. Dagegen blieben die Plakate der bürgerlichen Vereine unbeanstandet. Nun hat der Lichtenberger Polizeipräsident auch die beabsichtigte Dekoration des Festlokals durch Schreiben an den Gartenbesitzer verboten. Auf eingelegte Beschwerde des Wirtes ist im letzten Augenblick die Dekoration des Gartens zugelassen worden, allerdings unter der Bedingung, daß ja Passanten der Straße die Dekoration nicht zu Gesicht bekommen.

Das ganze Gebaren des Lichtenberger Polizeipräsidenten läßt darauf schließen, daß er einen guten Anteil an der Aufrüttelung der noch politisch Lässigen nehmen möchte. Das wird ihm auch gelingen. An dem Massenbesuch des heutigen Festes soll er die erste Genugtuung haben.

Charlottenburg.

Unentgeltlicher Nachhilfeunterricht wird für die Kinder aus den Gemeindefullklassen I bis VI, die durch den Aufenthalt in einer Ferienkolonie den Schulunterricht veräumt haben, erteilt werden. Der Nachhilfeunterricht findet in Rechnen und Deutsch während der Sommerferien vom 9. Juli bis 8. August d. J. am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend von 8—11 Uhr in der Gemeindefullschule XVI (Sprecherstr. 29) statt. Die Eltern werden ersucht, von dieser Einrichtung Gebrauch zu machen. Meldungen der Kinder am Dienstag, 9. Juli, morgens von 7½ Uhr in der Gemeindefullschule XVI (Sprecherstr. 29).

Die Freie Turnerschaft Charlottenburg veranstaltet am Sonntag, den 30. Juni, nachmittags 2—6 Uhr, auf dem städtischen Spielplatz Westend, mit mehreren Arbeiter-Turnvereinen Groß-Berlins volkstümliche Wettspiele. Zum Besuch dieser Veranstaltung ist die Arbeiterjugend eingeladen.

Treptow-Baumschulweg.

Unter unseren Kirchturnpolitikern grassiert gegenwärtig wieder einmal die Sucht auf Namensänderungen. Die alten Straßenbezeichnungen sind den Herren vom Hausbesitzer- und vom (sonstigen) Kommunalverein nicht mehr gut genug. Diese Vereine haben beschloffen, beim Gemeindevorstand die Umbenennung einiger Straßen zu beantragen. Dabei will es die Ironie des Schicksals, daß gerade der holprigste und unschönste Teil der Kieffholzstraße zwischen Ringbahn und der Kieffdorfer Anschlussstraße „Kaiser-Wilhelm-Damm“ heißen soll, weil Wilhelm II. einmal eine dort befindliche Glasmosaikfabrik besucht hat. Der innere Teil der Kieffholzstraße soll „Görlitzer Allee“, der äußere „Königsheide“ benannt werden, die Baumschulwegstraße zur größeren Hälfte „Wald-Allee“ und ähnlich will man mit anderen bekannten Straßen verfahren. Entgegen der in anderen Orten erstrebten Gleichbenennung durchlaufender Straßenzüge will man diesen hier bereits mehrfach vorhandenen Vorzug aufgeben, weil vielleicht einige Bodenbesitzer glauben, aus „Dämmen“ und „Alleen“ mehr Geld herauszuschlagen zu können als aus den simplen „Straßen“. Auch die Ortsteile sollen daran glauben und „Treptow-Ringbahn“, „Park“ und „Wald“ (Baumschulweg) heißen, während der fortschrittliche Verein statt dessen jetzt „Treptow-Rord“, „Mitte“ und „Süd“ beantragt. Wenn schon einmal geändert werden möchte, wäre das letztere wohl zweifellos praktischer, doch sind diese Ortsbezeichnungen erst vor kurzem von der Bahnverwaltung abgelehnt worden. Ein Bedürfnis aber zur Aenderung bekannter Straßenbezeichnungen liegt nicht vor.

Ober-Schönevelde.

Aus der Gemeindevetretung. Von dem Gemeindevorstand wurde zunächst mitgeteilt, daß das Rechnungsjahr 1911 einen voraussichtlichen Ueberschuß von 34.000 M. aufweisen wird. Die Besichtigung der Landgemeindevetretungen gab unseren Genossen Anlaß zu fordern, daß im Gegensatz zu der bisherigen Uebung auch aus den Reihen der Vertreter Delegierte zu entnehmen seien. Gewisse Vorgänge bei der Vergebung von Schulrenovationsarbeiten werden unseren Vertretern Anlaß sein, auf neue den Antrag einzubringen, daß Gemeindevorstande mit Arbeiten und Lieferungen für die Gemeinde nicht betraut werden dürfen. Die Beschlußfassung über die Gültigkeit der Wahl des Baron von der Popp als Vertreter der ersten Klasse führte zu einer ausgedehnten Debatte. Es lag ein Einspruch gegen die Wahl vor, der sich gegen die ungesellige Bildung des Wahlvorstandes richtete. Von unseren Genossen Ruth und Grünow wurde ausgeführt, daß nach der Rechtsprechung die ordnungsmäßige Bildung des Wahlvorstandes ein wesentliches Erfordernis für die Gültigkeit der Wahlen sei; wenn hier die Vertreter der zwei Wähler der ersten Klasse als Wähler fungierten, sei dies ungesellig. Mit neun gegen acht Stimmen wurde die Wahl schließlich für ungültig erklärt.

Bei der Verpachtung der neuen Gemeindeparkanlage trat Genosse Ruth die Unterlassung einer öffentlichen Ausschreibung; unsere Vertreter stimmten aus diesem Grunde auch gegen die vorgeschlagene Verpachtung.

Da eine vollständige Befreyung der Vertretung noch nicht perfekt ist, wurde beschloffen, die einzelnen Kommissionen in der jetzigen Befreyung bis zum 1. Oktober bestehen zu lassen. Eine eingegangene Petition betreffs Errichtung einer zweiten Badeanstalt im Ortsteil Ostend gab den Anlaß zu einer heftigen Geschäftsordnungsdebatte, in der es zu einem bemerkenswerten Zusammenstoß zwischen dem Gemeindevorstand und dem Direktor Weier kam, welcher sich eine Abfertigung, wie sie für Gemeindevorsteher beliebt, energisch verbat. Von allen Rednern wurde die Auffassung des Vorstehers verurteilt, daß es ihm überlassen bleibe, eine an die Gemeindevetretung gerichtete Petition zur Kenntnis und Verhandlung zu bringen oder nicht; stehle er auf dem Standpunkt, daß fernstehende keine Anträge an die Vertretung stellen können, so müsse er auch die Besenten benachrichtigen. Jedenfalls sei eine an die Vertretung gerichtete Sache dieser zur Kenntnis zu bringen, anstatt sie in den Papierkorb zu werfen zu lassen. Zur Sache wurde beschloffen, diese Angelegenheit sowie das von unseren Vertretern angeregte Projekt einer W o l l b a d e a n s t a l t mit Schwimmbecken der Baukommission zu überweisen.

Ein Dringlichkeitsantrag des Genossen Grünow verlangt von der Gemeindevetretung aus Anlaß des in der Ferienkolonie Kolberg vorgekommenen Todesfalles eine gewissenhafte Feststellung über die in den Ferienkolonien vorhandenen ärztliche Aufsichtsführung der Kinder. Es bedurfte erst verschiedener lebhafter Auseinandersetzungen zwischen den Genossen Grünow und Ruth und dem Gemeindevorstand, um letzterem begründlich zu machen, was mit dem Antrage bezweckt sei. Weiterleitete verurteilte die zu dieser Angelegenheit gemachte weise Feststellung des Herrn Feldmann, daß ja öfter Kinder sterben und wie es möglich sei, deswegen die Gemeindevorstande in Bewegung zu setzen. Es entsteht die Frage, ob

Herr Feldmann sich nicht mehr dafür interessieren würde, wenn es sein Kind betroffen hätte. Schließlich wurde der Antrag angenommen.

In der Ferienkolonie verstarb ist die zwölfjährige Tochter der Drehtischen Eheleute, die auf Kosten der Gemeinde nach der Ferienkolonie in Kolberg zur Erholung geschickt war. Von den Eltern wird es als höchst bestreulich empfunden, daß ihnen bis jetzt, acht Tage nach dem Tode und der inzwischen hier erfolgten Beerdigung, von der Anstaltsleitung noch keine genügende Aufklärung über die Ursachen des Todes geworden ist. Die Anstaltsleitung hatte zunächst die telegraphische Einwilligung zur Operation eingeholt, sodann wurde mitgeteilt, daß eine Blinddarmpoperation ausgeführt sei; am anderen Tage traf ein Telegramm ein, welches den Tod des Kindes anzeigte. Die Eltern haben natürlich den Wunsch, daß ihnen über die näheren Umstände Mitteilung gemacht wird, die zu dem so schnellen Tode ihrer Tochter geführt haben. Offenlich holt die hiesige Gemeindevorstande eingehendere Informationen über diesen Fall ein. Hierzu ist sie schon deshalb genötigt, weil jährlich circa 80 Kinder von der Gemeinde nach den Ferienkolonien geschickt werden.

Mariendorf.

In der letzten Gemeindevetretung erstattete Genosse Reichert zunächst ausführlich Bericht über die Tagung der größeren Landgemeinden in Weulsen. Der zu jener Tagung gleichfalls delegierte Gemeindevorstand ergänzte die Ausführungen unseres Redners und schloß sich im wesentlichen seinen kritischen Darlegungen an. Das Gehalt eines Altenhefters wurde hierauf Gegenstand einer äußerst lebhaften und heftigen Debatte. Der Gemeindevorstand will für diesen Posten einen gelerntem Buchbinder einstellen, der neben seiner Tätigkeit auch gelegentlich als jahrelangwandler Rench leichtere Schreibarbeiten verrichten soll. Das Gehalt soll täglich — 4,25 M. betragen. Genosse Weber wandte sich entschieden gegen diesen Vorschlag und betonte, daß die gewerkschaftliche Organisation der Buchbinder nach Tarifverträgen die Löhne regelt. Einen gelerntem Buchbinder mit schöner Handschrift, der vielleicht gar verheiratet ist, könnte man nicht mit 4,25 M. entlohnen. Nun trat der liberale, mit einem Stich ins Demokratische gefärbte Herr Sauer auf den Plan. Nachdem sich der Herr dreimal in der allergrößten Weise widersprochen hatte, meinte er, daß die Gemeinde so billig wie möglich Arbeitskräfte suchen müsse, für den Posten eines Altenhefters seien 4,25 M. allermeist genug. Selbstverständlich blieben unsere Genossen die Antwort nicht schuldig. Auf die Frage unserer Genossen, ob er, Herr Sauer, als Kaufmann nicht seine Ware so teuer wie möglich verkaufen, antwortete der Herr mit einem lauten Ja! worauf unser Redner betonte, daß der Arbeiter, der als einzige Ware seine Arbeitskraft auf den Markt bringe, diese gleichfalls so teuer wie möglich verkaufen möchte. Der Endeffekt der Debatte war, daß der Gemeindevorstand rund und nett erklärte, daß der Mann bereits da sei, er wolle nur für denselben die Mittel besonders bewilligt haben. Die bürgerlichen Herren schwiegen. Schließlich versprach der Gemeindevorstand, in wohlwollender Erwägung die Regelung des Lohnes baldmöglichst vorzunehmen. — Wenn der Herr Gemeindevorstand einmal wohlwollend erwägt, so mag er gleich mit dem Parkwächters in der Kaiserstraße gedenken, der bei einer Arbeitszeit von morgens 6 Uhr bis abends 9 Uhr täglich 2,75 M. bekommt.

Aldershof.

Die Entwidlung in den deutschen Gewerkschaften lautete das Thema, über welches Genosse A. Wiede in der letzten Kartelltagung referierte. Die vorzüglichen Ausführungen, bei welchen der Redner scharf mit den christlichen und gelben Verbänden abrechnete, fanden allgemeine Zustimmung. Bei Erörterung der geschäftlichen Angelegenheiten gab der Obmann bekannt, daß sich der Verband der Maschinisten und Geizer mit 55 Mitgliedern der Unterkommision angeschlossen hat. Die Delegierten des Verbandes der Barbier er suchten nur die Geschäfte aufzusuchen, welche die letzten Forderungen anerkannt haben und in der Liste bekannt gegeben sind. Die Wahlen zum Kaufmannsgericht finden noch in diesem Jahre statt. Vom Bildungsausschuß ist für Mitte Oktober ein Lichtbildvortrag von vier Abenden vorgesehen mit dem Thema: „Technische Wandlungen durch die deutsche Großindustrie.“ Am 7. Juli findet das Gewerkschaftsfest statt. Nicht anwesend waren die Delegierten der Kaufleute und Schmiede.

Wannsee.

In der Generalversammlung des Wahlvereins wurde als 1. Vorsitzender der Genosse H i r s c h, als Schriftführer der Genosse Karl S c h u l z e wiedergewählt. Neu gewählt wurde als Kassierer der Genosse Albert A n d e r s. Alle anderen Funktionäre wurden wiedergewählt. Aus dem Bericht des Vorstandes ist zu erwähnen, daß im Berichtsjahre 16 Mitglieder neu aufgenommen wurden. „Vorwärts“ leitet sind 38, Leiter der „Brandenburger Zeitung“ 17 am Orte. Die Agitation ist eine äußerst schwierige, da von den wenigen Arbeitern am Orte die meisten sich noch in abhängiger Stellung befinden. Trotz alledem ist ein zwar langsamer aber doch stetiger Fortschritt zu verzeichnen.

Wittenau-Vorsigwalde.

In der letzten Gemeindevetretung gab der Vorsteher bekannt, daß der neue Schulhausbau für Vorsigwalde bald vergeben werden könne. Neben den bis jetzt in Privathäusern gemieteten Schulräumen müssen bis zum Oktober jedenfalls noch zwei weitere Klassen gemietet werden. Das beweist, wie recht unsere Vertreter hatten, wenn sie von Zeit zu Zeit auf die dringende Notwendigkeit des Schulbaues hinwies. Zur Befestigung des Hofes und des Bürgersteiges beim Feuerwehrturm wurden 4800 M. bewilligt. Die neue Pflanzensortierung wurde vertagt, und der Entwurf einer Kommission zur nochmaligen Beratung überwiesen. Derselben gehört auch Genosse Liebelt an. Einstimmig angenommen wurde sodann ein neues Ortsstatut über Einschränkung der Sonntagsarbeit in offenen Verkaufsstellen. Genosse Trapp forderte vollständige Sonntagsruhe. Sodann wurde die Zustimmung erteilt zur Errichtung einer neuen Lehrer- und Lehrerinnenstelle für Vorsigwalde. Der Bewerber muß das Rektors-Examen bestanden haben, weil derselbe als Rektor für die neue Schule in Aussicht genommen ist. Die neue Lehrerin soll im Turnunterricht bewandert sein. Der Schulvorstand hat beschloffen, daß der Turnunterricht jetzt auch im Winter gepflegt werden soll, und zwar mangels einer Turnhalle vorläufig im Gesellschaftshaus und in den Vorsigwalder Kiefläsen. Alsdann teilte der Gemeindevorstand mit, daß von der Stadt Berlin trotz öfterer Ermahnung bisher keine Anstalten getroffen sind, um den seit Jahren bestehenden Skandalösen Zustand der durch Brand verunstalteten Stallgebäude der Eisenbahn in der Charlottenburger Straße zu beseitigen. Da die ganze Anlage der Stallgebäude, der Abfluß der Jauche usw. direkt gesundheitsgefährlich ist, wurde dem Gemeindevorstand anheimgegeben, etwas energischer gegen die Stadt Berlin vorzugehen. Alsdann schilderte Genosse Liebelt die Erregung, die unter der Einwohnerschaft aus Anlaß der Gaspreiserhöhung entstanden ist. Er vertrat die Auffassung, daß Gemeindevetretung nicht nur zur Erzielung von Ueberbüssen da sind, sondern vornehmlich dem Wohle der ganzen Gemeinde dienen sollen. Die durch Erhöhung des Gaspreises auf 15 Pf. für Leucht- und Kochgas erhofften Mehreinnahmen würden jedenfalls ausbleiben, da die Konsumenten ihren Verbrauch einschränken werden. Ihm wurde erwidert, daß die Erhöhung des Gaspreises nur eine vorübergehende Erscheinung sein werde, da die Entwidlung der Gemeinde im nächsten Jahre wieder eine Herabsetzung des Preises ermöglichen werde, nach etwa drei Jahren werde eine weitere Ermäßigung folgen. Augenblicklich betrage der Selbstkostenpreis 14 Pf. Genosse Liebelt regte nunmehr an, die Zahlung der neu eingeführten Ration der ärmeren Bevölkerung in Raten von 2—3 M. zu gestalten, was auch zugebilligt wurde. Des weiteren kritisierte unser Redner die schlechte Verhältnisse der Parkanlagen in Vorsigwalde. Während man in Wittenau reine Schwimmbäder errichte und erhalte, behandle man Vorsigwalde richtig als Stiefkind. Sein Antrag, auf dem Kirchplatz wenigstens einige Sitzbänke aufzustellen, wurde angenommen, und eine bessere Pflege der Parkanlagen zugesagt.

Bruchwilde.

In der letzten Gemeindevetretung zeigte es sich wieder einmal, welche Mittel die Gegner anwenden, um die Arbeiterklasse um ihr Recht zu bringen. Genosse Lindholz beantragte, die Ergänzungswahl für ungültig zu erklären, weil durch das ungesellige Vorgehen des Gemeindevorstandes die Wähler der dritten Klasse verhindert worden seien, ihr Wahlrecht auszuüben. Der Gemeindevorstand als Wahlvorsteher habe es geduldet, daß bei der Bureauwahl sämtliche Papierstimmen (also Stimmen nicht anwesender Personen) mitgezählt worden seien. Unsere gegen diesen Gewaltstreik protestierenden Genossen haben hierauf verzichtet, bei einer derartigen Zusammenkunft des Wahlbureaus die Stimme abzugeben. Der von unseren Genossen auf Ungültigkeitserklärung der Wahl gestellte Antrag wurde vom Gemeindevorstand verlesen mit der Hinzufügung, daß über diesen Protest gar nicht verhandelt werden könne, da derselbe zu spät eingekandt worden sei. Die bürgerlichen Gemeindevetret- erklärten sich damit einverstanden und so wurde über diesen Antrag zur Tagesordnung übergegangen. Die Einführung des Genossen Biedermann fand erst nach der Erklärung des Protestes statt. Es wird nun Pflicht der Genossen sein, aus dem Vorgehen des Gemeindevorstandes sowohl wie auch aus dem der bürgerlichen eine Lehre zu ziehen und bei der nächsten Gelegenheit zu zeigen, daß die Arbeiterklasse nicht gewillt ist, sich ihr Recht nehmen zu lassen.

Französisch-Buchholz.

Wie schätzt der Arbeiter Leben und Gesundheit seiner Familie? lautete das Thema, über welches Genosse Dr. R o s e s in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins referierte? Der beherrschende Vortrag fand den Beifall der Versammelten und wäre es erwünscht gewesen, wenn alle Mitglieder anwesend wären. Unter Vereinsangelegenheiten wurde die Kassaabrechnung gegeben, die mit einem Defizit von 2,08 M. abschließt. Ferner wurde Stellung genommen zur Kreisgeneralversammlung. Vorschläge zur Neubewegung des Kreisvorstandes wurden nicht gemacht, auch wurden Anträge nicht gestellt.

Spandau.

Ein tödlicher Baumfall ereignete sich am Freitagabend um 7½ Uhr auf dem Neubau der Pagenhofer Brauerei. Die Arbeiter der Firma Jost u. Co., Reinickendorf, waren damit beschäftigt, die Kistenkonstruktion für den oberen Teil des Neubaus aufzustellen. Die einzelnen vorher zu großen Blöcken zusammengesetzten Teile wurden zu diesem Zwecke durch Krane heraufbefördert. Als ein solcher Block am Krane hing, schlug der an dem Block befestigte Kran um und traf den einen Arbeiter so unglücklich, daß derselbe der Kopf gespalten wurde, so daß das Gehirn auf die Rüstung fiel; zwei weitere Arbeiter wurden leicht verletzt. Ein sofort hinzugerufener Arzt konnte nur noch den bereits eingetretenen Tod des Arbeiters feststellen. Wie uns mitgeteilt wird, soll der leitende Polier, währenddem das Unglück geschah, nach Reinickendorf gefahren sein, um den Lohn für die Arbeiter zu holen. Große Betrüerung rief es unter den Augenzeugen hervor, daß der tote mittels Vierwagen nach der Reichenhalle an der Gadower Straße geschafft wurde. Das zwei Minuten vom Unglückspat entfernte städtische Krankenhaus wurde sofort um den Transportwagen telephonisch angerufen, derselbe war jedoch anderweit im Gebrauch. Es wäre wohl angebracht, wenn für einen Ertragwagen gesorgt würde, damit bei vorkommenden Unglücksfällen nicht zu so ungeeigneten Transportmitteln gegriffen zu werden braucht.

Jugendveranstaltungen.

Schöneberg. Sonntag, den 23. Juni: Spielpartie nach Ecklamp. Treffpunkt: Bahnhof Ebersstraße nachmittags 2 Uhr.

Arbeiter-Samariterbund, Kreis Brandenburg. Lebrabend haben in dieser Woche: Wilhelmstr. am Mittwoch bei Barth, Viktorstraße 7, abends 8 Uhr. Friedrichshagen. Am Donnerstag, Friedrichstr. 60, 2 Hof, abends 8½ Uhr. Rowaow. Am Freitag in der Fortbildungsschule, abends 8 Uhr. Die Kreisleitung.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

Königl. Opernhaus. Sonntag: Ranon. (Anfang 7½ Uhr.) Sonntags ab geschlossen. Kammerpiele. Täglich: Mein Freund Teddy. (Anfang 8 Uhr.) Festung-Theater. Abends: Verunglückter. (Anfang 8½ Uhr.) Berliner Theater. Abends: Große Rollen. (Anfang 8 Uhr.) Neues Schauspielhaus. Sonntag bis Freitag: Parterre Nr. 10. (Anfang 8½ Uhr.) Von Sonnabend bis Montag: Schwester Schaffer. (Anfang 7½, und 8 Uhr.) — Mittwoch, 26. Juni, nachmittags 3 Uhr: Schauspielhaus: Othello. Komische Oper. Abends: Heiligenswald. (Anfang 8 Uhr.) Kurfürsten-Oper. Abends: Der Langenwall. (Anfang 8 Uhr.) Neues Theater. Abends: Der liebe Augustin. (Anfang 8 Uhr.) Kleines Theater. Abends: Der Unerschämte. Der Arzt seiner Ehre. Der Herr mit der grünen Strawatte. (Anfang 8 Uhr.) Friedrich-Wilhelmsdramatisches Schauspielhaus. Abends: Die feuchte Suzanne. (Anfang 8½ Uhr.) Residenz-Theater. Bis auf weiteres täglich: Alles für die Firma. (Anfang 8 Uhr.) Schiller-Theater O. Abends: Hohe Politik. (Anfang 8 Uhr.) Schiller-Theater Charlottenburg. Abends: Das Konzert. (Anfang 8 Uhr.) Theater in der Königgräber Straße. Bis auf weiteres täglich abends 8 Uhr: Die fünf Frauen. Thalia-Theater. Abends: Autolobchen. (Anfang 8 Uhr.) Lustspielhaus. Abends: So'n Bindhund. (Anfang 8½ Uhr.) Neues Operetten-Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Eva. Abends: Der König von Sevilla. (Anfang 8 Uhr.) Hof-Theater. Sonntag, Montag und Dienstag: Nacht und Morgen. Mittwoch: Der Herr von Sträfeld. Donnerstag bis Montag: Nacht und Morgen. (Anfang 8 Uhr.) Linsen-Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Schwester Carmen. Abends: Die Baile aus Romow. Montag: Ich lasse dich nicht. Dienstag: Die Baile aus Romow. Mittwoch: Schwester Carmen. Donnerstag: Der Häutenbeger. Freitag und Sonnabend: Schwester Carmen. Sonntag: Der Häutenbeger. Montag: Geschlossen. (Anfang 8½ Uhr.) Neues Volkstheater. (Neue freie Volkstheater.) Sonntagnachmittag 3 Uhr: Der Raub der Sabinerinnen. Abends: Jugend. Montag: Literatur, Liebel. Dienstag und Mittwoch: Der Raub der Sabinerinnen. Donnerstag: Der Königsmantel. Freitag: Der Raub der Sabinerinnen. Sonnabend: Der Königsmantel. Sonntag: Der Raub der Sabinerinnen. (Anfang 8½ Uhr.) Metropol-Theater. Abends: Schwimmbäder u. Co. (Anfang 8 Uhr.) Polles Caprice. Abends: Parfiana-Ensemble. (Anf. 8½ Uhr.) Walhalla. Abends: Um eine Krone. (Anfang 8½ Uhr.) Apollo-Theater. Abends täglich: Spezialitäten. (Anfang 8 Uhr.) Wintergarten. Täglich: Spezialitäten. (Anfang 8 Uhr.) Reichshallen-Theater. Täglich: Senatorium Sombenich. (Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.) Königsplatz-Kasino. Täglich: Spezialitäten. (Anfang 8 Uhr.) Urania-Theater. Sonntag: Durch Dänemark und Schweden. Montag und Dienstag: In den Dolomiten. Mittwoch: Im Lande der Winternachtsstunde. Donnerstag: Durch Dänemark und Schweden. Freitag: Im Lande der Winternachtsstunde. Sonnabend: Durch Dänemark und Schweden. Sonntag: In den Dolomiten. Montag: Unbestimmt. (Anfang 8 Uhr.)

Allgemeine Familienherbette. Heute Adl- und Aufnahmefest von 3—6 Uhr im Restaurant Adlstr. 123 und Sedanstr. 34. Marktbericht von Berlin am 21. Juni 1912, nach Ermittlung des Königl. Polizeipräsidiums. Marktpreisliste. (Reinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 31,00—50,00. Speiseerbsen, weiße, 30,00—35,00. Linen 40,00—60,00. Kartoffeln (Reinhandl.) 8,00—13,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Rinde 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,40—1,80. Schweinefleisch 1,40—2,00. Kalbfleisch 1,50—2,40. Hammelfleisch 1,80—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 3,00—4,80. 1 Kilogramm Rindfleisch 1,20—2,20. Kalb 1,20—3,20. Ferkel 1,80—3,80. Gänse 1,40—2,80. Barche 1,00—2,00. Schote 1,40—3,20. Hefe 0,80—1,60. 60 Stück Krebse 4,00—40,00.



Dr. Axelrod's JOGHURT liefert in Otto Berlin allein echt Meierei C. Bolle

Gesundheitsmilch f. Jung u. Alt, Kranke u. Gesunde.

Bei Magenschwäche, Darmerkrankungen, Brechdurchfall, Blinddarmentzündungen, Stoffwechselkrankheiten

Erfrischendes, wohlschmeckendes u. gesundes Nahrungs- u. Genuss-Mittel.

Preis für das Original-Glas frei Haus 20 Pf.

Verkäufe.

Verkauf von Herrenanzügen, Sommerpaletots, Herrenhosen, Damenmäntel, etc.

Verkauf von Teppichen, Vorhängen, etc.

Verkauf von Gardinen, etc.

Verkauf von Herrenanzügen, etc.

Verkauf von Herrenanzügen, etc.

Verkauf von Herrenanzügen, etc.

Verkauf von Herrenanzügen, etc.

Verkauf von Herrenanzügen, etc.

Verkauf von Herrenanzügen, etc.

Verkauf von Herrenanzügen, etc.

Verkauf von Herrenanzügen, etc.

Verkauf von Herrenanzügen, etc.

Verkauf von Herrenanzügen, etc.

Verkauf von Herrenanzügen, etc.

Rebn Prozent Rabatt, etc.

Teppiche mit Farbentwürfen, etc.

Salonplisch Teppiche, etc.

Gardinen, etc.

Totalverkauf, etc.

Tuch- und Blausportieren, etc.

Stoppdecken, etc.

Blüschdecken mit feinen Bechern, etc.

Leihhaus, etc.

Schönhauser Allee, etc.

Monatsanzüge, etc.

Klappwagen, etc.

Freier, etc.

Vittauer Nähmaschinen, etc.

Klappportwagen, etc.

Haarfärbemittel, etc.

Sozialistische Bilder, etc.

Hemden, etc.

Herren-Garderobe, etc.

Leihhaus, etc.

Zahleber, etc.

Jintwoischäffer, etc.

Stoppdecken, etc.

Abschmierpumpe, etc.

Leihhaus, etc.

Nähmaschinenhaus, etc.

Monatsanzüge, etc.

Vittauer Nähmaschinen, etc.

Klappportwagen, etc.

Haarfärbemittel, etc.

Einfaßbauer, etc.

Einfaßbauer, etc.

Kinderwagen, etc.

Aquarium, etc.

Kinderwagen, etc.

Federbetten, etc.

Wettten, etc.

Damenkleider, etc.

Fahrrad, etc.

Kinderwagen, etc.

Kinderkleider, etc.

Sobeldante, etc.

Kanarienhähne, etc.

Kanarienhähne, etc.

Geschäftsverkäufe, etc.

Gartenlokal, etc.

Kohlengeschäft, etc.

Gutgehende, etc.

Gastwirren, etc.

Zigarrengeschäft, etc.

Daubenfontäne, etc.

Gangbares, etc.

Zigarrengeschäft, etc.

Gutgehendes, etc.

Reparatur, etc.

Vermittlungs-Geschäft, etc.

Restaurant, etc.

Altes, etc.

Plattener, etc.

Obst-, etc.

Möbel, etc.

Möbel-Gelegenheitsläufe, etc.

Zentrale, etc.

Metallbetten, etc.

Möbel ohne Geld, etc.

Möbel, etc.

Möbel, etc.

Möbel, etc.

Möbel, etc.

Möbel, etc.

Möbel, etc.

Möbel, etc.

Möbel, etc.

Möbel, etc.

Möbel, etc.

Möbel, etc.

Möbel, etc.

Möbel, etc.

Möbel, etc.

Möbel, etc.

